

Genehmigt: 16.10.2025

Protokoll 14

Stadtratssitzung

Donnerstag, 28.08.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2025.SR.0228.....	5
2 Protokoll Stadtrat 12 vom 26.06.2025; Genehmigung.....	
2025.SR.0130.....	5
3 Parlamentarische Initiative: Zeitgemässe Finanzkompetenzen für den Gemeinderat, Stadtrat und Volk; Teilrevision der Gemeindeordnung.....	
2024.TVS.0112.....	16
4 Sanierung Felsenaubücke.....	
2025.TVS.0081.....	17
5 Tiefbau Stadt Bern: Erneuerung Verkehrsrechner.....	
2025.SK.0076.....	18
6 Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung: Kredit für wiederkehrende Ausgaben; Abstimmungsbotschaft.....	
2017.PRD.000053.....	19
7 Überbauungsordnung Weyermannshaus West (Abstimmungsbotschaft).....	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.	33
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr.....	34
2017.PRD.000053.....	35
7 Überbauungsordnung Weyermannshaus West (Abstimmungsbotschaft).....	
2024.SR.0337.....	46
8 Postulat Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten!; Annahme.....	
2025.SR.0137.....	50
12 Dringliche Interpellation: Sparen auf Kosten der Zweisprachigkeit: Weshalb will der Gemeinderat den Schulversuch ClaBi nicht weiterführen?.....	
2025.SR.0136.....	66
13 Motion: Weiterführung Schulversuch ClaBi und Überführung in den Regelbetrieb; Ablehnung.....	
2025.SR.0146.....	67
14 Motion: Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF als Ausweg für die ClaBi Bern.....	
2025.SR.0140.....	67

15	Interpellation: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung Classe bilingue: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Alternativen geprüft? Wieso geht es in Biel und nicht in Bern?; Antwort	
	Verschoben und eingereicht	68
	Schluss der Sitzung: 22.26 Uhr	69

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Tom Berger

Valentina Achermann	Sofia Fisch	Esther Meier
Janina Aeberhard	Dominik Fitze	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Seraina Flury	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Franziska Geiser	Roger Nyffenegger
Lena Allenspach	Helin Genis	Shasime Osmani
Emanuel Amrein	Bernadette Häfliger	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Bernhard Hess	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Dominique Hodel	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Thomas Hofstetter	Simone Richner
Laura Binz	Stephan Ischi	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Monique Iseli	Sarah Rubin
David Böhner	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Laura Brechbühler	Ueli Jaisli	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Bettina Jans-Troxler	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Anna Jegher	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Michelle Steinemann
Laura Curau	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Nik Eugster	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Alexander Feuz	Nicolas Lutz	Béatrice Wertli
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn	Ingrid Kissling-Näf	Mirjam Läderach
Thomas Glauser	Fuat Köçer	Dominic Nellen
Georg Häsler	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Nora Joos		

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit, mit der heutigen Stadtratssitzung zu beginnen. Es klappt schon wunderbar, dass ihr den Geräuschpegel runterfährt. Merci vielmals. Ich gebe euch wie immer als Erstes die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Irina Straubhaar von der GLP, Mirjam Läderach vom Grünen Bündnis, Ingrid Kissling-Näf und Dominic Nellen von der SP, Nora Joos von der Jungen Alternative, Georg Häsler von der FDP und Mirjam Arn vom Grünen Bündnis. Für die erste Sitzung abgemeldet haben sich Fuat Köçer, SP, Thomas Glauser, SVP. Für die zweite Sitzung abgemeldet hat sich Lukas Wegmüller, SP.

Ich habe heute keine Rücktritte zu verkünden, ich darf aber auch heute ein neues Ratsmitglied bei uns begrüßen. Ich habe euch letzte Woche vorinformiert, dass letzte Woche die vorerst letzte Sitzung von Denise Mäder stattfand. Sie geht in Mutterschaftsurlaub. Denise Mäder lässt sich bis Ende Januar 2026 stellvertreten durch Seraina Flury, welche somit als stellvertretendes Ratsmitglied in den kommenden Monaten bei uns sein wird. Ich wünsche einen guten Start im neuen Amt.

Geburtstage gibt es keine, aber es gibt mehrere Mitteilungen und ich bitte euch, gut zuzuhören. Als erstes habe ich eine traurige Mitteilung für euch. Am 14. August 2025, also am Tag, an dem wir den Ratsausflug hatten, ist Beat Roschi, ehemaliger Ratsweibel, im Alter von 76 Jahren, verstorben. Beat Roschi arbeitete insgesamt 35 Jahre für die Stadt Bern, in der Zeit von Mai 2002 bis zu seiner Pensionierung im Juni 2011 war er hier im Stadtrat als Ratsweibel tätig. Ich spreche im Namen des ganzen Parlaments der Trauerfamilie unser Beileid aus. Wir haben als Ratsbüro der Trauerfamilie eine Karte zukommen lassen und die Parlamentsdienste werden morgen auch bei der Beerdigung dabei sein.

Dann eine nächste Mitteilung für euch. Ihr habt die Einladung erhalten. Am Dienstag, 16. September, am Nachmittag ist die nächste Session des Kinderparlaments (Kipa). Ich möchte euch daran erinnern, dass es der explizite und ausdrückliche Wunsch des Kipas ist, dass Leute aus dem Stadtrat teilnehmen und dabei sind. Ich selber werde sicher wieder hier sein. Es würde mich freuen, wenn einige von euch bzw. möglichst viele von euch auch kommen könnten.

Dann, ihr habt es mitbekommen, gibt es in dieser Ratspause einen bunten Strauss an Anlässen. Gottlob wurde das Aare-Schwimmen abgesagt. Sonst wären es sogar 4 gewesen. Es gibt aber den Austausch mit der IG Pro Siedlung Meienegg im Sitzungszimmer 7. Es gibt den Austausch der stadträtlichen Begleitgruppe Tourismus mit Bern Welcome, der auch in einem Sitzungszimmer sein wird, und dann gibt es ja noch den Mobilitätsanlass in der Rathaushalle. – Der ist abgesagt, dieser Event ist abgesagt. Also gibt es noch 2.

Badgen nicht vergessen – wie immer. Und dann wie immer und laut und deutlich von mir gesagt: Dringliche Vorstösse könnt ihr bis 21.00 Uhr einreichen, die nicht dringlichen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Diese Fristen gelten. Vorstösse, die zu spät eingereicht werden, können wir nicht entgegennehmen.

Wir kommen somit zum Ordnungsantrag der Fraktion Mitte, den ihr auf der Antragsliste habt. Es wird gefordert, dass es bei Traktandum 6 jeweils ein Votum der Kommission und allfällig des Gemeinderats gibt und ansonsten keine Voten zugelassen sind. Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1

Mitte zu Traktandum 6

Zum vorliegenden Geschäft soll der Kommission und dem Gemeinderat das Rederecht zustehen. Den Fraktionen und die Einzelvoten soll kein Rederecht zustehen.

Abstimmung Nr. 005

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1

Ablehnung

Ja	17
Nein	31
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt.

2025.SR.0228

2 Protokoll Stadtrat 12 vom 26.06.2025; Genehmigung

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 2. Es geht um die Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 26. Juni. Es sind bei uns keine Änderungsanträge zu diesem Protokoll eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann gilt das Protokoll als genehmigt und ich danke den Verfasser*innen.

Stillschweigende Genehmigung

2025.SR.0130

3 Parlamentarische Initiative: Zeitgemässe Finanzkompetenzen für den Gemeinderat, Stadtrat und Volk; Teilrevision der Gemeindeordnung

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 3. Das ist ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum. Es geht um die parlamentarische Initiative "Zeitgemässe Finanzkompetenzen für Gemeinderat, Stadtrat und Volk", Teilrevision der Gemeindeordnung. Da wir relativ selten ein solches Geschäft im Rat haben, erkläre ich kurz das Prozedere. Die parlamentarische Initiative wurde in ausgearbeiteter Form eingereicht. Das hat aber auch zur Folge, dass das Parlament nur Ja oder Nein zur Initiative sagen kann. Es sind keine inhaltlichen Änderungen am Initiativtext möglich. Aus diesem Grund würde es auch keinen Sinn machen, eine zweite Lesung zu diesem Geschäft vorzusehen. Anders als bei einer Volksinitiative ist es bei der parlamentarischen Initiative so, dass es heute Abend im Rat eine Mehrheit braucht. Wenn wir heute Abend als Stadtrat mehrheitlich Nein sagen zu dieser parlamentarischen Initiative, dann ist das Geschäft beendet. Ich hoffe, das ist für alle so klar, und ich gebe als erstes das Wort für die vorbereitende Kommission FIKO, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Kommission: Zuerst möchte ich auf eine formelle Unschärfe hinweisen. In der Traktandenliste ist die heutige Vorlage als parlamentarische Initiative von Maurice Lindgren vermerkt. Das ist nicht ganz korrekt. Es handelt sich ausdrücklich um eine parlamentarische Initiative der Finanzkommission. Der

Grund ist folgender. Die Kommission hat nach eingehender Beratung entschieden, den ursprünglichen Vorstoss in einer überarbeiteten Form einzureichen. Maurice Lindgren hat seine Initiative daraufhin zurückgezogen und die FIKO hat das Geschäft in eigener Verantwortung übernommen. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Parlamentsdiensten sowie der Stadtkanzlei für die professionelle und fachliche Unterstützung bei der Ausarbeitung der Vorlage herzlich bedanken.

Die parlamentarische Initiative sieht folgende Änderungen vor. Die Finanzkompetenz des Gemeinderats bei neuen Ausgaben soll von 300- auf 500'000 Franken erhöht werden. Für Projektierungskredite soll die Grenze von 150- auf 250'000 Franken steigen. Die Finanzkompetenz des Stadtrates soll von 7 Mio. auf neu 12 Mio. Franken angehoben werden. Die Schwelle für das fakultative Referendum bleibt unverändert bei 2 Mio. Franken, ebenso die Regelung für Nachkredite. Ziel dieser Anpassungen ist es, die Schwellenwerte nach mehr als 25 Jahren an die heutigen Preisniveaus, Baukosten und Projektgrössen anzupassen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Bevölkerung bei wichtigen Projekten weiterhin das letzte Wort hat. Denn gerade im Bauwesen sind die Preise seit 1999 stark gestiegen, im Hochbau um über 40%, im Tiefbau gar um fast 60%. Hinzu kommen neue gesetzliche Vorgaben etwa zur Hindernisfreiheit sowie zusätzliche Anforderungen an den Klimaschutz und die Hitzeresilienz. All das macht Bauprojekte komplexer und teurer und führt dazu, dass heute selbst kleinere Vorhaben rasch bestehende Finanzkompetenzgrenzen überschreiten. Damit zur Arbeit in der Kommission: Wir haben uns intensiv mit der Frage beschäftigt, ob und wie diese Anpassungen vorgenommen werden sollen.

Grundlage waren Unterlagen des Gemeinderats, statistische Auswertungen und eine vertiefte Diskussion mit Professor Adrian Vatter, Professor für Politikwissenschaft, der uns die Vor- und Nachteile aus demokratiepolitischer Sicht aufgezeigt hat. Im Zentrum stand die Frage, ob die vom ursprünglichen Vorstoss beantragte Schwelle von 15 Mio. Franken für den Stadtrat angemessen ist. Die Kommission hat diese Grenze auf 12 Mio. Franken reduziert, und zwar, um eine proportional nachvollziehbare Anpassung sicherzustellen. Während beim Gemeinderat und bei Projektierungskrediten die Erhöhung rund 66% beträgt, wären es beim Stadtrat 110% gewesen. Die Mehrheit der Kommission fand, eine so starke Erhöhung liesse sich nur teilweise durch die Teuerung begründen. Mit 12 Mio. Franken wahren wir das Verhältnis und bleiben weiterhin im Mittelfeld vergleichbarer Städte.

Einige Punkte aus der Diskussion möchte ich hervorheben. Bern ist die Abstimmungsmeisterin in der Schweiz. Zwischen 2001 und 2021 fanden in der Stadt Bern 212 kommunale Abstimmungen statt, mehr als in jeder anderen Gemeinde. Zum Vergleich: Die Stadt Zürich hatte im gleichen Zeitraum 202 Abstimmungen, der Kanton Zürich 171. Diese ausserordentlich hohe Zahl prägt unsere politische Kultur und zeigt, dass die direkte Demokratie in Bern besonders stark gelebt wird. Teilweise kann eine so hohe Zahl an Abstimmungen jedoch zu sogenannten Abstimmungsfluten führen. Am 18. Juni 2023 musste die Stadtbevölkerung über 17 Vorlagen entscheiden oder durfte über 17 Vorlagen entscheiden, davon 12 städtische. Solche Multipack-Abstimmungen bergen Risiken für die Qualität der Entscheide. Die Politikwissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von Vote-Fatigue, Abstimmungsmüdigkeit. Stimmberechtigte investieren zwar Zeit, um ein Abstimmungscouvert auszufüllen, aber diese Zeit wächst nicht proportional mit der Zahl der Vorlagen. Bei vielen Geschäften sinkt deshalb die Aufmerksamkeit. Die ersten Vorlagen werden noch sorgfältig gelesen, die späteren oft nur oberflächlich. Was wäre, wenn die Schwellenwerte, wie in der Initiative gefordert, schon gelten würden? Seit 1999 gab es 266 kommunale Vorlagen, davon 106 Kreditgeschäfte über 7 Mio. Franken. Mit einer Schwelle von 12 Mio. Franken wären 28 Abstimmungen

entfallen. Alle wurden angenommen, viele mit Zustimmungsraten weit über 80%. Diese Zahlen zeigen: Die Initiative ist kein Game-Changer, sie ändert nicht die direktdemokratische Beteiligung, sondern passt die Finanzkompetenzen an zeitgemässe Bedingungen an.

Auch die Gegenargumente möchte ich an dieser Stelle würdigen. Eine kleine Minderheit betonte, dass weniger Abstimmungen auch eine Verschiebung der Kompetenzen hin zu Parlament und Regierung bedeuten. Zudem hat jede Volksabstimmung auch dann einen Wert, wenn das Ergebnis schon im Vorfeld klar scheint. Die hohe Zustimmung zu vielen Vorlagen ist nicht nur ein Beleg für ihre Unbestrittenheit, sondern auch für ihre demokratische Legitimation. Studien zeigen zudem, dass ein hohes Mass an direkter Demokratie die Zufriedenheit stärkt und das gesellschaftliche Engagement fördert. Klar ist aber auch: Jede Abstimmung ist nicht nur ein demokratischer Akt, sondern verursacht auch direkte Kosten, rund 180'000 Franken pro Urnengang, mehrere Tonnen Papier und erheblichen Personalaufwand. Und sie bedeuten einen gewissen Zeitverlust, den wir unter anderem auch gerne in Kauf nehmen. Projekte verzögern sich, weil zwischen Verabschiedung, Stadtrat und Abstimmung einige Monate vergehen. Ein Blick über Bern hinaus zeigt: Mit der heutigen 7-Millionen-Grenze liegt Bern im Vergleich eher tief. Luzern und St. Gallen kennen bereits eine Schwelle von 15 Millionen, Zürich gar 20 Millionen, während Basel überhaupt kein obligatorisches Referendum in diesem Bereich vorsieht. Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Schwelle von 12 Mio. Franken würde sich Bern nicht an die Spitze setzen, aber ins Mittelfeld vergleichbarer Städte vorrücken und damit weiterhin ein sehr direktdemokratisches Profil bewahren, ohne dass die Belastungen für die Bevölkerung und die Verwaltung so hoch bleiben wie bisher. Der Fokus könnte somit auf das Wesentliche gesetzt werden. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass eine Anpassung nach mehr als 25 Jahren angezeigt und vor allem zeitgemäss ist. Bern bleibt auch mit dieser Erhöhung eine Hochburg der direkten Demokratie. Keine andere Schweizer Stadt kennt so viele obligatorische Referenden wie Bern. Die Anpassung ist deshalb moderat, kein Game-Changer, aber notwendig. Und sie ist angebracht, um Verwaltung, Stadtrat und die Bevölkerung von unnötiger Belastung zu entlasten, ohne die direktdemokratische Kultur infrage zu stellen.

Die Finanzkommission empfiehlt deshalb, die Vorlage anzunehmen.

Ich würde sonst noch das Fraktionsvotum anhängen.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die vorgeschlagenen Anpassungen sind sachlich begründet aus Sicht der SP-JUSO-Fraktion, und nach über 25 Jahren angezeigt. Und vor allem, weil die demokratische Mitbestimmung nicht eingeschränkt wird, können wir die Vorlage unterstützen. Das fakultative Referendum ab 2 Mio. Franken bleibt unverändert bestehen und gewährleistet auch künftig, dass politisch umstrittene Geschäfte vors Volk gebracht werden können. Gerade diese Kombination ist für unsere Fraktion ausschlaggebend. Wir anerkennen die Verantwortung, die direkte Demokratie in Bern nicht nur zu schützen, sondern auch tragfähig zu halten. Bern ist die Stadt mit den meisten Abstimmungen in der Schweiz. Diese Dichte an Volksentscheiden prägt unsere politische Kultur und unter Umständen können zu viele und terminlich konzentrierte Abstimmungen auch zur Belastung führen für Stimmberechtigte, die sich seriös informieren wollen, für Parteien, die Vorlagen begleiten, und für die Medien, die nur über eine gewisse Kapazität verfügen. Weitere Abstimmungstermine in die Agenda aufzunehmen, die abgekoppelt von kantonalen oder eidgenössischen Abstimmungen stattfinden, sehen wir nicht als eine geeignete Lösung an, da die Stimmbeteiligung an

diesen Daten voraussichtlich viel tiefer wäre. Die Erfahrung zeigt zudem, dass bei grösseren Bauprojekten oft mehrfach abgestimmt werden muss; zuerst über Projektierungskredite, später über die eigentlichen Baukredite. Wenn dieselben Projekte wiederholt an die Urne kommen, kann dies die direkte Demokratie eher schwächen als stärken. Abstimmungsfluten mindern nicht nur die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, sondern auch die Qualität der öffentlichen Debatte. Die vorgeschlagene Anpassung bringt hier Entlastung, ohne den Kern der direkten Demokratie anzutasten. Sie reduziert die Zahl der Vorlagen, die obligatorisch vors Volk müssen, auf ein angemessenes Mass, belässt aber die Möglichkeit der Mitsprache bei wichtigen und strittigen Geschäften vollständig erhalten. Mit der neuen Schwelle von 12 Mio. Franken rückt Bern im Vergleich zu anderen Städten ins Mittelfeld auf, bleibt aber eine Hochburg direkter Demokratie. Für die SP-JUSO-Fraktion ist klar: Wir tragen die Verantwortung dafür, dass die politischen Prozesse in unserer Stadt verlässlich und zugleich demokratisch legitimiert bleiben. Diese Vorlage ist moderat, ausgewogen und zeitgemäss, darum unterstützen wir sie. Merci.

Präsident: Merci, ihr könnt euch anmelden für weitere Fraktionsvoten. Als erstes oder jetzt als zweites, Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Ich freue mich sehr, meine erste parlamentarische Initiative hier verteidigen zu dürfen. Es war ein ziemlicher Prozess. Und darum ist es vielleicht auch gerade die letzte parlamentarische Initiative – von mir zumindest. Vor allem ist es ja jetzt nicht einmal mehr meine parlamentarische Initiative, sondern die der Finanzkommission. Ob diese Worte jetzt im Protokoll als Einreichenden- oder als Fraktionsvotum gezählt werden, das überlasse ich unseren Parlamentsdiensten. Es zählt schliesslich nicht das geistige Eigentum auf politische Ideen, sondern das Ratsreglement. Wie auch immer. Ich bin froh, ist das Thema auf dem Tisch, ob jetzt in meinem Namen oder der der FIKO, die noch eine Zahl angepasst hat, und wir können endlich darüber sprechen, was die Flut von Sachabstimmungen mit unserer Demokratie macht, was es mit der Umsetzungsdauer unserer Projekte macht und welches Gewicht wir einer effizienteren Verwaltung geben wollen versus möglichst oft abstimmen. Damit sind wir bei den Beweggründen, warum es Zeit ist, diese Finanzkompetenzen anzupassen. Auf die genauen Zahlen gehe ich nicht ein, die wurden bereits vom FIKO-Sprecher genannt, vielen Dank. Man kann jetzt noch darüber streiten, wer wie kompetent ist, ob Gemeinderat, Stadtrat oder Volk. Diese Diskussion möchte ich auch nicht führen. Ich rede hier also lieber politisch neutral von Finanzzuständigkeiten, denn über die Bewertung, wer wie kompetent ist, gehen die Ansichten möglicherweise auseinander. Warum also die Erhöhung der Grenze zur Volksabstimmung von 7 auf 12 Mio. Franken? Man könnte sich die Frage auch umgekehrt stellen, warum nicht die Grenze tiefer ansetzen und über noch mehr Sachvorlagen abstimmen? Ich glaube, da wären sich schnell viele einig, denn es braucht nicht noch mehr Abstimmungen. Genau das passiert aber faktisch, weil die Preise ja immer steigen. Wir haben Inflation, vielleicht auch kurz einmal stetige Preise, aber so gut wie nie Deflation, also sinkende Preise. Seit 1998, also der letzten Revision in dieser Sache, haben wir klar eine inflationäre Preisentwicklung. Kritiker werden vielleicht sagen, die Erhöhung sei mehr als eine Anpassung an die Inflation, und das stimmt. Es ist neben einer Anpassung auch ein Antizipieren der noch kommenden Inflation der nächsten Jahre. Und ja, es ist auch eine materielle Verschiebung der finanzkompetenten Zuständigkeiten. Aus meiner Sicht ist es eine Erhöhung aus gutem Grund. Oberflächlich gesehen könnte man zum Schluss kommen, je mehr Abstimmungen, desto mehr Demokratie. Aber ist das wirklich so? Wie

viel Zeit haben die lokalen Medien, Geschäfte kritisch aufzuarbeiten? Wie viel Zeit haben die Generalversammlungen, diese auch zu behandeln, vor allem dann, wenn gleich ein Dutzend gleichzeitig kommen? Welche Partei hat wirklich Zeit, das alles zu bearbeiten? Wie viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lesen bei dieser Flut von Abstimmungen nur noch den Titel und sagen einfach Ja? Die Statistik sagt uns, dass seit 1998 keine einzige Kreditvorlage je abgelehnt wurde. Und die durchschnittliche Zustimmungsrates liegt bei sowjetischen 80%. Nicht der Höchstwert einer einzelnen Abstimmung, sondern der Durchschnitt über mehrere 100 Abstimmungen seit 1998 liegt bei über 80%. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Darum: Ein bisschen weniger abstimmen, wir reden hier von einer Reduktion um vielleicht einen Fünftel oder einen Viertel, je nachdem, wie man misst. Das ist nicht weniger Demokratie, sondern vielleicht sogar mehr Demokratie, eine qualitätsvolle Demokratie, weil man auch wirklich Zeit hat und sich die Zeit nimmt, die Geschäfte genau anzuschauen. Und damit komme ich zu meinem letzten Punkt, den ich hier ausführen möchte. Wir haben ein Problem mit der Dauer unserer Prozesse und Verfahren in der Planungs- und Baubranche generell. Es dauert alles ziemlich lange, sogar dann, wenn sich doch eigentlich alle einig sind. Das sehen sicher viele hier so. Nur ist es schwierig, dazu Lösungen zu finden. Die Anpassung der Finanzzuständigkeiten ist ein kleiner Teil dieser Lösung. Das Problem der langen Prozesse und Verfahren ist natürlich vielschichtig. Das ist klar. Aber wir haben hier einen Hebel, denn ob ein Geschäft vor das Volk muss oder nicht, kann einen Unterschied von mehreren Monaten in der Umsetzungsdauer dieses Geschäfts machen, je nachdem, wie der Fall gerade liegt. Und man stelle sich vor, und das ist auch schon passiert, ein Projektierungskredit eines grösseren Projekts liege über 7 Mio. Franken. Dann muss der Baukredit desselben Projekts noch einmal vor das Volk und noch einmal fliesst mehrere Wochen bis mehrere Monate viel Wasser die Aare hinab und nichts geht vorwärts in dieser Zeit. Damit muss sich die Stimmbewölkerung fragen, die länger auf ein Schulhaus oder eine Platzsanierung oder was auch immer warten muss, dem sie dann mit im Durchschnitt 80% zustimmt, ob es sich wirklich gelohnt hat, darüber jetzt auch noch ein- oder sogar zweimal abzustimmen. Nicht vergessen darf man auch, dass Abstimmungen etwas kosten. Es ist tonnenweise Papier für jede Abstimmung, bindet Ressourcen in der Verwaltung und kostet Geld. Selbstverständlich darf und muss Demokratie etwas kosten, das ist nicht die Frage, die Frage stellt sich: Wie viel? Eine Volksbefragung muss Sinn machen, sonst macht sie eben keinen Sinn. Einen Haken hat das Ganze natürlich. Allein wegen dieser Debatte hier muss oder darf das Stimmvolk noch einmal mehr abstimmen, denn es müsste ja die Gemeindeordnung geändert werden. Dafür wird es danach vielleicht ein bisschen weniger. Falls es abgelehnt wird, ist allerdings nur mehr Aufwand geblieben. Und für diesen Fall würde ich mich bereits jetzt in aller Form entschuldigen. Und ich verspreche: Es ist meine letzte parlamentarische Initiative. Besten Dank für die Unterstützung.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich hoffe, der Stimmbürger lehnt die Vorlage klar ab. Die SVP war schon in der Kommission ganz klar und dezidiert dagegen. Wir sind Anhänger der direkten Demokratie und wir sind gegen Selbstkastration. Ich passe auf, wenn man sagt, man müsse unnötige Belastungen für den Stimmbürger vermeiden. Man müsse effizient sein, man müsse die Vorlagen schlank durchbringen, mit nicht zu viel Aufwand. Das ist genau so, wie man schleichend die Diktatur der Mehrheit einführen kann.

Ich komme zu den unnötigen Belastungen. Wenn ihr glaubt, die SVP habe einen fulminanten Wahlkampf gemacht bei der Untertorbrücke oder wir hätten uns für ein Kanalisationsprojekt, das völlig unbestritten war, mit x Arbeitsgruppen und Abstimmungskomitees belastet – das haben wir nicht gemacht. Es geht darum, und das ist für uns das Wichtige, dass der Bürger abstimmen kann. Und die Geschäfte, die unbestritten sind, das ist der Preis der Demokratie. Dann haben wir halt ein paar Abstimmungen, über die wird auch die Presse nicht viel schreiben, die gehen durch, beispielsweise das Weyerli oder was auch immer oder auch die Ka-We-De. Das war alles relativ leise. Und dann gibt es Abstimmungen, das können teilweise kleinere Kredite sein, das kann unter Umständen auch mal von der Linken kommen, wenn man einen grossen Beitrag an eine Formel E in Bern sprechen würde, das wäre unter Umständen eine grössere Sache. Denn dann müsstet ihr das fakultative Referendum ergreifen. Das ist eben genau das, was falsch ist. Und jetzt schauen wir ein bisschen zurück – unsere sogenannten Leuchtturmprojekte. Es war jammerschade, dass wir nicht einen Projektierungskredit für Citysoftnet hatten. Den hätte man nämlich wahrscheinlich abgelehnt und gesagt, es ergebe keinen Sinn, dass die Stadt Bern mit Basel und Zürich eine Sozialhilfesoftware mache. Das ist heller Blödsinn, das ist nicht zielführend. Aber nein, die Taktik ist ja, dass – ich habe gut aufgepasst, was gesagt worden ist – komplexe Planungsvorhaben, man muss nur noch einmal darüber abstimmen. Dann heisst es, man gleist es auf und dann ist es durch, und dann haben wir den Blödsinn beschlossen. Schaut mal: Viererfeld. Was habt ihr dort bis jetzt zustande gebracht? Ich habe immer gesagt, es gibt einen Flop. Und es hat einen Flop gegeben. Die Stadt Bern kann es nicht. Das Leuchtturmprojekt Base4Kids – ein Flop. Der Stimmbürger soll die Kontrolle haben.

Die, die in der Berner Zeitung gelesen haben, haben vielleicht gewisse Kommentare gesehen. Ich bin froh, dass wir nicht die Einzigen sind, die hierzu einen kritischen Blick haben, die sagen, der Bürger soll sich hier nicht selber kastrieren. Wenn wir so weiterfahren, könnten wir auch ein Stadtparlament machen noch mit 40 Parlamentariern. Wir könnten auch sagen, dass wir noch eine oder zwei Motionen pro Jahr einreichen können pro Mitglied oder was auch immer. Und dann die Anträge: Früher konnte man in der Finanzdebatte die Anträge noch begründen. Heute hat man noch 10 Minuten oder 8 Minuten. Das dient alles dazu, die Sachen der Verwaltung durchzubringen. Das ist eine Entmachtung. Wir wollen schlussendlich nicht ein Parlament nur zur Akklamation wie in Nordkorea oder in der EU oder in China oder was auch immer. Darum halte ich das hier einmal fest. Ich gehe ganz kurz noch auf die Begründung ein: Die hohe Anzahl von Volksabstimmungen. Man kann sagen, das sei ein Problem, aber das ist der Preis der Demokratie. Ich habe lieber eine Abstimmung, als dass über mich verfügt wird und ich die Faust im Sack machen muss. Und denkt daran, es gibt auch die Unzufriedenen. Es ist besser, wenn man sich dazu äussern kann und bei den unbestrittenen Vorlagen, ob jetzt der Feuz oder der Meyer ein Kreuzchen dort mehr macht oder ein Ja oder ein Nein weniger, das ist keine Belastung.

Und das Argument, Bau- und Planungsprojekte seien komplex: Schaut, was man für einen Blödsinn beschlossen hat – Viererfeld, Gaswerkareal. Dort werdet ihr jetzt wahrscheinlich einen grossen Rechtshandel haben, weil der Heimatschutz, ich gehe einmal davon aus, dort Einsprache macht. Ich kann euch von Seiten der Stadt beruhigen: Ich bin nicht legitimiert, ich habe mich dort nicht beteiligt. Aber dann soll der Bürger frühzeitig Einfluss nehmen können, bevor man Hunderttausende Franken verplant und verblödet hat und die Anwaltsbüros und die Planungsbüros viel verdient haben.

Auch das mit der Teuerung: Ich gebe zu, davon kann man bei gewissen Sachen reden. Und jetzt das schlimmste Argument, den grossen Projekten drohe der doppelte Gang

an die Urne. Ist es so schlimm, wenn man gescheitert wird und vielleicht den Projektkredit am Anfang durchgewunken hat und dann gesehen hat, dass es ein dummes Projekt ist, und es ablehnt? Das ist wahrscheinlich sinnvoller, als wenn wir noch viel mehr für Planungskredite ausgegeben hätten. Und wegen der Kosten muss ich euch sagen: Das ist der Preis der Demokratie, lieber Kosten dafür ausgeben, als für unnötige Rechtshändel und unnötigen Blödsinn, wie man es gemacht hat bei Citysoftnet, bei den Kitas, wo man nicht einmal die Kommissionen rechtzeitig informiert hat oder jetzt beispielsweise die selbstherrliche Leiterin Kultur Stadt Bern, die ohne die SBK zu informieren einfach Leistungsverträge neu ausschreibt. Wollt ihr das? Wollt ihr das nicht? Hier muss man konsequent sein, hier hat man eine Chance, sich für den Bürger einzusetzen. Die SVP setzt sich für den Bürger ein, die SVP ist gegen die Selbstkastration. Danke, dass ihr das wuchtig ablehnt. Und sonst habe ich die Hoffnung, dass das Volk Nein sagt, denn das Volk lässt sich doch nicht so einfach entmachten. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion der FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir danken Maurice und der FIKO für diese Vorlage. Sie hat bei uns viel zu diskutieren gegeben und das ist nicht nur die Idee eines demokratischen Prozesses, es ist der Kern, ein Abwägen für eine bessere Option oder für einen Bestand sich zu entscheiden. Es ist uns nicht leichtgefallen. Wir haben schlussendlich Stimmfreigabe beschlossen, denn es wird Fraktionsmitglieder geben, die der Initiative zustimmen, und solche, die sie ablehnen.

Für die Zustimmung spricht, dass es sich um eine Anpassung an die Realität handelt. 25 Jahre ist es her, seit die Finanzkompetenzen zum letzten Mal festgelegt wurden. In dieser Zeit sind viele Projekte und Vorhaben teurer geworden. Im nächsten Monat stimmen die Bernerinnen und Berner zum Beispiel zum ersten Mal über den Leistungsvertrag der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit ab, weil man nun aufgrund der Teuerung über diese Schwelle gestossen ist, sogar wenn man es nur zweijährig gemacht hat. Wir machen es nun gleich für 4 Jahre wegen der Abstimmung. Es ist also wie bei einer nationalen Initiative. Dort ist es auch unsinnig, dass man immer noch nur 100'000 Unterschriften braucht. Deshalb kommen heutzutage auch Abstimmungen an die Urne, bei denen man sich fragt, was diese Idee denn in aller Welt in unserer Verfassung verloren hat, weil eben die 100'000 nie angepasst wurden. Und nun stellt sich die Frage: Will man auch die 150'000 respektive 300'000 des Gemeinderats oder die 7 Mio. des Stadtrats nie anpassen? Nein, finden einige unserer Fraktion und stimmen deshalb Ja. Aber es gibt auch in unserer Fraktion Gegner*innen dieses Vorhabens. Und auch ihre Hauptargumente möchte ich kurz erwähnen. Es wird ins Feld geführt, dass sich bei einer Erhöhung ja gar nichts ändern würde. Zwar wurde im Vortrag aufgezeigt, dass es einige Weiterzüge gab, welche es bei einer höheren Schwelle nicht gegeben hätte, wie es vorher erwähnt wurde, vielleicht ein Fünftel, ein Viertel. Jedoch wurde in den meisten Fällen dann ja gleich entschieden, wie die Vorinstanz bereits entschieden hat. Es spielt also keine Rolle, wenn ein Geschäft einer Instanz weitergereicht wird, respektive es würde eben der Demokratie sogar guttun, dass insbesondere das Stimmvolk regelmässig mitreden kann. Das ist in einer Stadt der Partizipation doch wichtig. Zudem schießt die Stadt Bern mit dieser Änderung wieder einmal übers Ziel hinaus. Momentan ist die Stadt Bern im städtischen Vergleich im Mittelfeld. Bei der Annahme der parlamentarischen Initiative würde sich Bern zur Gemeinde mit dem dritthöchsten Schwellenwert katapultieren. Und genau weil dieses Geschäft so umstritten ist, ist es wirklich auch toll, wird es dem Volk vorgelegt, finden wir. Soll das Volk entscheiden mit genau diesen Argumenten dafür und dagegen. Wir freuen uns auf die Antwort des Volkes. Wir haben

wie bereits erwähnt Stimmfreigabe beschlossen und werden die Abstimmungsbotschaft annehmen. Dankeschön.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir haben diese parlamentarische Initiative in unserer Fraktion ausführlich diskutiert und mit verschiedenen im Vortrag aufgeführten Argumenten Sympathien. Wir haben deshalb auch Stimmfreigabe beschlossen, wie ja auch schon gestern im "Bund" zu lesen war.

Gerne erläutere ich euch jetzt kurz, was wir dafür und dagegen diskutiert haben und warum wir auch damals nicht miteingereicht haben. Ich beginne mit den Argumenten, die dagegensprechen, etwas an den jetzigen Finanzkompetenzen zu ändern. Wir finden es aus demokratiepolitischer Sicht natürlich sehr wichtig, dass sich das Berner Stimmvolk bei grösseren Ausgaben und der Stadtrat bei kleineren Ausgaben mit der Materie auseinandersetzen kann oder die Möglichkeit hat, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Und wir sind der Meinung, dass auch, wenn Geschäfte "nur" in Stadtratskompetenz sind, sie ja doch für die Öffentlichkeit zugänglicher sind, als wenn sie nur im Gemeinderat sind. Und die Bevölkerung hat via ihre Repräsentant*innen, also uns, den Stadtrat, die Möglichkeit, Anträge zu stellen, wohingegen dies bei Gemeinderatsbeschlüssen nicht möglich ist. Deshalb ist es für uns schon wichtig, wo diese Schwelle ist, ab wann wir mitreden können oder das Berner Stimmvolk mitreden und Anträge einreichen kann. Dann hat sich auch bei uns in der Fraktion die Frage gestellt: Besteht wirklich Handlungsbedarf? Es gibt ja knapp ein bisschen mehr als eine Volksabstimmung pro Jahr, die das betrifft, und eben ein paar Stadratsgeschäfte. Auch haben wir diskutiert, dass Volksabstimmungen nicht nur eine Möglichkeit sind, Ja oder Nein zu sagen, sondern halt auch die Möglichkeit einer Auseinandersetzung bieten. Sie bringen eine Vorlage auf das politische Parkett oder von dort weiter in die Haushalte. Es wird flächendeckend informiert. Das ist eine Möglichkeit, die Volksabstimmungen eigen ist. Und das ist für uns ein guter Punkt und deshalb ist die Reduktion auf weniger Vorlagen nicht ein primäres Anliegen. Wir haben auch diskutiert, dass die neuen Grenzen von 12 Mio. bzw. 500'000 etwas willkürlich scheinen. Und deshalb gab es Stimmen in der Fraktion, die sagten, wir wollen die Finanzkompetenzen belassen, wie sie aktuell sind.

Andererseits – nun komme ich zu den Pro-Argumenten der FIKO, die wir in unserer Fraktion teilen – haben wir diskutiert, dass auch die heutigen, jetzt gültigen Finanzschwellen mit 300'000 bzw. 7 Mio. willkürliche Grenzen sind. Und dass es irgendwo Grenzen braucht, darin sind wir uns einig, und dass diese nach 25 Jahren mal neu verhandelt werden dürfen, finden wir auch. Dass es diese Schwellen und unterschiedliche Zuständigkeiten braucht, damit ein politisches System in einer Stadt funktionsfähig ist, ist für uns ganz klar, denn es kann ja nicht sein, dass das Volk über alle Ausgaben, die Mitarbeiter*innen der Stadt Bern tätigen, abstimmen müssen, würde ganz offensichtlich zu einer grossen Politikverdrossenheit führen. Und darin sind wir auch mit der SVP nicht einverstanden, denn natürlich: Das hat nichts mit direkter Demokratie zu tun. Direkte Demokratie ist ja auch, wenn man über die in der Volkszuständigkeit liegenden Vorlagen abstimmen kann. Und ich glaube, wir sind uns hier im Rat einig darin, dass es darum geht, Politikverdrossenheit zu vermeiden, also ein gutes Mass zu finden: Zu wenige Vorlagen wäre nicht gut. Dann hat man das Gefühl, man kann gar nichts sagen. Zu viele Vorlagen wären nicht gut, weil man das Gefühl hat, man müsse sich zu allem eine Meinung bilden. Aber dazu hat man gar nicht die Kapazitäten. Und wo liegt das gute Mittelmaß? Ist es erreicht mit der jetzigen Finanzkompetenz oder mit der vorgeschlagenen Änderung? Darin waren wir uns eben nicht ganz einig. Wo wir uns

einig waren, ist, dass das im Vortrag aufgeführte Szenario, das auch Maurice erwähnt hat, wenn über den Projektierungskredit und den Ausführungskredit abgestimmt werden müsste – ich wusste nicht, dass es schon geschehen ist, aber es steht ja, dass es in unmittelbarer Zukunft möglich wäre –, das sicher nicht wünschenswert ist. Denn es würde zu einer grossen Verwirrung führen. Das merken wir auch schon im Rat, dass es manchmal bei so grossen Projekten schwierig ist, sich zu merken, was da gerade der Stand ist. Und auch die flächendeckende Kommunikation ist ein Argument, aber nicht unbedingt ein zwingendes Argument, dass man die Finanzkompetenzen so belassen muss. Denn es gäbe durchaus auch noch andere Möglichkeiten, besser und flächendeckend zu kommunizieren und so die Berner Stimmbevölkerung mitzunehmen. Diese Überlegungen haben uns dazu bewogen, Stimmfreigabe zu beschliessen. Und zuletzt möchte ich gerne noch anfügen, dass ich den Vortrag sehr gerne gelesen habe. Und ich fand, dass die verschiedenen Argumente von Adrian Vatter und jene der Kommission sehr gut nachvollziehbar dargestellt wurden, und deshalb ein Danke an die Verfasser*innen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion begrüsst sehr die Arbeit der Finanzkommission und die Kooperation des Initianten der zugrundeliegenden parlamentarischen Initiative für diese Vorlage. Sie stärkt politische Prozesse und baut unnötigen Aufwand ab. Die Arbeit der FIKO hat dazu geführt, dass diese Vorlage stringent ist und auf allen Ebenen die Kompetenzen gleich und nicht überdimensional erhöht werden, dass man nicht beim Stadtrat auf 15 Mio. Franken erhöht, sondern auf 12 Mio. Franken, und somit alle Kompetenzen um den gleichen Prozentsatz erhöht werden. Auch ist das im Vergleich mit den anderen Städten in der Schweiz vergleichbar und sinnvoll.

Es ist uns auch als Fraktion, als Mitte, wichtig, dass das fakultative Referendum nicht erhöht worden ist, sondern unverändert bleibt, was auch für das Verständnis dieser Vorlage beim Berner Stimmvolk wichtig sein wird. Es ist klar: Die Anpassung liegt über der Teuerung der letzten Jahre und kann nicht 1 zu 1 so begründet werden, auch nicht mit der Budgetentwicklung. Es ist aber weitsichtig, denn es bezieht die Teuerungen der letzten 25 Jahre ein und schaut auch voraus und rechnet ein, welche Teuerung noch kommen wird – und damit müssen wir leider rechnen – und auch, dass Projekte immer komplexer werden. Demokratie heisst nicht, jede mögliche Entscheidung vor das Volk zu bringen, sondern das Volk einzubinden. Echte Partizipation findet ja nicht nur am Abstimmungssonntag statt. Wir sind überzeugt, dass wir immer den Auftrag haben, auch als Stadtrat, verschiedene Gruppen einzubinden und Entscheide zu kommunizieren, egal, ob sie eine Schwelle übersteigen oder nicht. Abstimmungsfluten dienen dabei weder dem Diskurs noch der Stimmbeteiligung und somit auch nicht unserer Demokratie. Die Mitte-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen und auch gerne einen Beitrag leisten, um die Vorlage vor dem Volk zu erklären.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Michael Burkard. Falls es noch weitere Fraktionsvoten gibt, meldet euch bitte an. Sonst könnt ihr euch nachher auch für allfällige Einzelvoten anmelden.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Auch die GFL-Fraktion hat sich mit dieser Vorlage auseinandergesetzt, stimmt dieser Vorlage zu. Eines der Argumente ist nach-

vollziehbar: Die Inflation wurde nicht bestritten, die ist Tatsache. Das ist das Hauptargument. Das kann man nachvollziehen. Hingegen beim Städtevergleich wurde in der Fraktion geäußert, Bern sei ein Sonderfall. Auch demokratiepolitisch ist das tatsächlich der Fall. Wir haben ganz lebhaft Auseinandersetzungen, nicht nur bei Abstimmungen und Wahlen, sondern eben auch auf der Strasse und an vielen zivilgesellschaftlichen Orten. Es wurde erwähnt, Bern sei die einzige Stadt, wo man spontan an eine Demo gehen kann. Und daran wird sich auch mit dieser Vorlage nichts ändern.

Also: Es ist nicht das einzige Kriterium, was andere Städte machen, und in diesem Sinne dieses Geschäft zu relativieren, denn die Demokratie in Bern steht und fällt nicht mit dieser Vorlage. Aber es ist interessant, weil sie sich in einem Spannungsfeld bewegt zwischen den Extremen. Die direkte Demokratie, Alexander Feuz als Protagonist und auch das Grüne Bündnis – ich verstehe, dass sie sagen, die Volksrechte seien wichtig. Das muss man respektieren. Auf der anderen Seite sind die historischen, das ist aber hier nicht der Fall, aber die präsidialen oder die parlamentarischen Ansätze, die sagen, dem Volk kann man nicht trauen, es müssen irgendwie berufenere Geister sein. Aber wir hier haben eher das, was wir im Rat erleben, dass der Effizienzgedanke oder das Dogma der Effizienz letztendlich wichtiger sein soll als die direktdemokratischen Prozesse. Auch da habe ich gewisse Zweifel. Man kann dem direktdemokratischen Effizienzdogma eben nicht alles unterordnen. Eine demokratische Lösung muss nicht in erster Linie effizient sein, sondern eine austarierte Lösung.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich diese Diskussion und wir finden, diese Vorlage sei austariert, sie nimmt den Gang der Inflation, der nachvollziehbar ist, auf, schiesst aber nicht über das Ziel hinaus und sagt, die Limiten seien unbegrenzt. Das tut sie nicht. Sie ist austariert, trägt den verschiedenen Aspekten Rechnung. Es ist auch zu bedenken, dass wir eine neue Finanzkommission haben, die in Finanzgeschäften jetzt auch mitwirken kann und dafür sorgt, dass das Parlament vernünftige Entscheidungen trifft. In diesem Sinne kann man dieser Vorlage getrost zustimmen und wir empfehlen euch, das auch zu tun. Danke.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? Ich wäre froh, wenn sich allfällige weitere Einzelsprecher*innen anmelden würden. Als Einzelsprecher, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Man steht vor einer Entscheidung, die auf den ersten Blick harmlos wirkt, in Wahrheit aber die direkte Mitsprache der Bevölkerung erheblich einschränkt. Die geplante Erhöhung der Finanzkompetenzen des Stadtrats und insbesondere des Gemeinderates verschiebt künftig die Macht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hin zu den politischen Entscheidungsgremien. Heute entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei Krediten von 7 Mio. Franken direkt mit. Künftig sollen Projekte bis 12 Mio. Franken ohne Volksabstimmung beschlossen werden können. Unzählige Projekte könnten so einfach im Stadtrat oder Gemeinderat durchgewunken werden, während das Volk oder die Opposition jeweils mühsam ein Referendum ergreifen müssen. Direkte Mitsprache würde so zur Ausnahme werden. Ein klarer Rückschritt für die Demokratie und für die Bevölkerung, die als Korrektiv erheblich geschwächt werden würde und die politische Macht künftig noch stärker in die Hände der rot-grün dominierten Entscheidungsgremien legen würde. Warum eine Mitte und eine FDP dem zustimmen können, erschliesst sich mir nicht ganz.

Beteiligung kostet Geld, ja, aber Demokratie darf etwas kosten, das haben wir heute Abend schon gehört. Jede Abstimmung, jede Diskussion und jede Entscheidung, an der

die Bevölkerung aktiv beteiligt wird, ist eine Investition in unsere politische Kultur. Gerade bei Bauprojekten, städtischen Grossvorhaben oder der Kulturförderung ist die direkte Mitbestimmung ein zentrales Kontrollinstrument gegenüber den politischen Mehrheiten. Sie sorgt dafür, dass Entscheidungen breiter abgestützt und die Interessen der Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden. Wer diese Mitsprache abbaut, sendet ein deutliches Signal: Wir trauen euch nicht. Dass die Vorlagen im Durchschnitt eine Zustimmung von über 80% erhalten, wird oftmals als Argument gegen Volksabstimmungen in der Stadt Bern angeführt. Doch die Zahl zeigt vor allem eines, die Bevölkerung beteiligt sich aktiv und trifft fundierte Entscheidungen, wenn sie gefragt wird. Die geplante Erhöhung der Finanzkompetenzen stärkt hingegen die politischen Gremien auf Kosten des Volkes und erschwert die Funktion der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als demokratisches Korrektiv. Gleichzeitig wird das politische Gleichgewicht von Stadtrat, Gemeinderat und Bevölkerung klar verschoben. Die Demokratie in der Stadt Bern lebt von direkter Mitbestimmung. Sie ist kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil der politischen Kultur. Wer diese Instrumente einschränkt, schwächt nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung, sondern konzentriert auch langfristig die Kontrolle über öffentliche Finanzen und Projekte und gibt sie in die Hände weniger politischer Akteure. Die Erhöhung der Finanzkompetenzen des Stadtrats und des Gemeinderates ist ein Rückstritt für unsere Mitbestimmung. Ein Nein ist ein klares Bekenntnis zu unseren Volksrechten, zur Demokratie und zu einer lebendigen politischen Kultur, die die Stadt Bern ausmacht. Merci.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich muss Janosch Weyermann korrigieren. Die FDP ist nicht geschlossen für das Geschäft. Nik Eugster hat es gesagt, die FDP-Fraktion habe die Stimmfreigabe beschlossen. Nur, dass das klar ist.

Ich halte hier ein Einzelvotum. Und ich persönlich könnte einem einzigen Punkt zustimmen hier in dieser Zusammenfassung zur Anpassung dieser Gemeindeordnung, und das wäre der Punkt der Projektierungskredite. Dass man die Erhöhung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates von 150'000 auf 250'000 bei Projektierungskrediten erhöhen würde, dem könnte ich zustimmen. Die Beibehaltung der Schwelle ist ja keine Änderung, darum ist das auch klar. Die anderen 2 Punkte gehen natürlich einfach gar nicht, und die Erhöhung der Finanzkompetenz von 7 Millionen auf 12 Millionen sowieso schon gar nicht. Später reden wir heute noch über Variantenabstimmungen bei Infrastrukturprojekten. Und genau dort könnte nämlich die Erhöhungen dieser Schwellen auch noch eine Rolle spielen. Denn wenn man die Finanzkompetenz einfach auf 12 Mio. Franken setzt, dann muss man vielleicht auch gar nicht mehr so viel überlegen, ob man jetzt noch bei Infrastruktur- und Bauprojekten eine Variantenabstimmung machen könnte oder machen müsste. Wenn man nämlich die Grundsanierung der Infrastruktur durchbringen will, und die Schwelle ist bei 7 Mio. Franken, müsste man sich zum Beispiel überlegen: Gut, die Grundsanierung, die wir machen müssen, liegt vielleicht auch über 7 Mio. Franken, aber wir legen den "Luxus" noch als Variante vor. Aber ich will nicht vorgreifen auf das andere Traktandum. Wie gesagt, könnte ich persönlich der Erhöhung des Projektierungskredits in der Kompetenz des Gemeinderates zustimmen, aber den anderen Punkten nicht. Darum werde ich hier ein Nein einlegen. Merci.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat bei diesem Geschäft das Wort? – Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen also jetzt als Erstes über die parlamentarische

Initiative ab, ob ihr die annehmen wollt, und wenn ihr sie annehmt, zuhanden der Abstimmungsvorlage für die Volksabstimmung verabschieden.

Abstimmung Nr. 006

2025.SR.0130: Parlamentarische Initiative

Annahme

Ja	50
Nein	15
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diese parlamentarische Initiative angenommen. Somit stimmen wir auch noch direkt über die Abstimmungsbotschaft ab. Wenn ihr die Abstimmungsbotschaft genehmigen wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 007

2025.SR.0130: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	64
Nein	4
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt.

2024.TVS.0112

4 Sanierung Felsenaubücke

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 4. Das ist ein Sachgeschäft. Es geht um die Sanierung der Felsenaubücke. Für die vorberatende Kommission PVS hat das Wort Tanja Miljanovic, die aber noch angemeldet werden muss. Merci.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Kommission: Wir haben heute in der Kommission beschlossen, dass, obwohl es sich eigentlich um ein grösseres Geschäft von 4,65 Mio. Franken handelt, wir ein kurzes Votum halten wollen, weil das Geschäft tatsächlich völlig unbestritten war und sehr gut aufgegleist ist. Es geht lediglich um eine Sanierung und Werterhalt plus Aufwertung im Zuge der Sanierung, vor allem oben auf der Strasse, also mit der Verbreiterung des Trottoirs auf der einen Seite, mit der Verbreiterung der Fahrbahn. Also ich will da gar nicht gross auf die Details eingehen. Das Einzige, was wir länger diskutiert haben, ist, dass es auf der Seite Bremgartens – es ist ja die Brücke, die Bremgarten und die Stadt Bern verbindet – früher eine öffentliche Toilette gab. Aber die ist schon länger geschlossen und die wird jetzt auch entfernt. Die Frage wurde gestellt, ob nicht vielleicht auf der Seite der Stadt etwas sein sollte. Aber das haben wir nicht in dieses Projekt aufgenommen, sondern ein eigenes Postulat dazu überwiesen. Also auch diese Frage wird geklärt werden. Wir empfehlen euch mit Einstimmigkeit dieses Geschäft zur Annahme. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Das war wirklich ein kurzes Votum. Besteht zu diesem Geschäft überhaupt Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? – Das ist auch nicht der Fall. Der Gemeinderat verzichtet. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer das Geschäft wie vorliegend genehmigen will, stimmt Grün.

Abstimmung Nr. 008

2024.TVS.0112

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt es gutgeheissen.

2025.TVS.0081

5 Tiefbau Stadt Bern: Erneuerung Verkehrsrechner

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 5. Auch das ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um Tiefbau Stadt Bern, die Erneuerung der Verkehrsrechner. Für die vorberatende Kommission PVS hat das Wort, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Kommission: Auch bei diesem Geschäft hat die vorberatende Kommission entschieden, ein kurzes Votum zu halten, da wir die Annahme des Kredits mit 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen empfehlen und es somit unbestritten war. Ganz kurz zusammengefasst: Die Stadt Bern möchte ihren zentralen Verkehrsrechner erneuern. Die bestehende Anlage stammt aus dem Jahr 2013 und ist mittlerweile technisch veraltet. Die neue Lösung bringt eine moderne Hardware und erfüllt die Anforderungen an ein zukünftiges Verkehrsmanagement auch im Hinblick auf die Integration von Smart City-Technologien, die Nutzung von Echtzeitdaten und KI-Anwendungen. In der Kommission wurde insbesondere die Wahl einer Hardware-Lösung gegenüber einer Cloud-Lösung sowie Fragen zur IT-Sicherheit und Zukunftsfähigkeit diskutiert. Die Verwaltung hat nachvollziehbare technische und finanzielle Gründe für die gewählte Lösung dargelegt. Noch zu erwähnen ist etwas zum Kredit: Der beträgt 4,1 Mio. Franken. Von Bund und Kanton sind Drittbeiträge von rund 400'000 Franken zu erwarten. Weiter bestehen gute Chancen auf eine Mitfinanzierung aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes. Merci.

Präsident: Merci, auch das sehr kurz. Ich frage auch hier: Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? – Für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich möchte hier auch nicht weiter ins Detail gehen. Die nötigsten Informationen haben Sie erhalten. Einzig zur Diskussion über eine mögliche Cloud-Variante möchte ich noch kurz etwas sagen. All diejenigen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben, wissen, dass Cloud-Lösungen Netzwerkübergänge benötigen, um mit den verschiedenen Standorten kommunizieren zu können. Diese

Übergänge ermöglichen den Zugriff auf die Cloud-Dienste respektive die Cloud-Ressourcen. Diese notwendigen Netzwerkübergänge haben wir mit den Spezialist*innen von Informatik Stadt Bern besprochen und dann als nicht zielführend eingestuft. Weil erst wenige Lichtsignalanlagen am Glasfasernetz angeschlossen sind, setzen wir weiterhin auf die von der Zentrale sternförmig aufgebauten Kupferverbindungen zu den Lichtsignalanlagen. Dies sichert den restriktiven Zugriff gerade auch für Schutz und Rettung Bern, Feuerwehr und Polizei auf das ganze Lichtsignalsystem. Die Hardware-Lösung bietet hier also mehr Unabhängigkeit in der Umsetzung von Sicherheitsvorgaben. Ich persönlich bin angesichts der Schwierigkeiten bei grossen IT-Projekten auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene nicht traurig darüber, dass wir hier noch einmal auf das altbewährte System setzen. Beim nächsten Wechsel in rund 15 Jahren können wir dann wieder grundsätzlich diskutieren. Wer weiss schon, ob dann die heutigen, hochgepriesenen Cloud-Lösungen bereits wieder Geschichte sind. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank. Somit kommen wir auch hier zur Abstimmung über die Vorlage wie vom Gemeinderat vorgeschlagen.

Abstimmung Nr. 009

2025.TVS.0081

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt zugestimmt.

2025.SK.0076

6 Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung: Kredit für wiederkehrende Ausgaben; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6. Es geht um die Zumiete Velostation Welle 7, die Vertragsverlängerung und den Kredit für die wiederkehrenden Ausgaben. Ich erlaube mir hier die Vorbemerkung. Ihr habt es schon mitbekommen: Es geht heute Abend wirklich nur noch um die Abstimmungsbotschaft, die wir als Parlament genehmigen müssen. Es geht heute Abend bei diesem Traktandum nicht darum, die Debatte zur Vorlage als solches noch einmal zu wiederholen. Ich kann niemandem das Wort verbieten zu diesem Geschäft, aber egal, was ihr heute sagt, es hat keinen Einfluss mehr auf die Abstimmungsbotschaft oder dort aufgeführten Pro- und Kontra-Argumente aus dem Stadtparlament. Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort, Simone Richner. Sie müsste noch angemeldet werden.

Simone Richner (FDP) für die Kommission: Die vorliegende Abstimmungsbotschaft entspricht den gesetzlichen Anforderungen, ist inhaltlich korrekt, transparent und ausgewogen. Sie stellt die Argumente beider Seiten dar und ermöglicht den Stimmberechtigten eine sachgerechte Meinungsbildung nach der Auffassung der Kommission. Aus

formeller Sicht gibt es deshalb keinen Grund zur Ablehnung. Die Kommission beantragt euch daher, die Abstimmungsbotschaft in dieser Form anzunehmen. Vielen Dank.

Präsident: Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 010

2025.SK.0076: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Botschaft genehmigt.

2017.PRD.000053

7 Überbauungsordnung Weyermannshaus West (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7, ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum. Es geht um die Überbauung (ÜO) Weyermannshaus West, zum einen um die Abstimmungsvorlage, zum anderen um die Abstimmungsbotschaft. Für die vorberatende Kommission PVS hat das Wort, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP): Die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün hat die Überbauungsordnung Weyermannshaus West in zwei Sitzungen vertieft beraten. Die Vorlage wird dem Stadtrat mit 9 Stimmen bei einer Gegenstimme zur Annahme empfohlen, die zugehörige Abstimmungsbotschaft mit 9 Stimmen bei einer Enthaltung. Im Rahmen der Beratungen fand ein ausführlicher Austausch mit den Grundeigentümerinnen, der Burgergemeinde Bern und der Post Immobilien AG, statt. Dabei konnten offene Fragen direkt geklärt und ein umfassendes Bild über die Absichten und die Haltung der Beteiligten gewonnen werden.

Das Areal Weyermannshaus West zählt zu den letzten grossflächigen Entwicklungsgebieten im Stadtgebiet. Die geplante Umwandlung von einer gewerblich geprägten Zone in ein urban durchmischtes Quartier mit bis zu 1200 Wohnungen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Innenverdichtung und zur Schaffung dringend benötigten Wohnraums. Im Zuge der Arealentwicklung verändert sich jedoch die Nutzungssituation und alle bestehenden sowie neue Nutzungen müssen sich an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Lärmmessungen im Rahmen der Planung haben gezeigt, dass die heutigen gewerblichen Nutzungen mit der vorgesehenen Wohnnutzung vereinbar sind. Ergänzend sind Begegnungsorte für das Quartier, Grünräume und Freiflächen vorgesehen. Fassaden und Dachbegrünungen, die Offenlegung und naturnahe Gestaltung des Stadtbaches sowie ein Anteil von 15% naturnahem Lebensraum tragen zusammen mit den hohen Energiestandards zu einer nachhaltigen Entwicklung des Areals bei.

Was lange währt, wird endlich gut? Die Forderung nach einer städtebaulichen Transformation begann 1993 mit einer SP-Motion für 50% Wohnanteil. Seither wurde mehrfach geplant, diskutiert, verworfen und neu angesetzt. In den 2000er Jahren scheiterte eine Planung an unterschiedlichen Vorstellungen zu Wohnanteilen und Dienstleistungsnutzungen. Erst der Studienauftrag von 2017 und der Masterplan des Siegerteams Rolf Mühlethaler bildeten eine tragfähige Grundlage, die von Stadt, Burgergemeinde und Post Immobilien gemeinsam getragen wird. Im Jahr 2019 fand die öffentliche Mitwirkung statt, bei der insgesamt 48 Eingaben eingereicht wurden. Thematisiert wurden unter anderem Klima und Umwelt, soziale Durchmischung, Gewerbe-, Spiel- und Aufenthaltsflächen sowie verkehrliche Aspekte. Viele dieser Anliegen konnten in die Planung aufgenommen oder auf andere Weise berücksichtigt werden. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Eingaben vollständig umgesetzt werden konnten, sei es aus rechtlichen Gründen, aufgrund übergeordneter planerischer Vorgaben oder im Hinblick auf eine wirtschaftlich tragfähige Umsetzung. Wie bei vergleichbaren Vorhaben stellt auch diese Planung einen ausgewogenen Kompromiss dar, der unterschiedliche Interessen und Rahmenbedingungen in einer gesameinheitlichen Lösung zusammenführt. Die geplante Realisierung von bis zu 1200 Wohnungen stellt einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in der Stadt Bern dar. Mindestens ein Drittel des Wohnraums wird als preisgünstiger und gemeinnütziger Wohnraum in Kostenmiete erstellt. Nach der ersten Beratung in der PVS und dank dem Engagement der Stadtpräsidentin sowie dem sozialen Verantwortungsbewusstsein der Burgergemeinde Bern hat diese ihre Absicht erklärt, auf ihrem Arealanteil bis zu 50% preisgünstigen beziehungsweise gemeinnützigen Wohnraum zu realisieren. Die Kommission schlägt dem Stadtrat mit dem PVS-Antrag 1 vor, diese Absichtserklärung in der Abstimmungsbotschaft zu verankern, um gegenüber den Stimmberechtigten Transparenz zu schaffen.

Die Kommission anerkennt die Bedeutung der bestehenden kulturellen und gewerblichen Nutzungen für die Identität des Areals, des Quartiers und auch des Stadtteils. Sie schlägt dem Stadtrat mit dem Antrag PVS 2 vor, in der Beschlussziffer festzuhalten, dass sich der Gemeinderat für eine langfristige Verankerung künstlerischer und kultureller Nutzungen einsetzen soll. Mit dem Antrag PVS 3 wird zudem empfohlen, den Dialog mit den bestehenden Nutzenden fortzuführen und darauf hinzuwirken, dass Zwischennutzungen während der baulichen Transformation möglichst lange erhalten bleiben. Gleichzeitig ist klar, dass Zwischennutzungen ihrem Charakter nach zeitlich begrenzt sind und mit dem Beginn der baulichen Umsetzung enden sollten. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass für bestehende Akteur*innen, insbesondere Kulturschaffende, aber auch das lokale Gewerbe im Rahmen der weiteren Entwicklung nach Möglichkeiten für eine zukünftige Mitwirkung und auch Präsenz auf dem Areal gesucht wird. Dabei ist zu beachten, dass die Stadt gegenüber privaten Grundeigentümerinnen keine rechtliche Handhabe hat, etwa zur Festlegung von Mietpreisen oder zur direkten Einflussnahme auf die Nutzung. Dennoch soll die Stadt ihre vermittelnde Rolle aktiv wahrnehmen und auch ihre Pflichten wahrnehmen und sich für sozialverträgliche Lösungen einsetzen.

Die Festlegung von maximal 0,35 Parkplätzen pro Wohneinheit wurde in der Kommission kontrovers diskutiert. Ein Antrag zur Reduktion auf 0,2 Parkplätze wurde beraten, die Kommission stützt jedoch den Vorschlag des Gemeinderats. Die Kommission anerkennt die verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzungen der Stadt, hält jedoch fest, dass eine pauschale Reduktion ohne belastbare Grundlagen nicht zielführend ist. Eine rückwirkende Änderung durch den Stadtrat wäre rechtlich problematisch und würde dem im Dialog mit der Eigentümerschaft abgestimmten Planungskonsens unterlaufen. Die Festlegung der Parkplatzquote basiert auf einem abgestimmten Mobilitätskonzept und

wurde von den Grundeigentümern mitgetragen. Eine nachträgliche Verschärfung könnte den Entwicklungsprozess beeinträchtigen. Auch die Festlegung eines Fahrtenkontingents wurde diskutiert. Weder die genaue Nutzung, insbesondere das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, noch die Anzahl der künftigen zu realisierenden Wohnungen, sind zum heutigen Zeitpunkt abschätzbar. Eine belastbare Festlegung von Fahrtenzahlen ist daher nicht sinnvoll und nur theoretisch. Dies hat auch die Kommission festgestellt in ihrer Debatte.

Die Überbauungsordnung sieht einen Anteil von 15% naturnahem Lebensraum vor und berücksichtigt ebenfalls die Prinzipien der Schwammstadt. Auch in der Kommission wurde ein Vorschlag zur Erhöhung dieses Anteils auf 20% diskutiert. Die Planung basiert jedoch auf dem zum Zeitpunkt der Erarbeitung gültigen Biodiversitätskonzept von 15%, sodass eine nachträgliche Anpassung im Rahmen des laufenden Verfahrens ebenfalls als problematisch eingestuft wird. Die Kommission nimmt die Vereinbarung zur Qualitätssicherung mit dem Atelier Weyer West positiv zur Kenntnis. Sie begrüsst ausdrücklich die Zusage des Gemeinderates, den Dialog mit den Grundeigentümerinnen und den bestehenden Nutzenden im weiteren Planungsverlauf fortzuführen. Damit wird sichergestellt, dass sowohl gestalterische Standards als auch die Anliegen der betroffenen Akteur*innen kontinuierlich in die Entwicklung des Areals einfließen können. Ich komme zum Ende. Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei der Überbauungsordnung Weyermannshaus West um das Ergebnis eines über 10-jährigen Planungsprozesses und einer über 30-jährigen Geschichte, die nun endlich Wirkung entfalten kann. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat, dem Geschäft zuzustimmen. Die Vorlage stellt einen ausgewogenen, zukunftsgerichteten und sozialverantwortungsvollen Entwicklungsschritt für die Stadt Bern dar. Danke.

Präsident: Merci, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Als Erstes muss ich mich entschuldigen. Wir waren ein bisschen chaotisch unterwegs diese Woche. Das liegt an krankheitsbedingten Ausfällen in unserer Fraktion. Das heisst, ihr habt unsere Anträge als Tischvorlage. Den Antrag 5 gibt es sogar zweimal. Jener auf dem separaten Blatt gilt. Und Antrag 7 gibt es schon als PVS-Antrag. Ein grosses "Entschuldigung!" an euch alle und ein riesengrosses Dankeschön an das Ratssekretariat, das sich heute Nachmittag noch mit uns herumgeschlagen hat.

Aber jetzt kommen wir trotzdem zu dem Geschäft. Das ist nämlich sehr wichtig und darum möchte ich trotz Chaos etwas dazu sagen. Mit dem vorliegenden Geschäft wird ein weiterer Pflock für die Zukunft des ESP-Weyermannshaus eingeschlagen. Es geht, das haben wir vorhin schon gehört, um das Areal zwischen Weyerli und Untermattquartier, das der Post und der Burgergemeinde gehört. Grundsätzlich sind wir von der GB/JA!-Fraktion einverstanden, dass auf dem Areal ein Quartier entstehen soll, das Wohn- und Gewerbenutzungen verbindet. Die hohe Ausnutzungsziffer und der Mix aus 1'000 Wohnungen mit Gewerbe-, Kleingewerbe, Läden, Büros, Gastronomie und Kultur scheint uns an diesem Standort angebracht und richtig.

Allerdings sehen wir auch einiges an Herausforderungen, die mit der vorliegenden ÜO nicht befriedigend gelöst wurden. Auch wenn das Areal in privater Hand ist, ist es Aufgabe der Politik, hier klare Rahmenbedingungen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass ein Quartier entsteht, das auch in 50 Jahren noch attraktiv und lebenswert ist. Dies einfach dem Markt zu überlassen, scheint uns nicht zielführend. Aus diesem Grund haben wir die jetzt auf dem Tisch vorliegenden Anträge eingereicht. Und ich möchte

hier noch erklären, warum. Und nur, dass das auch gesagt ist: Timur hat vorhin gesagt, es sei schon so lange in Planung und jetzt könnte man nicht einfach mit Anträgen kommen. Es ist also nicht so, dass wir jetzt kommen. Wir haben alle diese Anträge in mehr oder weniger gleichlautender Form schon 2019 in der Mitwirkung eingebracht. Die liegen also schon seit mehr als 6 Jahren auf dem Tisch und man hätte genug Zeit gehabt, sie auch zu berücksichtigen.

Kommen wir nun aber zu den konkreten Anliegen. Zum einen ist da die Nachbarschaft zum Untermattquartier, einem wenig privilegierten Quartier mit vielen Familien, aber auch vielen älteren Menschen, die in der Regel keine grossen Einkommen haben. Daneben soll nun Weyermannshaus West entstehen. Diese Überbauung wird aber nicht ohne Folgen bleiben für das Untermattquartier. So schrieb "Die Hauptstadt" schon im März 2023 in einem Artikel, ich zitiere: "Hausbesitzer*innen und Investor*innen können damit rechnen, dass Bethlehem für die urbane Mittelschicht als Wohngebiet interessant wird. Also lohnt es sich, Wohnungen zu sanieren und höhere Mieten herauszuholen, was die heutigen Einwohner*innen aus dem Untermattquartier verdrängen würde." Natürlich kann eine ÜO die befürchtete Gentrifizierung des Quartiers nicht verhindern. Jedoch können die Rahmenbedingungen so gelegt werden, dass sie nicht ganz so drastisch ausfallen wird. Ein Hebel, der sich in der ÜO regeln lässt, ist der Anteil an preisgünstigem Wohnraum. Je höher er ist, desto weniger Verdrängung von weniger Verdienenden wird es hoffentlich geben. Auch hierfür gibt es natürlich keine Garantie. Die vorliegende ÜO legt den Wert auf lediglich den vorgeschriebenen 30%-Wert. In einem Brief an die Stadt, das hat Timur vorhin auch gesagt, hat die Bürgergemeinde jetzt ihre Absicht kundgetan, auf ihrem Areal 50% gemeinnützigen bzw. preisgünstigen Wohnraum zu erstellen. Das finden wir sehr gut. Und der Antrag der PVS müsste das jetzt auch in die Abstimmungsbotschaft ausweisen. Allerdings ist diese Botschaft nicht rechtlich bindend. Sollte die Bürgergemeinde sich irgendwann umentscheiden – und man weiss ja nie, die haben ja auch ein Parlament, das sich irgendwie umentscheiden kann –, dann kann sie das jederzeit machen. Es ist ja nur eine Absichtserklärung. Rechtlich bindend ist nur die Überbauungsordnung und darum fordern wir in unserem Antrag Nummer 4, dass das in der ÜO verbindlich festgeschrieben wird, dass auf dem Areal der Bürgergemeinde wirklich 50% gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. Also die Bürgergemeinde will das ja sowieso. Warum soll man das nicht festschreiben?

Ebenfalls in Richtung Erhaltung der aktuellen Quartierstruktur zielen wir mit den Anträgen 5 und 6 zum alten Loeblager. In diesem Gebäude hat sich eine lebendige und diverse Atelier- und Arbeitsgemeinschaft von Kulturschaffenden einquartiert. Sie sind gut vernetzt und bringen Abwechslung und Leben in das Quartier. Diese einmalige Struktur soll, wenn möglich, erhalten bleiben. Es geht dabei darum, dass die Menschen weiterhin im Quartier bleiben und hier arbeiten und Kunst schaffen können. Wir gehen hier weiter als die Anträge 1 und 2 der PVS. Denn diese Atelieregemeinschaften im Loeblager sind ein wichtiger Teil dieses Quartiers und sie sollten auch weiter bestehen können. Eigentlich wollten wir einen Antrag einreichen, der es möglich gemacht hätte, in der ÜO festzuschreiben, dass dieses Gebäude nicht ersetzt wird. Ein Erhalt statt eines Abrisses hätte auch den Zielen der EKS (Energie- und Klimastrategie) entsprochen, welche die grauen Emissionen beim Bauen möglichst begrenzen wollen. Die Verwaltung hat uns aber gesagt, dieser Antrag sei so nicht zulässig. Das wäre eine Rückweisung. Wenn wir das machen würden, dann müsste man das ganze Geschäft zurückweisen. Und da wir leider davon ausgehen müssen, dass dieser Antrag sowieso keine Chance gehabt hätte, haben wir ihn jetzt nicht eingereicht.

Und wenn wir schon bei der Energie- und Klimastrategie sind, die ich vorhin erwähnt habe, dann kommen wir doch gleich noch auf die durch die neue Überbauung generierten Verkehr. Die EKS definiert für 2035, dass in allen ÜOs die Vorgaben von 0,2 Parkplätzen pro Wohnung umzusetzen sind, denn das Klimareglement hat klare Absenkpfade auch im Bereich Verkehr. Und nun soll in dieser ÜO an einem Ort, der über einen eigenen Bahnhof und über mehrere Buslinien und über Superanbindungen per Velo verfügt, 0,35 Parkplätze entstehen. Der Gemeinderat ist sich anscheinend durchaus bewusst, dass das eigentlich ein No-Go ist. So geht er denn auch im Vortrag bereits in die Defensive: Die Planung sei halt schon so alt und damals habe es die EKS noch gar nicht gegeben und in dem Quartier sollen auch Personen wohnen können, die Schicht arbeiten und darum ein Auto brauchen. Also es tut mir leid, aber das ist wirklich eine blöde Ausrede. Wenn Sie mal schauen, was da für Wohnungen gebaut werden, dann werden nicht in 100% dieser Wohnungen Schicht Arbeitende wohnen können. Das ist einfach viel zu teuer. Und wir wollen ja kein autofreies Wohnen, sondern immer noch 0,2 Parkplätze. Und wenn in jeder 5. Wohnung in diesem Weyermannhaus nachher eine Person lebt, die Schicht arbeitet, dann haben wir also schon sehr viel erreicht. Es geht hier wohl eher darum, den Grundeigentümer*innen entgegenzukommen. Aber ehrlich: Wie sollen wir unsere eigenen Klimaziele und unser Klimareglement durchsetzen, wenn wir nicht einmal bei unseren eigenen Planungen, wo wir als Stadt etwas vorschreiben können, unsere eigenen Ziele durchsetzen? Also ich bitte euch inständig, unseren Antrag 2 zur Reduktion der Parkplätze auf 0,2 zu unterstützen.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss auch ein Fahrtenkontingent festgelegt worden sein. Das fordert unser Antrag 3. Der Gemeinderat meint, die Anzahl Fahrten würde über die Parkplätze festgelegt. Das ist zwar ein Hebel, aber nur ein bedingter. Die Festlegung des Fahrtenkontingents und ihre Kontrolle ermöglicht es sicherzugehen, dass durch neue Überbauungen nicht überdurchschnittlich viel mehr Verkehr generiert wird, der den Zielen des Klimareglements entgegenwirkt.

Und wenn wir schon bei Konzepten und Reglementen sind, die der Gemeinderat nicht umsetzen wird, kommen wir noch zu unserem letzten Antrag. Da geht es um die Biodiversität. Das Biodiversitätskonzept, ja, es ist das neue. Ich gebe es zu. Aber auch das haben wir schon vor 6 Jahren gesagt. Also das neue Biodiversitätskonzept legt ganz klar fest, dass in Überbauungsordnungen 20% der Gesamtperimeterfläche naturnah gestaltet werden sollen. Auch hier hält sich der Gemeinderat nicht an seine eigenen Vorgaben, indem er bloss 15% naturnahe Fläche vorschreibt. Wenn wir die Biodiversität in der Stadt aber nachhaltig erhalten wollen, sind die 20% unabdingbar. Und es kann nicht sein, dass bei jeder Planung aus irgendeinem Grund davon abgewichen wird. Das Quartier, das hier entsteht, wird mindestens die nächsten 50 Jahre bestehen. Und daher muss es doch mindestens den heutigen gültigen Standards und Erkenntnissen entsprechen, bevor es überhaupt gebaut wird. Also, wenn wir schon jetzt, da wir noch am Planen sind, uns von den aktuellen Erkenntnissen verabschieden, dann werden wir ein Quartier bauen, das so was von veraltet ist. Und das wird dann jahrzehntelang so sein. Also ich bitte euch inständig, auch diesen Antrag 1 anzunehmen.

Die PVS-Anträge werden wir natürlich alle annehmen und dem Geschäft, hoffentlich inklusive aller unserer Anträge, dann zustimmen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion unterstützt die Überbauungsordnung Weyermannshaus West in der vorliegenden Form und sie überzeugt die Vision, die hinter dieser Planung steht. Ein dichtes, durchmischtes, zukunftsweisendes

Stadtquartier mit bis zu 1200 Wohnungen kombiniert mit Raum für Gewerbe, Dienstleistungen, Gastronomie und Kultur. Damit wird dringend benötigter Wohnraum geschaffen, die Wohnungsknappheit entschärft und zugleich die nachhaltige Siedlungsentwicklung gefördert. Wir danken der Burgergemeinde für die konstruktive Zusammenarbeit und ihre Gesprächsbereitschaft. Besonders hervorheben möchten wir das freiwillige Engagement, auf ihrem Landteil rund 50% gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnraum zu realisieren.

Zu den Anträgen 1 und 2 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wir begrüssen es, wenn in Weyermannshaus West auch kulturelle Nutzungen Platz finden und gegen einen guten Dialog spricht sicherlich auch nichts. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass nicht alles bis ins Detail geregelt werden muss. Das Lobbying des Loeblagers im Vorfeld der Kommissionssitzung wurde von unserer Fraktion als ausserordentlich aggressiv und fordernd wahrgenommen. Wir anerkennen die wertvolle Arbeit des Loeblagers über die letzten Jahre, doch ist seine Zwischennutzung per Definition temporär. Wir wollen, dass auch künftig ein Rahmen für kulturelle Aktivitäten besteht, aber im Rahmen des neuen Quartiers, nicht durch ein Festhalten an bestehenden Strukturen, die das Bauprojekt verzögern könnten. Der in Antrag 4 der PVS genannte Inhalt gehört aus unserer Sicht formal nicht in eine Abstimmungsbotschaft. Es ist eine Unsitte des Parlaments, dort immer wieder nachzubessern. Da sich die Burgergemeinde jedoch bereit erklärt hat, dies umzusetzen, werden wir den Antrag ausnahmsweise im Sinne einer Kompromisslösung grossmehrheitlich unterstützen.

Den Antrag 3 PVS sowie die Anträge der Tischvorlage lehnen wir geschlossen ab. Wir möchten auch hier eine grundsätzliche Kritik anbringen. Anträge, die Investitionsprojekte gefährden, können wir nicht unterstützen, insbesondere nicht, wenn sie erst in letzter Minute eingereicht werden. Das verhindert eine seriöse Diskussion und mindert auch die Qualität der Debatte. Die Wohnungsnot in Bern bekämpfen wir am wirksamsten mit mehr Verdichtung und Wohnungen, die weniger Fläche pro Person beanspruchen. Solche Entwicklungsprojekte sind dringend nötig. Dagegen führen kurzfristige Zusatzanträge dazu, dass Vorhaben in Zwang geraten, Wohnungen verzögert oder verhindert werden. Damit verschärft man die Wohnungsnot nur, bremst die Verdichtung und fördert indirekt die Zersiedlung, was alles andere als ökologisch ist. Für uns ist zentral, dass auf diesem Areal auch tatsächlich gebaut wird. Die vorliegende Überbauungsordnung bietet eine überzeugende Grundlage dafür. Deshalb sagt die GLP-EVP-Fraktion ganz klar Ja zu diesem Geschäft.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Wenn wir heute über die Überbauungsordnung Weyermannshaus West sprechen, habe ich ein kleines Déjà-vu an die Debatte zum Gaswerkareal letzte Woche. Denn mich beschleicht unweigerlich ein Gefühl von Nackenstarre, weil wir die ganze Zeit alles abnicken, was uns hier präsentiert wird. Und so geht es auch bei diesem Geschäft.

Ich erlaube mir trotzdem, 3 Punkte herauszugreifen: Generell Fragen zum Geschäft und zum Vortrag, der uns hier vorliegt, als ersten Punkt. Der zweite Punkt ist die Planung und Rolle des Parlaments und schliesslich noch etwas zu den Anträgen. Die haben ja zu reden gegeben.

Im Geschäft sind folgende Passagen zu lesen, ich zitiere kurz: "überdurchschnittliche städtebauliche und architektonische Qualität, vielfältiges Wohnangebot, vielfältig nutzbarer, attraktiver und divers gestalteter Aussenraum, Bewahrung von baulich wertvollen

und identitätsstiftenden Gebäuden, dichtes urbanes und belebtes Quartier, gestalterische Diversität mit unterschiedlicher Vegetation von den Arbeitenden angeeignet und bedarfsgerecht genutzt. Eine lebendige Dachlandschaft, ein möglichst naturnaher Lebensraum und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt", Zitatende. Ich weiss nicht, wie es euch geht, wenn ihr euch das so anhört. Aber mich juckt es fast ein bisschen in dieser absoluten Wohlfühloase und man muss sich schon fragen, was hier genau schiefgelaufen ist, wenn der Gemeinderat solch einen Vortrag ausarbeitet. Statt 1 zu 1 diesen Städtebaujargon aus dem Masterplan zu übernehmen, hätte man sich ja die Mühe machen können, die für dieses Gebiet wirklich relevanten Fragen zu stellen und zu beantworten. Nummer 1: Welches Gewerbe wollen wir hier auf diesem Areal noch? Was wird verdrängt, was darf bleiben? Zweite Frage: Was bedeuten 1'200 neue Wohnungen, davon rund 60% im Renditebereich, so nahe am Bümpliz-Bethlehem, am Untermattquartier – wir haben es gehört – für die dortigen Mietzinsen, für die sozialen Räume, für die Identität eines Stadtteils an der Peripherie der Stadt? Drittens: Was bedeutet eine mehr als 10-jährige Bauphase für die bisherigen Nutzenden, für die Anwohnenden, für das Quartier? Das sind doch politisch relevante Fragen. Und ich will die gestellt haben in einem solchen Vortrag und Antworten darauf, und nicht solche absolut nichtsagenden Plastikwörter, unter denen man sich alles und nichts vorstellen kann. Das ist absolut kein Beitrag zur demokratischen Debatte. Und dann möchte ich noch zum zweiten Punkt kommen, der grundsätzlichen Kritik an der Planung, über die wir heute befinden. Und die gilt auch für das Gaswerkareal. Man hat den Eindruck, ewig gehe nichts und dann plötzlich kann es nicht schnell genug gehen und alles ist komplett alternativlos, Widerstand ist zwecklos und eben alles ist schön in Watte eingetütet mit diesen Plastikwörtern. So eine Tendenz sehen wir äusserst kritisch, wenn man das Parlament und die Kommission nur noch als Spielball betrachtet, die man einfach mit einem Pro-forma-Vortrag ruhigstellen kann. Das ist unfair und das ist nicht demokratisch. Ich möchte hier den Gemeinderat an die Gemeindeordnung erinnern. Sie besagt, der Stadtrat und das Stimmvolk, und wir haben vorhin über die Finanzkompetenzen gesprochen, sind Beratungs- und Entscheidgremium zu Überbauungsordnungen. So steht es in der Gemeindeordnung. Und wenn ihr keine Lust habt auf die Debatte hier im Rat und in den Kommissionen auf kritische Fragen und Anträge und Änderungen an solchen Geschäften, dann beantragt doch einfach eine Änderung der Gemeindeordnung. Dann müssen wir nicht mehr über Überbauungsordnungen diskutieren. Das wäre wahrscheinlich konsequent. Zu den Anträgen. Ich habe es angekündigt: Den PVS-Anträgen stimmen wir nolens volens zu. Wir finden sie ehrlich gesagt nichtssagend und zahm. Aber das gilt ja für einiges in diesem Geschäft. Wir hätten es auch gerne gesehen, in der Überbauungsordnung diese 50% verbrieft zu sehen und sich nicht auf eine Absichtserklärung abzustützen. Entweder es gilt oder es gilt nicht. Aber wenn man jetzt darauf hinweist, dann erachten wir das als etwas halbherzig.

Dann noch etwas zu den ganzen Parkplatzanträgen, Fahrtenkontingenten, die wir gemeinsam mit GB/JA! eingereicht haben: Die wurden auch schon in der Kommission ausgiebig diskutiert. Wir hatten auch vor 2 Jahren hier im Stadtrat vielleicht zu einem etwas anderen Geschäft, einem Projektierungskredit für die öffentliche Infrastruktur, die bei der TVS angesiedelt ist, mit der Mehrheit des Stadtrats einen Antrag überwiesen, der in Weyermannshaus West eine autofreie Siedlung forderte oder zumindest deren Prüfung. Und ich betone: Eine Siedlung und nicht das ganze Areal mit einer autofreien Anlage überbauen. Der Stadtrat hatte den Antrag damals knapp überwiesen. Wir wurden darauf hingewiesen, das sei jetzt komplett das falsche Geschäft, aber wir hatten ja auch keine andere Möglichkeit, das neben der Mitwirkung noch irgendwo sonst einzubringen. Deshalb appelliere ich auch noch einmal an die linke Ratseite. Haltet

doch Wort auch zu euren Mitwirkungen und setzt euch dafür ein, dass die Parkplätze dort gemäss Energie- und Klimastrategie wirklich, wirklich gesenkt werden können. Wir finden, an diesem Ort, auf diesem Areal, ich arbeite seit neuestem dort nebenan, mit den 3 Bahnhöfen, bald der neuen Buslinie, die geplant ist, den total 8'000 Arbeitsplätzen im ganzen ESP-Umkreis, die geschaffen werden sollen, gibt es wahrlich genug Infrastruktur, um bei 1'200 Wohnungen einfach 250 Parkplätze zuzulassen. Für das Gewerbe, und das wird ja auch ausgeführt im Vortrag, gelten höhere Werte. Die können das dann auch beanspruchen. Das finde ich auch gut, noch einmal die Zusicherung zu haben, dass dort ansässiges Gewerbe bleiben kann. Es geht bei dieser Parkplatzspannbreite 0 bis 0,35 oder 0 bis 0,2 nicht nur um ein paar Dutzend Parkplätze, sondern wir verhandeln hier eine Riesenkiste, das ist eine Siedlung oder ein Überbauungsgebiet von viermal der Grösse der Holliger-Siedlung, also des Warmbächli mit diesen ganzen Genossenschaftsbauten, und ungefähr so viele wie im Viererfeld. Das ist wirklich eine grosse Kiste und deshalb machen eben diese Parkplätze einen Unterschied. Das ist dann vielleicht eine 5-geschossige Einstellhalle versus eine 2-geschossige. Das macht wirklich, wirklich einen Unterschied, was man hier für einen Quotienten in dieser ÜO verankert. Und jetzt kommt noch das Argument – wir haben auch schon vom Regionalvorstand VCS Einsprache gemacht gegen diesen Parkplatz-Quotienten und das haben wir uns auch schon anhören müssen: Die Schichtarbeitenden, die dort einziehen und dort wohnen und wir müssten doch für diese Schichtarbeitenden dafür sorgen, dass es genug Parkplätze hat. De facto erinnere ich mich sehr gut an die Diskussion zur Überbauungsordnung Wifag-Areal. Und dort hat man Parkplätze gemacht, nicht für die Schichtarbeitenden, sondern für die, die Eigentumswohnungen bauen und beziehen wollen. Dort hat man einen Parkplatzquotienten von 1,0 verankert für genau diese Wohnanteile. Und ich finde es nicht redlich und nicht ehrlich, wenn man dann kommt und sagt: Ja, wir gehen da etwas höher mit den Quotienten, damit es dann für diese Schichtarbeitenden mehr Parkplätze hat. Denn das sieht man in allen Statistiken. Wer mehr Auto fährt und mehr SUVs hat in der Garage, sind immer die höheren Einkommen. Es tut mir leid, das ist einfach so. Und das sieht man auch in Bümpliz, in all diesen Riesenüberbauungen, dass es sehr viele Leute gibt, die sich gar kein Auto leisten können. Und die haben trotzdem all diese Berufe. Ja, einfach das zu dem. Und dann vielleicht auch noch so einen – excusez – Seitenhieb auch gegen die Investoren, das auch diesem Argument der Schichtarbeitenden widerspricht. Man liest dann da in diesen Hochglanzbroschüren: Wohnen im Turm, Wohnungen mit Atelier und Werkstatt, Co-Working-Spaces, Wohnungen für urbane Avantgarde, für DINKs und Super-Grannys, very important Babyfamilien und Silverpreneure, die man dort ansiedeln will. Und das ist einfach, tut mir leid, völlig inkongruent zu dieser sozialdemokratischen Vision und Perspektive auf diese Siedlung. Ich appelliere wirklich auch an die SP-JUSO-Fraktion: Lügt euch doch nicht ins Täschlein. Denn, wenn man das anschaut, dann weiss man doch, wer dort angesiedelt werden soll. Ich habe, glaube ich, genug geschimpft, aber ich möchte einfach dieses Märchen von den Schichtarbeitenden hier etwas enthüllen für alle, die sich vielleicht nur oberflächlich mit der Vorlage auseinandergesetzt haben. Ich wünsche mir bei einem nächsten Mal viel, viel kritischere Debatten, viel, viel kritischere Auseinandersetzungen. Die GFL behält sich vor, ein anderes Mal ein Geschäft zurückzuweisen oder abzulehnen. Ich finde, 1-2 Jahre Verzögerung machen nach einem 30-jährigen Hin und Her keinen grossen Unterschied. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP unterstützt dieses Projekt. Die Planungsgeschichte zu diesem Perimeter beginnt 1993 mit Konzeptideen, Überbauungskonzept, Studienauftrag, Mitwirkungen, Masterplan etc. Und jetzt nach über 30 Jahren können wir endlich über eine Überbauungsordnung abstimmen. Die Reise bis dahin war viel zu lang und hat zu viel gekostet und zu viele Ressourcen gebunden. Deshalb müssen wir jetzt vorwärts machen und diese ÜO ohne Wenn und Aber annehmen, auch weil diese ausgewogen und nicht überladen ist. Eine perfekte ÜO gibt es nicht, aber diese hier ist gut. Für die Bauherren, die Burgergemeinde und die Post, ist diese ÜO aber ein enges Korsett, der Spielraum ist nicht gross. Trotzdem hoffen wir, dass die Post und die Burgergemeinde bei den nächsten Schritten Gas geben und wir möglichst bald mehr Wohnungen haben. Aber kann sich die Burgergemeinde und die Post auf die Stadt verlassen? Sind die Abmachungen, welche im Vorfeld unter Berücksichtigung der zu dieser Zeit geltenden Gesetze, Verordnungen, Strategien und Konzepte gemacht wurden, verlässlich? Nein, das ist nicht der Fall. Einmal mehr werden die gemachten Vereinbarungen und Abmachungen mit Füßen getreten, und zwar von uns hier im Stadtrat.

Alle Vorstösse von GB/JA! und GFL lehnen wir deshalb entschieden ab, denn wir wollen im Gegensatz zu diesen Parteien möglichst bald günstigen Wohnraum. Die Annahme dieser Anträge würde bedeuten, dass sich der Baubeginn um mindestens 2 Jahre verzögern und die Baukosten um bis 5% zunehmen würden, was auch die zukünftigen Mietzinse erhöhen würde, womit die günstigen Wohnungen weniger günstig sein werden. Die FDP übernimmt Verantwortung und will, dass möglichst rasch gebaut wird und Wohnungen erstellt werden. Im Gegensatz zu den anderen Parteien reden wir nicht nur von mehr Wohnungen, sondern handeln auch entsprechend.

Noch etwas zu den Parkplätzen. Gemäss kantonalem Gesetz wären 0,5 Parkplätze pro Wohneinheit möglich. Zusammen mit allen Stakeholdern wurde dies auf 0,35 Parkplätze pro Wohneinheit gesenkt, was ein Erfolg und ein gutschweizerischer Kompromiss ist. Das heisst aber noch nicht, dass die Bauherren tatsächlich 0,35 Parkplätze pro Wohnung bauen werden, denn das Erstellen von Parkplätzen kostet und deshalb werden sicher nur so viele Parkplätze gebaut, wie auch tatsächlich vermietet werden können. Die Bauherren haben hier die unternehmerische Freiheit, die Parkplätze zu planen, einfach unter Berücksichtigung der Obergrenze von 0,35 Parkplätzen pro Wohnung. Diesen Sachverhalt sollten wir hier im Stadtrat akzeptieren und die Verhandlungserfolge der Verwaltung entsprechend würdigen. Die Anträge der PVS werden wir annehmen, im Wissen, dass diese keinen zusätzlichen Nutzen bringen und eigentlich nur die Verwaltung zusätzlich belasten. Denn der Spielraum des Gemeinderats bei der Vermittlung zwischen den Bauherren und den Künstlern im alten Loeblager sind sehr begrenzt. Wir wollen uns aber dem Dialog nicht verwehren und stimmen deshalb zu. Allerdings bemängeln wir auch in diesem Zusammenhang die Verlässlichkeit. Denn die Künstlerinnen und Künstler im alten Loeblager haben die Spielregeln von Anfang an gekannt. Anstatt sich über den vorübergehenden, günstigen Geweberaum zu freuen, stellen sie jetzt Forderungen, welche nicht den Abmachungen entsprechen. Dieses Verhalten der Künstlerinnen und Künstler im alten Loeblager hat auch Auswirkungen auf künftige Zwischennutzungen. Denn hätte die Burgergemeinde das Loeblager von Anfang an abgerissen, dann wäre diese Diskussion und diese Zwängerei gar nicht aufgetreten. Was werden die Burgergemeinde und auch andere Immobilienbesitzer in Zukunft machen? Werden sie weiterhin Zwischennutzungen zur Verfügung stellen, wenn es daraus nur Probleme und Aufwand gibt? Sicher ist, dass mit dem Fall altes Loeblager und auch mit dem Fall Anstadt nicht positive Signale an potenzielle Zwischennutzungsanbieter gesandt werden. Hoffentlich ist der Schaden nicht zu gross.

Wie hoch ist der Schaden dieser Debatte für neue potenzielle Investoren in der Stadt Bern? Die Stadt hat sich einmal mehr nicht als verlässlichen Partner präsentiert. Ein Investor mit einem ausgereiften Risikomanagement wird sich Gedanken machen, ob er in die Stadt Bern investieren will, und möglicherweise zu einem für uns ungünstigen Resultat kommen. Die FDP wird diesem Geschäft zustimmen, wenn die Anträge vom GB/JA! und GFL nicht angenommen werden, sonst werden wir ablehnen. Wir wollen neue Wohnungen, und zwar subito.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Es ist schon mehrmals gesagt worden: Das ist ein Projekt, das Wohnungen schafft, und darum wird die Mitte dem auch zustimmen. Es ist ein guter Mix, es entstehen über 1'200 Wohnungen, und übrigens, das ist noch nie gesagt worden, über 5'000 Veloparkplätze. Also es gibt mehr Velo als Autos dort, auch wenn man immer nur über die Autoquote spricht. Es gibt Raum für das Gewerbe, es gibt Raum für Gastronomie und Kultur und es gibt eine Entwicklung eines Quartiers und es werden auch Klima- und Energievorgaben eingehalten. Natürlich ist das Projekt nicht perfekt, aber es ist gut. Und eines muss man einfach dazu sagen, die Burgergemeinde und die Post müssen dort nicht bauen. Sie können das auch einfach lassen. Die Burgergemeinde ist nicht an einen Gewinn gebunden. Wenn sie keine Lust mehr haben – und die Post muss auch nicht Gewinn machen, das ist nicht ihr Hauptfeld –, dann bauen sie dort einfach nicht. Klar, dann gibt es dort Biodiversität, dann entwickelt sich dort ein Wald. Das muss man einfach auch sagen.

Dann zu den Parkplätzen und Schichtarbeitern. Es gibt doch auch Leute, die gut verdienen und Schichtarbeit machen. Das sind zum Beispiel auch Ärzte oder Krankenpflegerinnen, die vielleicht ausserhalb in einem Altersheim arbeiten. Und dann zu diesen Autos: Wir wollen ja eine diverse und nicht eine Siedlung, in der nur ein Typus wohnt. Und ältere Leute sind halt teilweise auch auf das Auto angewiesen, und vielleicht halt auch auf ein grösseres Auto, weil es halt einfacher ist. Und das sind einfach auch sehr gute Steuerzahler. Für unsere Sozialprojekte, die ihr ja durchführen wollt, braucht es auch Leute, die viel verdienen, denn sonst wäre das Ganze gar nicht finanzierbar. Also wollen wir dort einen guten Mix.

Zu diesen ganzen Anträgen: Wir nehmen die von der PVS an, auch wenn die meisten, wie Thomas vorgesagt hat, nicht sehr viel bringen, aber ein Dialog ist nichts Schlechtes. Alle anderen Anträge lehnen wir ab, die zu den Parkplätzen sowieso. das habe ich vorhin schon gesagt. Aber dann kommt auch noch der Biodiversitätsartikel. Man muss sehen, dass die Stadt teilweise kompensieren kann. Die Post kann nicht kompensieren. Die Stadt lässt teilweise an anderen Orten nachher mehr Biodiversität zu, aber die Post hat kein anderes Gelände oder einen Wald, wo sie das machen können. Und deshalb muss man einfach unterscheiden zwischen einem Projekt, das die Stadt baut, und einem Projekt, das die Privaten bauen. Und deshalb darf man einfach nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Und noch zu dem Auto-Quotienten von 0,2. Es gibt einfach keine grosse Überbauung, wo das je durchgeführt wurde. Die 0,35 ist das Maximum. Man wird das anpassen. Aber es ist einfach eine Realität, dass ausser in ganz kleinen Projekten, wo alle irgendwie in einer Genossenschaft sind und so, das einfach noch niemand umgesetzt hat. Und deshalb ist es zum heutigen Zeitpunkt nicht realistisch, so etwas zu machen. Deshalb lehnen wir die Anträge ab. Wir werden aber dem Projekt zustimmen. Je nachdem, wie viele der Anträge durchkommen, müssen wir es uns aber wirklich überlegen, denn dann ist

es einfach nicht realistisch, dass das Projekt gestartet wird. Da muss man einfach ehrlich sein. Und das hat die Burgergemeinde auch so gesagt und auch die Post wird nicht bis ans Äusserste gehen. Dann fängt man einfach noch einmal bei 0 an und dann geht es nicht 2 Jahre, sondern dann geht es einfach noch einmal 20 Jahre. Danke vielmals.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich habe hier noch einen verwaisten Mitte-Laptop. Ja, gut, ich kann auch dein Votum halten. Nein, ich halte besser mein eigenes, denn eigentlich bin ich jetzt gerade ein bisschen verwirrt von der Stimmung hier im Saal. Ehrlich gesagt finde ich das einfach auch im Grossen und Ganzen am Ende halt schon auch ein recht sinnvolles Projekt. Also, nur um hier noch einmal kurz die Fakten auf den Tisch zu legen: Wir sprechen über die Überbauungsordnung zur Entwicklung eines neuen Stadtquartiers, mit dem wir jetzt in die Volksabstimmung gehen wollen und damit eben auch vorwärts machen mit dem Bau von 1'200 Wohnungen. Und prinzipiell halten wir von der SP-JUSO-Fraktion es denn auch für ein im Prinzip ausgewogenes und gutes Projekt. Dabei gibt es aber natürlich, wie bei jedem Bauprojekt, sehr gute Seiten und einige, die einem nicht passen. So geht es hier natürlich auch uns. Leider haben wir aber bis jetzt auch nur über die schlechten Seiten gesprochen. Darum hier noch einmal kurz ein paar Fakten: Erstens, wir bauen hier bis zu 1200 Wohnungen. Das ist sehr, sehr wichtig in der momentanen Wohnungskrise in Bern, im Kanton Bern und in der Schweiz. Zweitens, und das finden wir äusserst begrüßenswert, die Burgergemeinde hat nun signalisiert, nicht nur signalisiert, sondern wirklich auch verbindlich gesagt, dass sie 50% gemeinnützig respektive kostengünstig bauen wird. Und das ist im Prinzip wirklich ein grosser Erfolg für diese Stadt und auch für unsere Stadtpräsidentin. Denn damit erreichen wir, dass auf diesem Bau Feld ungefähr 500 Wohnungen in Kostenmiete gebaut werden. Stellt euch das einmal vor, wenn man das verzögern möchte.

Im Vergleich zu anderen Projekten in anderen Städten, darauf komme ich noch zurück, gibt es dann auch wirklich recht wenige Parkplätze. Das Gewerbe wurde mitgedacht. Es gibt ein neues Quartier an einem ziemlich optimalen Standort, das wurde auch schon gesagt. Es ist im geografischen Mittelpunkt der Stadt, wenn auch nicht gefühlt. Aber wenn ihr wie ich eher Richtung Westen wohnt, dann wisst ihr, dass der geografische Mittelpunkt ziemlich da ist. Super erschlossen mit dem ÖV, da muss man eigentlich nichts machen. Denkmalaspekte wurden im Grossen und Ganzen angemessen berücksichtigt. Das heisst, es bleibt auch eine gewisse Quartieridentität erhalten, und es entsteht eben auch die Dichte, die wir möchten in der Innenverdichtung, die notwendig ist bei den herrschenden Baugesetzen. Und so meine ich das am Ende auch. Ich weiss nicht, wieso mein Vorredner von irgendwelchen sozialdemokratischen Stadtentwicklungsprojekten gesprochen hat. Aber hey, am Ende machen wir hier einfach keine Betonwüste für Autofahrende. Wir machen keine Europaallee, in der es nicht lebt. Wir machen das Gegenteil davon. Es gibt natürlich auch Aspekte, die wir noch anders machen würden, wenn wir hier von null anfangen würden. Natürlich würden wir 20% ökologische Ausgleichsflächen planen, wie man das heute macht. Wobei wir auch eher davon ausgehen, dass es dann auf diesem Areal eher in Richtung 20% geht, de facto, auch wenn nur 15% da sind.

Parkplätze: Wir finden es auch nicht so toll, dass es an diesem Standort so viele Parkplätze geben soll. Ich kann aber auch sagen: Wenn man irgendwo mit dem Auto wohnen will in der Stadt, dann bitte da, wo man sofort auf der Murtenstrasse ist, entlang der niemand wohnt, respektive auf der Autobahn. Und im Übrigen möchte ich hier auch noch einmal erwähnen, dass das eines der grössten Quartiere ist mit 0,35 Parkplätzen

pro Wohnung, die wir im Moment in der Schweiz und europaweit bauen. Und das sollte man auch würdigen. Viele von uns ärgert natürlich auch, dass man das Loeblager nicht erhalten wird oder kann, dass bei Planungsbeginn noch nicht klar war, wie gross sein Wert für die Kultur und für das Quartier ist. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn man das Gebäude erhalten könnte, falls es baulich sinnvoll ist. Rein planungsjuristisch können wir diesem Anliegen jetzt aber nicht nachkommen, ohne dass wir das Geschäft zurückweisen. Meines Wissens liegt kein Antrag vor. Und dem würden wir auch nicht zustimmen. Dazu komme ich noch. Denn auch der Grundeigentümer kam ja zum Schluss, dass die Sanierung und Aufstockung eine viel teurere Variante ist, als dort etwas Neues zu bauen, was dann für die bestehenden Nutzenden ziemlich sicher zu höheren Mieten führen würde. Die PVS-Anträge machen dann ja auch schon klar, dass sich die Stadt nun für eine Lösung für dieses gute Projekt einsetzen soll. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen.

Ja, jetzt habe ich Positives und Negatives gesagt. Aber am Ende ist Politik die Abwägung von Prioritäten und Interessen. Und dabei kommen wir am Ende ganz klar zum Schluss: Es ist ein gutes Projekt, das die Stadt vorwärtsbringt und ihrer Entwicklung dient, weil wir so rasch wie möglich diese 1'200 Wohnungen haben wollen, von denen wie gesagt 500 in Kostenmiete angeboten werden.

Alle Punkte haben wir im Übrigen nicht einfach angenommen, sondern wir haben die ausführlich diskutiert in unserer Fraktion, kontrovers diskutiert und uns alles, was ihr gesagt habt, zu Herzen genommen. Gemäss diesen Prinzipien werden wir auch die Anträge der PVS unterstützen, die anderen Anträge aber ablehnen und am Ende dem Projekt auch mit einer gewissen Vorfreude zustimmen. Denn Baubeginn könnte gemäss Projektwebsite schon nächstes Jahr sein und wir brauchen diese Wohnungen halt wirklich dringend. Deshalb bitten wir euch, mit uns, mit der Kommission zu stimmen und das Go für dieses Projekt zu geben.

Jetzt möchte ich noch auf zwei Punkte meiner Vorredner eingehen. Ich glaube, ich habe noch Zeit. Lieber Michael Ruefer, Ich möchte dir empfehlen, wieder mal zu schauen, was die Rolle des Stadtrates in Planungsgeschäften ist. Das kantonale Gesetz ist da leider sehr klar. Das finde ich auch nicht gut, das ist aber so. Ich habe auch grossen Respekt davor, wenn man sagt, man möchte ein Geschäft zurückweisen. Man kann immer ein Geschäft zurückweisen, wenn man sich der Konsequenzen bewusst ist und weiss, dass es dann halt einfach Jahre länger dauern kann und man in eine gewisse Unklarheit geht. Das darf man, das ist Politik, aber dann sollte man das auch klar so sagen. Und übrigens möchte ich auch noch kurz gesagt haben: Vorhin wurde gesagt, es sei ein sozialdemokratisches Bauprojekt von der GFL-Fraktion. Meines Wissens ist die Vorlage, wie sie jetzt ist, unter dem alten Stadtpräsidenten ausgearbeitet worden. Insofern ist die Kritik an einer angeblich sozialdemokratischen Stadtplanung schon spannend, aber vielleicht zählst du eure Partei auch zur sozialdemokratischen Familie, wir haben immer Platz. Und zu Thomas Hofstetter möchte ich schon auch noch kurz etwas sagen: Nämlich, wenn man jetzt die Angst schürt vor einer unverlässlichen Stadt, die die Investoren hintergeht – sorry, aber das kannst du von mir aus sagen, wenn die Anträge durchkommen. Aber jetzt hast du schon irgendwie den Karren vor das Ross gespannt. Ein bisschen mehr Ruhe eurerseits wäre auch sinnvoll. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich versuche mich kurz zu halten, damit wir das Traktandum hoffentlich noch vor der Pause abschliessen können. Die SVP-

Fraktion findet mehr Wohnungen und Bauen eigentlich gut. Zu dieser Überbauungsordnung können wir aber nicht Ja sagen. Der Mix stimmt für uns am Schluss nicht. Mit dieser Überbauungsordnung würden wir eine der letzten innerstädtischen Gewerbe- und Industriezonen opfern und das zugunsten von Wohnungen. Es wäre ein Verlust von wertvollem Gewerberaum, der heute schon Mangelware ist in der Stadt Bern. Weyermannshaus West ist heute eine gut erschlossene Gewerbefläche. Es ist sehr beliebt und wie gesagt besteht schon heute ein grosser Mangel. Mit dieser Überbauungsordnung wäre künftig kein Platz mehr für das Gewerbe, das heute dort ansässig ist. Das ist schlecht. Es wird zwar immer gesagt, dass das Gewerbe auch künftig noch Platz haben wird, aber unter Gewerbe und Industrie stellen wir uns nicht EWB als staatsnaher Betrieb vor, auch nicht ein Yogastudio und eine Quartierbibliothek. Ich stelle mir ein produzierendes Gewerbe vor, das hier seinen Tätigkeiten nachgehen kann, Arbeitsplätze schafft, Lehrlinge ausbildet und Steuereinnahmen für die Stadt generieren kann. Aber mit dieser Überbauungsordnung opfern wir genau das und sorgen dafür, dass das Gewerbe immer mehr aus dieser Stadt verdrängt wird, in die Agglomeration oder sogar in andere Kantone. Und das kann nicht in unserem Interesse sein. Zudem kann das Mobilitätskonzept, wie es jetzt vorgesehen ist, gar nicht funktionieren, wenn man dort wirklich einer gewerblichen Tätigkeit nachgehen will. Auch die Parkplatzsituation ist definitiv nicht befriedigend, wenn man an das Gewerbe denkt. Und das machen wir als SVP, wir denken an das Gewerbe.

Noch kurz etwas zu den Anträgen – ich muss sagen, ich habe ein bisschen den Überblick verloren, weil ich mittlerweile 3 Antragslisten habe. Ich versuche aber trotzdem, schnell den Überblick zu bekommen. Vielleicht zu diesen Biodiversitätssachen: Die lehnen wir ganz klar ab, denn wenn ihr jetzt schon bauen wollt, dann müsst ihr jetzt nicht noch das Projekt verzögern. Das würde dazu führen, dass noch mehr Planungsunsicherheit herrschen würde in diesem Perimeter für die Gewerbetreibenden. Und das wollen wir verhindern. Darum ganz klar Nein zu dem. Auch das mit den 0,2 Parkplätzen: Ihr wisst schon, dass die kantonale Bauverordnung eigentlich 0,5 vorgibt. Jetzt ist man mit 0,35 schon deutlich drunter. Schränkt das nicht noch mehr ein. 0,2 ist wirklich nicht viel. Denkt an die Schichtarbeiter, denkt an die Leute, die ein Auto brauchen, das geht einfach nicht und würde den Bogen überspannen. Und das Fahrtenkontingent lehnen wir ganz klar ab. Das ergibt sich aufgrund der Parkplätze nachher ohnehin. Das würde ein zu enges Korsett schaffen. Auch die PVS-Anträge: Das wird bereits erfüllt. Es wird ja dafür gesorgt, dass bis zur Realisierung die Leute noch bleiben können und auch nachher noch Raum für die Kunstschaffenden sein wird. Und jetzt muss ich schnell schauen, ob ich alles habe. Und auch das mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau, dass diese 50% in die Abstimmungsbotschaft reinkommen, können wir nicht ganz nachvollziehen. Es ist ja gesagt worden, dass das gemacht wird. Warum das in die Abstimmungsbotschaft muss, erschliesst sich uns nicht ganz. Wir werden, egal ob die Anträge angenommen werden oder nicht, die Überbauung im Sinn des Gewerbes in dieser Stadt Bern ganz klar ablehnen. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal zu diesem Geschäft?

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es wird immer das Hohelied der Klimaziele gesungen. Was haben wir in der letzten Stadtratssitzung beschlossen? Das Gaswerkareal macht ihr kaputt, das Viererfeld macht ihr kaputt. Hier haben wir Weyermannshaus. Das ist ein anderer Standort. Die anderen Gebiete hättet ihr schützen sollen. Das Klima rettet ihr nicht mit ein paar Bäumen in Plastikkübeln am Helvetiaplatz. Ich werde das Geschäft ablehnen. Merci.

Präsident: Als weiterer Einzelsprecher, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Wir haben nach meinem Votum in der Fraktion beschlossen, dass wir diese Vorlage so ablehnen, und zwar weil sich abzeichnet, dass sämtliche unserer Anträge, und die sollten meines Erachtens wirklich zu einem grossen Teil eine absolute Selbstverständlichkeit sein, abgelehnt werden. Ich erinnere euch noch einmal an die Verabschiedung der Energie- und Klimastrategie von Anfang Jahr, die uns beschäftigt hat. Und jetzt wird einfach nicht Wort gehalten. Und diesem Wortbruch, dem können wir uns nicht so anschliessen und das muss Konsequenzen haben. Und deshalb lehnen wir diese Überbauungsordnung in dieser Form ab.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Ich habe gerade sehr viel gehört und muss reagieren; zuerst einmal, was das Gewerbe angeht. Raum für das produzierende Gewerbe ist Mangelware in der Stadt Bern. Das stimmt, aber das liegt nicht an der Fläche, sondern an den Raumhöhen in der Stadt Bern. Die sind ungenügend und deshalb weichen sie in die Agglomeration aus. Und darum ist die Arealentwicklung Weyermannshaus West gerade eine Chance, das auch noch zu bauen, was für das Gewerbe nötig ist. Ich habe auch gehört, dass man seitens des Gemeinderats keine kritischen Debatten zulassen wolle. Ich muss den Gemeinderat hier in Schutz nehmen. Wir hatten in der Kommission 2 Beratungen und die waren kritisch und wir haben auch, man kann sagen, die Burgergemeinde und die Post her zitiert oder eingeladen. Ihr könnt es formulieren, wie ihr wollt. Also diese Kritik ist nicht angebracht. Und Dominik hat es schon gesagt: Das Parlament ist nicht ein Spielball, man kann es gerne auch zurückweisen.

Was die Parkplätze angeht, und man hat es jetzt hier auch erwähnt, Energie- und Klimastrategie: Liebe Leute, die Energie- und Klimastrategie ist ein politisches Steuerungsinstrument. Es ist kein Gesetz. Es ist auch kein Reglement. Es ist auch nicht rechtsverbindlich, sondern bietet eine Orientierung für neue Planungen. Und das gilt ebenso für das Biodiversitätskonzept mit diesen geforderten 20%. Also liebe Leute, ihr betreibt Symbolpolitik. Und es stimmt: In einer Demokratie ist das Parlament Ausdruck des Volkswillens, aber es ist nicht über dem Recht. Wir sind ein Teil des Rechtsstaats und nicht eine Ausnahme. Wenn wir bewusst Bestimmungen erlassen, hier in diesem Parlament, die keine Rechtsgrundlage haben und gegen die Interessen der Eigentümerschaft sind, um einfach ein Zeichen zu setzen, dann verlassen wir den Boden der verantwortungsvollen Gesetzgebung. Und das ist nachher nur noch politische Willkür. Ich kenne das. Es gibt Länder, die wir als Linksrüne kritisieren.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Ich bin überrascht vom Votum der GFL und den Überlegungen, dieses Geschäft nicht anzunehmen. Deshalb möchte ich hier einfach vielleicht noch einmal zu ein wenig Rationalität aufrufen. Und vielleicht tut es uns gut, wenn wir nach der Pause abstimmen. Denn ehrlich gesagt finde ich es schon etwas verantwortungslos zu sagen: Wir lehnen 1'200 Wohnungen ab, schieben die auf die lange Bank, weil es Aspekte gibt in einer grossen Planung, mit denen wir nicht einverstanden sind. Das kann man machen. Aber jetzt so als Trotzreaktion auf Anträge, die diskutiert wurden und für die es im Übrigen auch gute Gründe gibt, wieso sie vielleicht nicht durchkommen, ein Geschäft zurückzuweisen, ist wirklich absurd. Es tut mir leid,

aber das ist absurd. Wir stehen hier in der Verantwortung als Stadtrat, die Entwicklung unserer Stadt zu definieren, zu schauen, ob eine Überbauungsordnung – und dieses Votum richtet sich auch an die SVP – im Grossen und Ganzen passt. Und diese Überbauungsordnung passt im Grossen und Ganzen. Und das klang in euren Voten im Übrigen auch an. Ich möchte hier einfach noch einmal kurz sage: Bei einem Planungsvorhaben gibt es mindestens 20 Interessen, die man irgendwie berücksichtigen muss. Für meine Fraktion sind meistens 19 davon relevant, für eure Fraktionen wahrscheinlich 15. Vielleicht ist es auch nur das Gewerbe, aber am Schluss – mindestens 15, sorry, ich wollte das nicht so sagen. Damit will ich einfach sagen: Hier kommen diverse Punkte zusammen, die irgendwie ein grosses Ganzes ergeben sollen. Und wenn man wegen einzelner Punkte, die man nicht mag, solch ein Geschäft ablehnt, finde ich das wirklich verantwortungslos. Das muss uns einfach bewusst sein. Wir bestimmen darüber, wann Wohnungen für 1'200 Leute gebaut werden dürfen, und lehnen sie ab, weil wir finden, es gebe 50 Parkplätze zu wenig. Danke.

Präsident: David, es ist 18.59 Uhr. Weil in der Ratspause Anlässe stattfinden, hören wir dein Votum nach der Pause. Es spielt auch keine Rolle, denn wir werden sowieso nicht jetzt abstimmen. Nein, wir machen das Votum nach der Pause, bitte. Ich will nicht diskutieren. Allfällige weitere Einzelsprechende – ich wäre wirklich froh, wenn ihr euch anmeldet. Ich anerkenne, dass man auch mal spontan auf ein anderes Votum eingehen will, aber macht das doch jetzt. Dann können wir das planen.

Jetzt eine ganz wichtige Information: Aufgrund des aktuellen Standes auf der Traktandenliste und dem Umstand, dass wir den dringlichen Vorstoss, glaube ich, zwingend heute Abend behandeln müssen, verschieben wir zumindest die Traktanden 10 und 11, das sind die beiden Traktanden zur Amtszeitbeschränkung, auf die Sitzung vom 18. September. Je nachdem, wie lange es nach der Pause noch geht, werden wir auch die Traktanden 8 und 9 noch verschieben, aber zumindest 10 und 11 sind fix verschoben. Ich wünsche euch eine gute Pause und bis 20.30 Uhr. Es ist sehr wichtig, dass wir rechtzeitig starten können.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

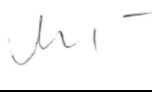
17.10.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

17.10.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESENKÄMPFER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Tom Berger

Valentina Achermann	Dominik Fitze	Esther Meier
Janina Aeberhard	Seraina Flury	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Franziska Geiser	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Helin Genis	Roger Nyffenegger
Lena Allenspach	Thomas Glauser	Shasime Osmani
Emanuel Amrein	Bernadette Häfliger	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Bernhard Hess	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Dominique Hodel	Ronja Rennenkampff
Lea Bill	Thomas Hofstetter	Simone Richner
Laura Binz	Stephan Ischi	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Monique Iseli	Sarah Rubin
David Böhner	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Laura Brechbühler	Ueli Jaisli	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Bettina Jans-Troxler	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Anna Jegher	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Michelle Steinemann
Laura Curau	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Nik Eugster	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Jelena Filipovic	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Salome Mathys	

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn	Ingrid Kissling-Näf	Dominic Nellen
Georg Häsler	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Nora Joos	Mirjam Läderach	

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Matthias Aebischer TVS	Melanie Mettler FPI
Ursina Anderegg BSS		

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2017.PRD.000053

7 Überbauungsordnung Weyermannshaus West (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Liebe Anwesende, es ist Zeit für die zweite Sitzung. Merci für das Runterfahren des Geräuschpegels. Ich habe eine wichtige Information für euch. In der Zwischenzeit ist schriftlich ein Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft eingegangen. Ich lese diesen kurz vor.

Antrag: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, die Vorgaben aus dem Klimareglement, dem Biodiversitätskonzept und der Wohnstrategie auf dem Areal Weyermannshaus West umzusetzen und die Überbauungsordnung entsprechend anzupassen. Begründung: Die Überbauungsordnung widerspricht mehreren Vorgaben, zu denen sich die Stadt Bern und das Parlament verpflichtet haben. Eingegangen ist der Rückweisungsantrag im Namen der Fraktionen GB/JA! und GFL.

Wir fahren somit mit der Debatte fort. Als nächster Einzelsprecher hat das Wort, David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Unsere kleine Fraktion konnte sich nicht wirklich gemeinsam auf die Sitzung vorbereiten. Es ist ein bisschen ein zu strenger Sitzungsrythmus für uns, aber wir haben uns jetzt natürlich in der Pause noch einmal unterhalten. Und ich kann schon vorwegnehmen, dass wir dem Rückweisungsantrag, der soeben vorgestellt worden ist, zustimmen, dass wir es richtig finden, dass noch einmal über die Bücher gegangen wird.

Und sonst als Einzelvotum ein paar Gedanken auch zu der Sitzung von letzter Woche, als wir über das Gaswerkareal diskutiert haben: Dabei möchte ich einfach darauf aufmerksam machen, dass wir selbstverständlich für Wohnungsbau sind. Es müssen Wohnungen gebaut werden. Aber mit solchen Dampfwalzenüberbauungen wird auch vieles zerstört. Und viele Nischen, die es in dieser Stadt gibt, die sehr wichtig sind, sei es jetzt die Anstadt oder verschiedene "Grümscheler", die in der Umgebung des Weyermannshaus' ein bezahlbares kleines Atelier haben oder eine kleine Werkstatt, für die wird es keinen Platz mehr geben in der Stadt. Die werden weggehen. Darum, wenn es solche Überbauungen gibt – wir haben auch ein Negativbeispiel, wir müssen nicht nach Zürich zur Europaallee gehen, denn wir haben Brünnen, das einfach nicht lebt, nicht lebendig genug ist, wo wohl kein Quartier entsteht – und wir alles von null aufbauen, dann ist es keimfrei. Wenn einzelne Nischen bewusst belassen werden, sei es das Loeblager oder andere Orte, die halt nicht so piekfein und so sind, dann hat das eine Qualität, die sehr wichtig ist für eine Stadt. Nur darauf wollte ich noch hinweisen. Und danke für den Rückweisungsantrag.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL), Einzelvotum: Ich möchte gerne ein bisschen über Verantwortung sprechen. Verantwortung heisst für die GFL, sich vehement und konsequent für zentrale Prinzipien einzusetzen, die man als Mensch oder eben auch als Organisation hat. Als politische Organisation, als Partei, bedeutet das, für Haltungen einzustehen, die man als gewählte Parlamentarierin den Wählenden versprochen hat, die man ins Wahlprogramm geschrieben hat, die man in die Legislaturziele geschrieben hat. Das sind Prinzipien und an die versucht man sich zu halten – Verantwortung. Die SP hat auch versucht für das soziale Wohl von in der Regel einzelnen Bevölkerungsgruppen

zu sorgen. Der Fall war das zum Beispiel beim Personalreglement. Da gab es eine Liste von mehreren Dutzend sehr guten Neuerungen, mehr als diese 19 Punkte, mehr als diese 15 Punkte. Hätte aber das Parlament den Teuerungsausgleich abgelehnt, wärt ihr zu Recht im Namen eurer Wählenden auf die Hinterbeine gestanden und hättet gesagt: Nein, so nicht. Für die GFL ist es das Klima.

Unser Personalreglement, unser höchstes Prinzip ist das Klima und eben die Menschen, die unter diesem Klima leiden, auch sozial leiden. Und jetzt, was heisst das für uns? In diesem Fall ist es die nachhaltige Mobilität und das Klimareglement. Und im Rahmen des Klimareglements ist es die Energie- und die Klimastrategie, denn sie definiert Massnahmen zur Umsetzung des Klimareglements. Wir missachten also die Strategie und die Umsetzung, wir missachten das Reglement. Und ja, das Reglement hat Gesetzeswirkung. Beim Personalreglement würdet ihr auch Verantwortung übernehmen, wenn auch alles andere stimmt, auch wenn es um den Zeitpunkt ginge. Also, ein Jahr direkt nach Verabschiedung würde man sagen: Ja, mit den Schwangerschaftsurlauben warten wir doch noch ein bisschen, schauen wir mal. Dann würdet ihr wieder zu Recht sagen: Nein, wir haben es verabschiedet, wir haben uns verpflichtet, wir halten uns an unsere Abmachungen. Und genau das wollen wir und das benennt ihr als verantwortungslos. Uns geht es mit dem Klimareglement um die Erhaltung der Lebensgrundlagen für die Gesamtbevölkerung. Das ist immer so ein bisschen schwierig zu kommunizieren, denn die Gesamtbevölkerung: Wer ist das schon? Die Arbeitnehmenden ist eine klar definierte Gruppe, die man auch gut propagieren kann, oder eben die Wohnungssuchenden. Wenn man sich für die einsetzt, signalisiert man automatisch, die anderen machen das nicht. Das kann man machen, das ist okay, es ist eine Kommunikationsstrategie. Verantwortung heisst für uns, für eigene Prinzipien einstehen, sie einhalten. Aber die demokratische Verantwortung gibt es eben auch. Und das heisst, die Haltung anderer Parteien zu akzeptieren, ohne sie zu desavouieren, auch dann, wenn man die grösste Partei ist und fast immer fast alles durchdrücken kann. Wenn es eine Partei gibt, die das Spiel des Kompromisses immer wieder à gogo und bis zum hintersten Ende spielt und nachgibt, dann wohl die GFL und nicht die grösste Partei. Daher: Verantwortung? Ja, die übernehmen wir gerne.

Präsident: Die nächste Einzelsprecherin kommt Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB), Einzelvotum: Ich habe es vorhin in meinem Votum mehrmals gesagt. Das hier vorliegende Geschäft, das ist etwas, das bauen wir für die nächsten 50 Jahre, vielleicht sogar für die nächsten 100 Jahre. Und ich habe auch gesagt: Wenn wir hier anfangen zu bauen, müssen wir uns nach den neusten Erkenntnissen richten, und zwar zum Zeitpunkt, an dem wir anfangen wollen zu bauen, und das ist bald. Wir müssen uns auch nach unseren eigenen Prinzipien richten, also nach Reglementen, die wir hier gemeinsam als ganzer Rat verabschiedet haben. Wir haben dieses Klimareglement gemeinsam verabschiedet. Es ist nicht so, dass wir, die grünen Parteien, das einfach erfunden haben, sondern das haben alle mitgetragen. Auch die Wohnstrategie haben wir schon mehrmals diskutiert. Das Biodiversitätskonzept ist auch ein Konzept des Gemeinderates.

Und wir haben es uns in der Pause überlegt. Wir wollen das Geschäft nicht ablehnen. Wir finden, es ist wichtig, dass man dieses Areal entwickelt. Wir finden, es ist wichtig, dass man dort Wohnungen baut. Aber ehrlich, auf ein Jahr mehr oder weniger kommt es nicht an, wenn wir nachher etwas haben, das gut ist. Und wir sind zum Schluss gekommen, es habe sehr viel Potenzial, das noch zu verbessern. Wir werden vielleicht eine zusätzliche Schlaufe machen. Es wird ein bisschen länger dauern. Aber wenn man

zum Beispiel das Viererfeld anschaut – es geht so lange, bis solche Planungen dann wirklich umgesetzt sind. Ich glaube, dieser Marschhalt hat Platz. Und es ist auch in unserer Verantwortung zu sagen: Doch, da gibt es Potenzial, da muss man noch etwas verbessern. Darum haben wir diesen Rückweisungsantrag eingereicht. Wir werden ihn natürlich annehmen. Und wenn er nicht durchkommt, werden wir uns beim Geschäft enthalten.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Man muss auch den Mut haben, eine Vorlage, die einem nicht passt, abzulehnen. Und das machen wir. Es ist vorhin wieder gesagt worden, wir seien alle für das Klimareglement und die Klimaschutzmassnahmen gewesen – die SVP nicht. Wir haben immer gesagt, dass wir den Erhalt der Natur wollen, ein Viererfeld nicht überbauen wollen und das Gaswerkareal nicht kaputt machen wollen, den Springgarten erhalten wollen. Was macht ihr Rot-Grüne? Ihr macht alles kaputt. Und jetzt in dem Bereich, wo man etwas für das Gewerbe haben könnte, für Karosserierespengler, für das Kleingewerbe, für das laute Gewerbe, wollt ihr auch wieder Wohnungen machen. Es ist für mich eine Vorlage, die völlig in die falsche Richtung geht. Und da muss man halt auch den Mut haben, mal Nein zu sagen. Und das machen wir. Wir sind häufig Cassandra und Warner in der Wüste. Wir machen es auch hier. Wir haben unsere Bedenken aufgezeigt. Wir sind für Überbauungen. Wir sind auch für mehr Wohnungen. Aber man muss ganz klar sehen, teilweise sind das halt auch Folgen dieser ungebremsen Zuwanderung, die die Grünen ja unterstützen. Und dort haben wir genau das Problem. Denkt daran, die Menschen brauchen auch Freiraum, Grünraum und die macht ihr in Bern auch kaputt. Das Gaswerkareal wäre ideal gewesen für Erweiterungsmöglichkeiten des Marzilis, einen Marzili-Park. Ihr wollt das nicht. Hier wollt ihr jetzt auch noch mehr Wohnungen verdichten und erzwingen und dazu sagen wir jetzt Nein. Mit dieser Überbauung rettet ihr das Klima nicht. Ich habe es schon vorhin gesagt. Die wenigen Plastikkübel mit den Bäumen auf dem Helvetiaplatz, das bringt nichts. Und im Breitenrain könnt ihr noch ein bisschen mehr machen. Ihr müsst die grossen Grünräume erhalten und nicht immer alles überbauen, um irgendwie ein hypothetisches Wachstumsziel zu haben. Deshalb stimmen wir Nein. Wir haben auch gesagt, bei der Meienegg seien wir auch sehr kritisch. Dazu wird ein grosser Teil der SVP auch Nein stimmen. Danke.

Präsident: Als nächste Einzelsprecherin, Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Wer diesem Projekt heute nicht zustimmt, muss sich bewusst sein, dass man die Verantwortung dafür trägt, dass die Mieten weiter steigen in der Stadt Bern. Wer Wohnraum blockiert, blockiert Entlastung. Es reicht nicht, über hohe Mieten zu klagen und gleichzeitig jene Projekte zu verhindern, die dringend benötigten Wohnraum schaffen. Wer bremst, trägt die Verantwortung für die Knappheit und damit für die Preise. Das müssen sich insbesondere die GFL und das GB heute anlasten lassen. Und warum im Viererfeld noch nicht gebaut wird, meine Damen und Herren, ist relativ einfach. Die gleiche Problematik, die wir auch beim Gaswerkareal haben: Es werden so viele Auflagen gemacht, dass es nicht mehr attraktiv ist zu bauen, dass sogar die Stadt in Nöte kommt, um überhaupt noch Investoren zu finden und das auch aufgrund der genannten Parteien. Deshalb, bitte stimmt heute diesem Projekt für tiefere Mieten in der Stadt Bern zu. Dankeschön – und das sage ich bewusst.

Präsident: Als nächstes die Einzelsprecherin Gabriela Blatter.

Gabriela Blatter (GLP), Einzelvotum: Ich wollte eigentlich nichts zu diesem Geschäft sagen, aber die vorherigen Voten über Verantwortung haben eine Reaktion bei mir getriggert. Ich habe jetzt extra nochmals im Energie- und Klimareglement 2035 die kürzlich verabschiedete Strategie des Gemeinderates nachgelesen. MG-2 ist es, glaube ich, Mobilität, Prozentsatz, Parkplätze reduzieren. Es steht "Parkplätze reduzieren". Und ich bin 100% bei euch: Ja, wir müssen die Mobilität adressieren, wir müssen vor allem die Mobilität elektrifizieren. Das ist noch viel wichtiger, als den MIV abzuschaffen, was sowieso illusorisch ist. Den MIV zu elektrifizieren, dafür müssen wir so viel tun, wie wir können. Und wir planen hier eine autoarme Siedlung – anstatt autofrei, autoarm. Es ist ein Kompromiss, es führt aber zu wesentlich mehr Wohnraum in einem bereits verdichteten Perimeter. Es bekämpft Zersiedelung. Wenn wir Wohnraum in urbanen Zonen schaffen, zusätzlichen Wohnraum, dann führt das dazu, dass wir der Zersiedelung entgegenwirken. Und die Umweltauswirkungen der Zersiedelungen sind massiv. Und deswegen stimmen wir diesem Kompromiss zu. Am Ende muss es auch für die Investoren stimmen. Wir können nicht eine Energie- und Klimatransition hinbringen, wenn wir nicht mit den Investoren zusammenarbeiten. Es ist eine Partnerschaft und ohne diese wird es nie möglich sein, das umzusetzen. Und deswegen müssen wir uns gegenseitig entgegenkommen. Deswegen stimme ich dem Geschäft zu. Danke.

Präsident: Moment, Michael, ich bin mir nicht ganz sicher – hast du nicht schon zweimal gesprochen zu diesem Traktandum? Gemäss Ratsreglement kann man zum gleichen Gegenstand nur zweimal sprechen. – Wenn es keine weiteren Voten aus dem Rat gibt, erteile ich jetzt das Wort für den Gemeinderat Stadtpräsidentin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ich danke dem Referenten für die gute Vorstellung des Geschäfts und auch für die engagierte Debatte hier. Das Areal Weyermannshaus West ist eines der wichtigsten und grössten Transformationsgebiete in der Stadt Bern und ein Schlüsselareal im Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen. Das Areal ist im Eigentum der Post Immobilien AG und der Burgergemeinde Bern, also nicht der Stadt. Derzeit befinden sich auf dem Areal grösstenteils Gewerbebetriebe und Zwischennutzungen. Mit dem Erlass der Überbauungsordnung wollen wir nun den baurechtlichen Rahmen für die weitere Entwicklung schaffen. Das heisst, wir sind noch auf einer recht hohen Flughöhe. Konkrete Nutzungen und Projekte für die einzelnen Gebäude und Freiräume werden auf der Grundlage des Masterplans in einem nächsten Schritt entwickelt.

Was wollen wir dort erreichen? Es soll ein dichtes und durchmischtes Stadtquartier entstehen. Vorgesehen ist ein breites Wohnungsangebot mit dem Potenzial für 1'000 bis 1'200 Wohnungen. Aber nicht nur das – Gewerbe, Kleingewerbe, Läden, Büros, Gastronomie- und Kultureinrichtungen werden ebenfalls dort Platz haben. Es besteht das Potenzial für rund 600 Arbeitsplätze. Ja, es soll ein autoarmes und durchlässiges Quartier entstehen. Das Areal ist gut an den öffentlichen Verkehr angebunden und wird deshalb autoarm entwickelt. Was heisst dies konkret? Die Parkierung soll grösstenteils unterirdisch über Einstellhallenzufahrten am Rande des Areals erfolgen. Zentral ist, dass das Areal besser mit den angrenzenden Quartieren verbunden und allgemein durchlässiger gestaltet wird. Die ÜO macht Vorschriften für die Parkierung von Autos. Pro Wohnung sind maximal 0,35 Parkplätze erlaubt, zudem sind 5'000 Veloabstell-

plätze zu erstellen. Wir orientieren uns an der aktuellen Bebauungsstruktur. Die Überbauungsordnung weist auf dem Areal 25 Baubereiche aus und macht Vorgaben zu den maximalen Höhen und Volumen der Gebäude. In 4 Baubereichen sind Hochhäuser mit einer Höhe zwischen 47 und 57 Meter zugelassen. Also kurz zusammengefasst: Hier entsteht ein urbanes, verdichtetes Quartier mit vielfältigen Nutzungen, Klimaanpassungen und einer hohen Durchlässigkeit.

Jetzt zu den Anträgen: Auf dem Areal sind, wie ich schon gesagt habe, bis zu 1'200 Wohnungen geplant. Mindestens ein Drittel des Wohnraums muss von gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften erstellt werden oder als preisgünstiger Wohnraum erstellt und dauerhaft nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet werden. Die Burgergemeinde Bern hat der Stadt in Aussicht gestellt, dass sie auf ihrem Anteil eben nicht nur ein Drittel, sondern circa 50% des Wohnraums im gemeinnützigen Segment realisieren wird. Also die Burgergemeinde macht hier deutlich mehr als gefordert, was wir natürlich sehr schätzen. Wir haben es in der Kommission besprochen und die PVS schlägt nun in der Abstimmungsbotschaft eine Ergänzung diesbezüglich vor. Der Gemeinderat bittet euch, dem PVS-Antrag zuzustimmen. Den Antrag von GB und GFL dazu, bitten wir euch abzulehnen. Die Burgergemeinde hat klar und sehr deutlich ihr Commitment abgegeben. Es braucht diesen Zusatz wirklich nicht. Wir arbeiten seit Jahren gut und vertrauensvoll mit der Burgergemeinde zusammen. Diese freiwillige Verpflichtung schafft dringend benötigten, preisgünstigen Wohnraum. Zu den beiden weiteren Anträgen der PVS zu der kulturellen Nutzung: Hierzu empfiehlt der Gemeinderat die Annahme. Die Weiterführung des Dialoges mit den Zwischennutzenden im alten Loeblager und dem Gewerbe soll selbstverständlich weitergeführt werden. Auch hier bitten wir euch, die weiteren Anträge dazu abzulehnen. Die Stadt ist hier nicht Eigentümerin und kann sich zwar für diese Anliegen einsetzen, aber wir können nichts anordnen.

Noch 2-3 Sätze zum Loeblager. Leider kann dieses in seiner jetzigen Form nicht erhalten bleiben. Das Gebäude ist in die Jahre gekommen, eine Sanierung wäre sehr aufwendig und würde auch zu höheren Mietkosten führen. Die Überbauungsordnung sieht an der Stelle des Loeblagers nun einen Neubau und einen Platz vor. Eine deutlich höhere Nutzung kann so erreicht werden mit circa 100 zusätzlichen Wohnungen. Aber wichtig ist uns natürlich schon, dass die Eigentümer mit den Mietenden im Austausch sind und möglichst eine Anschlusslösung auf dem Areal gefunden wird. Ich wurde draussen von den Demonstrierenden gefragt, ob ich bei der Lösungssuche mithelfe. Ich kann klar sagen: Ja, ich helfe gerne mit, zu vermitteln und alternative Lösungen zu diskutieren.

Dann noch zu den Anträgen von GFL und GB/JA! zu den Abstellplätzen, sei es für Personenwagen oder Motorräder oder zur Biodiversität: All diese Anträge, bittet euch der Gemeinderat, abzulehnen. Ich habe es schon letzte Woche beim Gaswerkareal erwähnt. Eine inhaltliche Änderung der Überbauungsordnung hat grosse Konsequenzen, und zwar erfordert jegliche Anpassung der Überbauungsordnung eine erneute öffentliche Auflage und führt damit zu erneuten Möglichkeiten zu Einsprachen und Verzögerungen. Wir müssen das Geschäft zurücknehmen, aufarbeiten und dann wieder auflegen. Das kostet Zeit. Wir könnten jetzt aber hier relativ rasch viel Wohnraum umsetzen und das erst noch auch mit einem sehr hohen gemeinnützigen Anteil.

Dann kurz zu diesem Rückweisungsantrag: Natürlich können wir nochmals eine Schlaufe machen. Aber ihr müsst euch einfach vorstellen: Nicht die Stadt ist Eigentümerin, sondern wir haben es hier mit der Burgergemeinde und der Post zu tun. Und diese Schlaufe könnte ziemlich lange dauern, bis wir wieder miteinander einig werden, wie viele Parkplätze es braucht. Jetzt müsst ihr euch überlegen: Wollen wir 50 Parkplätze weniger oder 1'200 Wohnungen? Ich bitte euch, das wirklich gut zu überlegen.

Ich komme zum Schluss. Sagt bitte Ja zu einem Quartier der Zukunft. Es ist wirklich eine grosse Chance für die Stadt Bern. Nutzen wir sie.

Präsident: Merci vielmals. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen, und es wird kompliziert werden. Denn die Anträge sind auf 4 verschiedene Listen verteilt. Ich hoffe, ihr behaltet den Überblick. Wir stimmen als erstes ab über den in der Ratspause eingegangenen Rückweisungsantrag der Fraktionen GB/JA! und GFL.

Rückweisungsantrag

GB/JA, GFL

Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, die Vorgaben aus

- dem Klimareglement,
- dem Biodiversitätskonzept
- und der Wohnstrategie

auf dem Areal Weyermannshaus West umzusetzen und die Überbauungsordnung entsprechend anzupassen.

Abstimmung Nr. 011

2017.PRD.000053: Rückweisungsantrag

Ablehnung

Ja	25
Nein	43
Enthalten	0

Präsident: Der Rückweisungsantrag ist abgelehnt. Wir gehen somit in die Antragsliste, die euch online zur Verfügung gestellt wurde. Und wir stimmen als erstes ab über den Antrag 1 PVS, der die Beschlussziffer ändern will.

Antrag 1

PVS

Die Beschlussziffer wird wie folgt ergänzt:

Der Gemeinderat setzt sich für eine langfristige Verankerung künstlerischer und kultureller Nutzungen im Areal Weyermannshaus West ein.

Abstimmung Nr. 012

2017.PRD.000053: Antrag 1

Annahme

Ja	54
Nein	7
Enthalten	8

Präsident: Wir haben diesen Antrag angenommen. Wir bleiben auf der gleichen Antragsliste, kommen zu Antrag 2 PVS. Auch hier geht es um die Beschlussziffer.

Antrag 2

PVS

Die Beschlussziffer wird wie folgt ergänzt:

Der Gemeinderat soll sich für einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Grundeigen-
tümerinnen und den ansässigen Nutzenden einsetzen und darauf hinwirken, dass be-
stehende Zwischennutzende, während der baulichen und strukturellen Umgestaltung
des Areals möglichst lange auf dem Areal bleiben können.

Abstimmung Nr. 013

2017.PRD.000053: Antrag 2

Annahme

Ja	57
Nein	7
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Jetzt Achtung! Der Antrag 3 GFL auf
dieser Antragsliste wird gegenübergestellt dem Antrag 2 GB/JA!, GFL Tischvorlage. Wir
mehren zuerst diese 2 Anträge zu Artikel 13 gegeneinander aus. Im Anschluss stimmen
wir ab über den obsiegenden Antrag gegenüber dem Antrag des Gemeinderates. Wer
dem Antrag 3 GFL den Vorzug geben will, stimmt Grün, wer dem Antrag 2 GB/JA!, GFL
den Vorzug geben will, stimmt Rot.

Antrag 3

GFL

Artikel 13 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder ist wie folgt zu ändern:

Artikel 13

1 Pro Wohneinheit beträgt die Bandbreite 0 bis ~~0.35~~ **0.275** Abstellplätze für Motorfahr-
zeuge. (...)

Antrag 2 Tischvorlage 1

GB/JA! / GFL

Artikel 13 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder

1 Pro Wohneinheit beträgt die Bandbreite 0 bis ~~0.35~~ **0.2** Abstellplätze für Motorfahr-
zeuge. (...)

Abstimmung Nr. 014

2017.PRD.000053: Antrag 3 vs. Antrag 2 Tischvorlage 1

Antrag 3 obsiegt

Ja	44
Nein	22
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag 3 GFL den Vorzug gegeben. Jetzt stellen wir den Antrag
3 GFL zu Artikel 13 dem Antrag des Gemeinderates zu Artikel 13 gegenüber. Wenn ihr
dem GFL-Antrag den Vorzug geben wollt, stimmt ihr grün, ansonsten stimmt ihr rot.

Abstimmung Nr. 015

2017.PRD.000053: Antrag 3 vs. Antrag Gemeinderat

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	21
----	----

Nein	49
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag Gemeinderat zu Artikel 13 den Vorzug gegeben. Das ist der obsiegende Antrag. Wir müssen über diesen aber dennoch nochmals abstimmen. Achtung, wir machen einen Farbwechsel. Der Antrag Gemeinderat wird jetzt grün. Wenn ihr ihn annehmen wollt, stimmt ihr grün, ansonsten rot.

Abstimmung Nr. 016

2017.PRD.000053: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	58
Nein	7
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt wir bleiben auf der Antragsliste, die online zur Verfügung steht. Wir kommen zu Antrag Nummer 4 PVS. Dieser Antrag betrifft die Abstimmungsbotschaft Seite 8.

Antrag 4

PVS

Die Abstimmungsbotschaft, Seite 8, der Absatz «Hoher Wohnanteil vorgesehen» wird wie folgt ergänzt:

Die ÜO sieht für das Areal einen maximalen Wohnanteil von 90 Prozent der oberirdischen Geschossfläche vor. Das ermöglicht den Bau von bis zu 1200 Wohnungen. Mindestens ein Drittel des Wohnraums muss von gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften (siehe Fachbegriffe) oder als preisgünstiger Wohnraum erstellt und dauerhaft nach dem Prinzip der Kostenmiete (siehe Fachbegriffe) vermietet werden.

Die Burgergemeinde hat der Stadt Bern in Aussicht gestellt, dass sie auf ihrem Anteil nicht nur ein Drittel, sondern ca. 50 Prozent des Wohnraums im gemeinnützigen bzw. preis-günstigen Segment realisieren wird.

Abstimmung Nr. 017

2017.PRD.000053: Antrag 4

Annahme

Ja	65
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Antrag zugestimmt. Jetzt gehen wir zu Tischvorlage 1. Das ist die Tischvorlage, auf der mehrere Anträge sind. Auf dieser Tischvorlage haben wir einen Antrag Nummer 1 zu Artikel 11 Absatz 1 Biodiversität und Naturschutzprojekt. Wir mehrten aus zwischen dem Antrag des Gemeinderates und dem Antrag GB/JA!, GFL gemäss Antragsliste. Wer dem Antrag Gemeinderat den Vorzug geben will, stimmt Grün, wer dem Antrag GB/JA!, GFL den Vorzug geben will, stimmt Rot.

Antrag 1 Tischvorlage 1

GB/JA, GFL

Artikel 11 Abs. 1 Biodiversität und Naturschutzobjekt

1 Mindestens ~~15%~~ **20%** des Wirkungsbereichs sind als naturnaher Lebensraum auszugestalten und fachgerecht zu pflegen. (...)

Abstimmung Nr. 018

2017.PRD.000053: Antrag GR vs. Antrag 1

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	47
Nein	20
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats den Vorzug gegeben. Wir stimmen ab über den entsprechend obsiegenden Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 019

2017.PRD.000053: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	57
Nein	11
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesem Antrag zugestimmt. Jetzt kommen wir zum Antrag 4. – Alex Feuz stellt einen Ordnungsantrag. Bitte anmelden.

Ordnungsantrag

Alexander Feuz

Es ist unzumutbar, über Anträge abzustimmen, die über drei Listen verstreut sind. In der Pause hätte eine saubere Liste erstellt werden müssen.

Alexander Feuz (SVP): Ich erkläre hiermit meinen Unmut darüber, dass es sehr mühsam ist mit diesen 3 Listen. Wir hatten eine Pause. Wir wären dankbar gewesen, wenn man während der Pause neue Listen ausgedruckt hätte, damit wir alle die Punkte gesehen hätten. Ich bitte das als Unmutsäusserung so zur Kenntnis zu nehmen. Ob als Ordnungsantrag darüber abgestimmt wird, ist mir egal. Danke.

Präsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung Nr. 020

2017.PRD.000053: Ordnungsantrag Feuz

Ablehnung

Ja	5
Nein	54
Enthalten	6

Präsident: Wir sind zurück auf der Antragsliste Tischvorlage 1. Wir sind bei Antrag Nummer 3, GB/JA!, GFL. Es geht hier um einen Ergänzungsantrag zu Artikel 13, Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder.

Antrag 3, Tischvorlage 1

GB/JA, GFL

Artikel 13 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder

6 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 3100 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Für die Fahrten sind ein Controlling und Monitoring durchzuführen.

Abstimmung Nr. 021

2017.PRD.000053: Antrag 3

Ablehnung

Ja	21
Nein	49
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt kommen wir zu Antrag Nummer 4. Hier ist es wieder so: Es geht um Artikel 19, preisgünstiger und gemeinnütziger Wohnungsbau. Wir mehrten aus zwischen dem Antrag des Gemeinderats links in der Spalte und dem Antrag GB/JA!, GFL rechts in der Spalte. Wer dem Antrag Gemeinderat den Vorzug geben will, stimmt Grün, wer dem Antrag GB/JA!, GFL den Vorzug geben will, stimmt Rot.

Antrag 4, Tischvorlage 1

GB/JA, GFL

Artikel 19 Preisgünstiger und gemeinnütziger Wohnbau

1 Mindestens ein Drittel (Baubereiche AI bis CVI) respektive die Hälfte (Baubereiche DI bis EIV) der zusätzlichen GFO Wohnen ist als preisgünstiger Wohnraum oder durch eine gemeinnützige Trägerschaft zu erstellen und zu erhalten sowie dauerhaft in Kostenmiete zu vermieten. Der Drittel festgelegte Anteil preisgünstiger oder gemeinnütziger Wohnraum ist zu jedem Zeitpunkt der Erstellung und Vermietung sicherzustellen. (...)

Abstimmung Nr. 022

2017.PRD.000053: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 4

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	47
Nein	22
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats den Vorzug gegeben. Jetzt stimmen wir ab über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 023

2017.PRD.000053: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	55
Nein	11
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Antrag Nummer 5 GB/JA! ist zurückgezogen in der Form, wie er in der ersten Tischvorlage war und wurde ersetzt durch den Antrag 5 auf der neuen Tischvorlage, diesem Blatt, auf dem nur einer steht. Wir stimmen also über diesen Antrag Nummer 5 GB/JA! auf der Antragsliste ab, auf der nur ein Antrag ist.

Antrag 5, Tischvorlage 2

GB/JA

Der Gemeinderat stellt sicher, dass unter Einbindung bestehender Ressourcen die langfristige, kompakte Verankerung professioneller künstlerischer und kultureller Nutzungen im Areal in einem vergleichbaren Ausmass und zu vergleichbaren Bedingungen (z.B. Mieten) wie heute im Areal Weyermannshaus West möglich ist.

Abstimmung Nr. 024

2017.PRD.000053: Antrag 5

Ablehnung

Ja	26
Nein	41
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Und jetzt kommen wir noch zum letzten Antrag, hoffentlich, dem Antrag Nummer 6 GB/JA! im Sinne eines Ergänzungsantrags.

Antrag 6, Tischvorlage 2

GB/JA

Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass nach unvermeidbaren kostspieligen Umzügen innerhalb des Areals neue langfristige Verträge mit den Nutzenden abgeschlossen werden.

Abstimmung Nr. 025

2017.PRD.000053: Antrag 6

Ablehnung

Ja	16
Nein	48
Enthalten	6

Antrag 7, Tischvorlage 2 (zurückgezogen)

GB/JA!

Der Gemeinderat stellt einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Grundeigentümerinnen und den ansässigen Nutzenden sicher und wirkt darauf hin, dass bestehende Zwischennutzende, während der baulichen und strukturellen Umgestaltung des Areals möglichst lange auf dem Areal bleiben können.

Präsident: Und sorry, das war eine Falschinformation. Wenn man das Blatt noch einmal umdreht, kommt noch Antrag Nummer 7. – Der wurde aber zurückgezogen. Dann war es doch der letzte Antrag. Merci vielmals. Wir stimmen somit ab über das Geschäft als Ganzes. Wer das Geschäft in der heute bereinigten Form genehmigen will, stimmt Grün, wer es ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 026

2017.PRD.000053: Bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	44
Nein	12
Enthalten	14

Präsident: Ihr habt dem Geschäft zugestimmt. Wir kommen noch zur Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft. Ich habe das schon letztes Mal gesagt: Selbstverständlich werden dort allfällige Änderungen, die sich aus der heutigen Debatte ergeben haben, noch korrigiert werden. Wer die Abstimmungsbotschaft genehmigen will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 027

2017.PRD.000053: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	60
Nein	4
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt.

2024.SR.0337

8 Postulat Florence Pärli Schmid (JF): Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten!; Annahme

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8. Das ist das Postulat Florence Pärli-Schmid "Mehr Mitbestimmung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten". Ich frage in die Runde: Ist dieses Postulat bestritten? – Das ist der Fall. Dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden spricht gemäss meinen Angaben Nik Eugster. Bitte einigt euch und meldet die Person an, die reden will. – Dann hat für die Einreichenden das Wort, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Das Postulat beinhaltet folgendes: Wir haben in der Stadt viele grosse Infrastrukturprojekte, bei denen man auch über Varianten abstimmen müsste. Warum ist das wichtig? Also, die meisten Sanierungs-, Umbau und Neubauprojekte werden an der Urne eigentlich angenommen. Und doch gibt es eben ein paar unschöne Situationen. Klar, bei einer Kornhausbrücke ist es logisch.

Dazu braucht es keine Variantenabstimmung, die wäre sinnlos und auch nicht nötig gewesen. Und es ist auch überhaupt nicht überall nötig.

Aber es geht einem oft so, dass man zum Beispiel eigentlich für eine Sanierung ist, aber einen Teil der Vorlage nicht nötig findet. Und doch sagt man dann halt eben zähneknirschend Ja, weil die Sanierung, die man auch in dieser Abstimmung hat, dringend nötig ist. Und hier setzt eben das Postulat an. Ein Beispiel: Hallenbad Weyermannshaus. Hätte man beim Weyermannshaus auf einen Ersatzneubau verzichtet und nur das Hallenbad saniert, würde das Projekt etwa die Hälfte kosten. Trotz der riesigen Dimensionen an Investitionsvolumen werden dem Stadtrat und der Bevölkerung in den meisten Fällen eben nur die Maximalvarianten vorgestellt. Zweites Beispiel Marzili. Gesamtsanierung des Freibads –

Präsident: Ihr habt vorhin mega gut mitgemacht. Ihr wart sehr ruhig bei den Abstimmungen. Aber danach explodiert es immer. Ich bitte euch, haltet euch daran, auch wenn euch dieses Geschäft jetzt vielleicht nicht so interessiert wie das vorherige. Es ist eine Frage des Respekts gegenüber allen anderen im Saal, die zuhören möchten, und vor allem gegenüber denen, die reden möchten. Merci.

Ursula Stöckli (FDP): Danke, Herr Stadtratspräsident, ich fahre weiter. Ein weiteres Beispiel ist die Gesamtsanierung des Freibads Marzili, über die wir im Jahr 2025 abgestimmt haben. Die Sanierung der Garderobe und der Schwimmbecken hat auf jeden Fall niemand bestritten. Das war dringend nötig. Aber abstimmen konnten wir nur über das Gesamtpaket, nämlich inklusive Aarehafen für die Gummiboote, inklusive neuer Restaurationsgebäuden und so weiter. Das Marzili wäre ein typisches Beispiel gewesen, bei dem eben eine Variantenabstimmung wichtig gewesen wäre, damit das Volk auch sagen kann: Ja, ich finde, das Marzili muss man dringend sanieren, aber ich hätte jetzt den Aarehafen nicht nötig gefunden. Das wäre eine Möglichkeit gewesen. Oder das Volk hätte gesagt: Ja, ich will beides. Ich will die Sanierung des Marzilis plus den Aarehafen. Und das ist das, was das Postulat bewirken will, dass man den Gemeinderat bittet, in Zukunft zu prüfen, wie man bei Infrastrukturprojekten ab einem gewissen Investitionsvolumen – vor allem bei denen, die vor das Volk kommen – verschiedene Varianten zur Abstimmung vorlegen kann, und in den Kommissionen vorher auch so beraten kann. Der Gemeinderat hat in der Antwort geschrieben, dass er beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Wir finden das sehr erfreulich, und wir bitten euch, das ebenfalls zu machen, damit man das prüfen kann. Verlieren könnt ihr nichts, es ist einfach interessanter für die, die über ein grosses Infrastrukturprojekt abstimmen können. Merci vielmals.

Präsident: Ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich spreche für die SP-JUSO-Fraktion. Es ist nicht so, dass wir das nicht per se für eine spannende Idee halten. Wir haben einfach so ein paar Gedanken, weshalb wir Nein sagen. Ich bin nicht sicher, ob es am Schluss einen Weg gibt, wie wir das sinnvoll machen können. Und zwar ist meine Überlegung, dass unsere Aufgabe – und dafür sind wir gewählt – die Beratung von Geschäften und das Setzen von Prioritäten in diesen Geschäften ist. Und dafür stehen uns öffentliche und nicht öffentliche Informationen, Gespräche mit der Verwaltung, geheime Kommissionsitzungen, notfalls Expert*innenberichte, die wir beantragen machen können, zur Verfügung. Wir beraten öffentlich darüber. Und am Schluss sind wir auch gewählt – mit

einer durch diese Wahl politisch legitimierten Meinung. Wenn ich mir dann vorstelle, dass wir eine Stimmbevölkerung haben, die all diese Elemente nicht hat, in einer Optionenentscheidung, dann frage ich mich schon, ob wir so einer sinnvollen Demokratie näherkommen, wenn man gar nicht die Informationen hat, um diese Variantenentscheidungen zu treffen. Wie sollte ich mir denn zum Beispiel, bevor ich im Stadtrat war, eine sinnvolle Meinung darüber bilden, ob es in der Region Bern genügend Eisflächen gibt, zum Beispiel. Oder andere solche Geschichten, ob es einen Aarehafen braucht oder nicht? Denn da spielen ja nicht nur finanzpolitische Elemente rein, da spielt auch das Angebot für den Sport rein, da spielt die Sicherheit auf der Aare rein. Aufgrund all dieser Gedanken sind wir etwas skeptisch, dass man das in einer Volksabstimmung in einer Stadt ohne eine starke Medieninfrastruktur machen kann. Und deshalb werden es viele von uns ablehnen. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Wir haben vorher offenbar einige Leute schockiert, weil wir regierungsuntreu geworden sind. Wir werden uns jetzt wieder an die Vorgaben des Gemeinderates halten und das Postulat ebenfalls annehmen – brav auf Linie.

Warum? Ich kann Dominik Fitze sehr gerne antworten auf die Frage der Eisflächen und so weiter. Es ist ja so, dass der Gemeinderat eingeladen wird, eben 2 Varianten auch zu begründen, nicht einfach nur Geld zu platzieren, "so jetzt müsst ihr auswählen". Sondern ihr müsst ja beide Varianten begründen. Das öffnet den Diskurskorridor und ist genau das Gegenteil dessen, was wir zum Beispiel bei der vorherigen Vorlage hatten, nämlich einen sehr engen Diskurskorridor, wo es einfach heisst: Vögeli, friss oder stirb. Ich weiss nicht, wie ich das übersetzen kann. Vogel, friss oder stirb – ja genau. Also das möchten wir nicht. Man möchte den Diskurskorridor öffnen und dem Stadtrat die Möglichkeit geben, in Varianten zu denken. Ob dann der Stadtrat in seiner Weisheit das dem Volk ebenfalls zumuten möchte oder nicht, ist dann ihm überlassen oder Ihnen überlassen. Man kann immer noch sagen: Nein, 80 Personen sind einstimmig zur Überzeugung gekommen, diese Variante ist die, an die wir glauben und diese bringen wir dem Volk so zur Abstimmung, und die andere, die auch zur Debatte steht, bringen wir gar nicht. Der Stadtrat ist frei, was er dem Volk zumuten möchte und was nicht. Aber es ist doch sinnvoll, dass wir, die wir hier gewählt worden sind, genau diese Fragen zu prüfen, einen offenen Diskurskorridor haben, um die Fragen stellen können, und die Varianten, die möglich sind, uns überhaupt zu denken wagen. Wir müssen wieder zu denken wagen. Auch die Kommissionen sollen sich freier fühlen und nicht einfach den Brei essen, der ihnen die Verwaltung vorsetzt. Das ist doch eines Parlaments letztendlich auch unwürdig. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke der FDP und Florence Pärli für den guten Vorschlag. Ich kann euch jetzt noch etwas sagen. Ihr habt vorhin die Finanzkompetenzen hochgeschraubt. Und hier wäre jetzt ein Vorschlag, der der Bevölkerung mehr Mitwirkungsmöglichkeiten geben würde. Ihr habt die Beispiele gehört, Marzili, ihr habt die Beispiele gehört, Weyermannshaus. Das geht absolut in die richtige Richtung. Und ausgerechnet das will man jetzt nicht machen. Also heute Abend wird ein schwarzer Tag für die direkte Demokratie. Ihr habt die Finanzkompetenz des Gemeinderats und des Stadtrats erhöht. Und ihr beschneidet einmal mehr den Bürger in seinem Recht.

Ich brauche das Wort "kastrieren". Ich glaube, das darf man heute trotz Gender und Woke noch brauchen, dieses Wort. Ich brauche es, und es soll mir auch egal sein. Ich halte daran fest: Ihr schneidet hier die Rechte ab. Hier hätten wir die Chance, dass ihr mitwirken könntet. Es wäre wahrscheinlich auch sinnvoller, dass man ein abgespecktes Projekt sicher durchbringt, also dass ein überladenes Projekt in der Volksabstimmung scheitert. Ka-We-De: Ich bin gerne dort. Aber da habe ich auch gesagt: Hätte man das nicht ein bisschen billiger machen können? Genau dasselbe beim Marzili. Das wären genau die Sachen, wo man sparen könnte, wo man die Bürger miteinbeziehen könnte. Und das will man eben nicht. Einmal mehr Zementierung der Macht. Wir werden dafür kämpfen.

Ich hoffe, es wird sich jetzt trotzdem noch jemand melden. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass sich in einer so wichtigen Vorlage praktisch niemand einträgt, um hier Stellung zu nehmen. Deshalb muss ich sagen: Das ist schwach. Wenn man natürlich sagt, im Grunde gehe es um Effizienz – möglichst wenig reden, möglichst wenig Ratszeit, dann kann man das so machen. Aber es ist eben der falsche Weg. Darum hat die SVP die Erhöhung der Finanzkompetenz klar abgelehnt. Aber wir sind zuversichtlich, dass der Stimmbürger das ähnlich sieht.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten zu diesem Geschäft? – Gibt es Einzelvoten? Als Einzelsprecher, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL): Ich finde es doch, liebe SP, sehr befremdlich, dass ihr tatsächlich vorschlagt, dieses Postulat nicht anzunehmen. Man kann schauen, woher es kommt. Aber das sollte man nicht. Darin steht letztendlich trotzdem nur, der Gemeinderat solle prüfen, wie die Bevölkerung und der Stadtrat insbesondere in Infrastrukturprojekten besser einbezogen werden können. Also, ich verstehe gar nicht so genau, jetzt hier, ziemlich spontan, warum man etwas dagegen haben kann. Man kann es mal prüfen. Es passiert ja nichts. Sonst wäre der Gemeinderat wahrscheinlich auch nicht dafür. Und daher ist es wirklich schwer nachzuvollziehen, warum das jetzt nicht gehen soll. Wir hören ja auch immer wieder aus der Stadtplanung, dass das sehr mühsam ist, dass bei grossen Projekten mit langem Vorlauf sehr spät quasi das Damoklesschwert des Stadtrats noch über dem Projekt schwebt und plötzlich die Guillotine kommt und das Projekt versenkt werde, so wie wir es vielleicht vorher kurz versucht haben. Klappen tut es meistens nicht. Aber trotzdem ist es irgendwie unbefriedigend für alle Beteiligten, wenn grosse Projekte, die lange geplant wurden, so spät letztlich erst und irgendwie alternativlos behandelt werden. Das Problem kennen wir alle. Ob es möglich ist, eine Lösung zu finden, weiss ich nicht. Aber ich würde die SP auf jeden Fall einladen, sich dem anzuschliessen und das Postulat zu unterstützen. Ich werde es auf jeden Fall tun. Danke.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu gross oder zu kompliziert sind. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan. Politik ist zugänglich, ist beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie. Das sage nicht ich, das sagt Olof Palme, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident. Lieber Dominik, du hast ein sehr düsteres Bild von unmündigen Bürger*innen gezeichnet. Ich hoffe, das ist nicht wirklich ernst gemeint. Varianten

kennen wir auch von anderen politischen Ebenen, von der kantonalen und Bundesebene, mit konstruktiven Referenden etc. Es ist etwas, das gebräuchlich ist. Es ist ein Instrument. Varianten sind ein Instrument, das wir gut gebrauchen könnten. Es ist eine tolle Vorlage, und ich bitte euch nochmal von ganzem Herzen, sie anzunehmen, damit wir diese Möglichkeit bekommen. Danke.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal zu diesem Geschäft? – Der Gemeinderat verzichtet auf ein Votum. So kommen wir direkt zur Abstimmung. Wenn ihr das Postulat erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 028

2024.SR.0337: Erheblicherklärung

Annahme

Ja	38
Nein	20
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

Aufgrund der Tatsache, dass wir den einen ClaBi-Vorstoss zwingend heute behandeln müssen, überspringen wir auch Traktandum Nummer 9. Auch dieses Traktandum werden wir auf die Sitzung vom 18. September verschieben.

2025.SR.0137

12 Dringliche Interpellation: Sparen auf Kosten der Zweisprachigkeit: Weshalb will der Gemeinderat den Schulversuch ClaBi nicht weiterführen?

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 15.

Präsident: Wir gehen jetzt somit zu den Traktanden 12, 13, 14 und 15, die wir gemeinsam behandeln. Ich frage als erstes: Die Motion Nummer 14, die Motion der Fraktion Mitte "Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF als Ausweg für die ClaBi Bern" – ist diese Motion bestritten? – Das ist mir nicht so klar wie euch, darum frage ich euch. Ihr müsst nicht so empört antworten. – Diese Motion ist bestritten. Dann die Frage an die Einreichenden der Interpellation Nummer 12. Wünscht ihr die Diskussion bei dieser Interpellation? – Das ist der Fall. Wir stimmen darüber ab, ob ihr die Diskussion gewähren wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 029

2024.SR.0337: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	46
Nein	7
Enthalten	2

Präsident: Ich frage auch noch die Interpellanten von Interpellation Nummer 15. – Auch hierzu wird die Diskussion gewünscht. Auch darüber stimmen wir ab.

Abstimmung Nr. 030

2025.SR.0140: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	48
Nein	7
Enthalten	2

Präsident: Kurz zum Ablauf der Debatte: Wir werden nun zuerst die Voten der Einreichenden hören, und zwar in chronologischer Reihenfolge – also die Einreichenden zu Traktandum 12, 13, 14, 15. Im Anschluss an die Voten der Einreichenden haben die Fraktionen je maximal 10 Minuten Zeit, en bloc zu allen 4 Themen zu reden. Und zum Schluss kommen die Einzelsprechenden mit 5 Minuten maximal zu allen 4 Themen und natürlich dann ganz zum Schluss die Gemeinderätin ebenfalls mit 10 Minuten. Als erstes haben somit die Einreichenden zu Traktandum Nummer 12 das Wort. Wer spricht für die Einreichenden? Bitte anmelden und nach vorne kommen. Für die Einreichenden von Traktandum Nummer 12 hat das Wort, Oliver Berger. Er spricht als Einreichender zu 12 und macht das Fraktionsvotum zum ganzen Block.

Oliver Berger (FDP) für die Einreichenden: Am Montagabend, 5. Mai, hat uns Gemeinderätin Ursina Anderegg am Ende der SBK-Sitzung en passant in Kenntnis gesetzt, dass die BSS in der kommenden Woche kommunizieren werde, dass der Schulversuch und die Classes Bilingues (ClaBi) nicht weitergeführt werden. Das Unverständnis über diesen Entscheid war gross und hat sich über die letzten Wochen dann noch manifestiert. Man wird den Verdacht irgendwie nicht los, dass die Entscheidung aus politischen Gründen zu Ungunsten der zweisprachigen Kinder, die vermeintlich eben aus begütertem Elternhaus kommen, gefällt worden ist. Zwingend rationale Gründe für das Absetzen der zweisprachigen Schule, respektive des zweisprachigen Schulunterrichts, gibt es trotz anders lautenden Beschwichtigungen aus der BSS aus unserer Sicht nicht. Der Entscheid ist bedauernswert und ein Armutszeugnis für die Hauptstadt eines zweisprachigen Brückenkantons.

Ich komme kurz zu den einzelnen Vorstössen, zu allererst zu unserer Interpellation. Die Antworten sind nicht zufriedenstellend. Es ist sehr schade, dass man nicht vorzeitig die Eltern einbezogen hat oder beispielsweise auch mit Schulen von anderen Städten wie Biel oder auch der PH Bern nach Lösungen gesucht hat. Der Entscheid und vor allem die Kommunikation sind nicht ein Glanzstück der Stadtberner Bildungspolitik. Es ist insbesondere nicht nachvollziehbar, warum die Lektionenpläne der Deutsch- und der Westschweiz nicht vereinbar sein sollten. Oder anders gefragt, warum es dann in Biel funktioniert. Auch dass es zu wenige geeignete Lehrkräfte gäbe, stimmt aus unserer Sicht nicht. Es gibt an der PH Bern einen spezifischen bilingualen Lehrgang dazu. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum die auslaufen soll und warum es nicht auch einen zweisprachigen Unterricht wie in Biel geben sollte. Wir sind deshalb mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Ich komme zur Motion, mit der wir eben wie beschrieben die Weiterführung des Schulversuchs und die Überführung in den Regelbetrieb fordern. Es muss doch möglich sein, zweisprachigen Unterricht in der Stadt Bern anzubieten. Alles andere wäre ein Armutszeugnis der BSS, aber insbesondere eben für die Bundesstadt und eine Ohrfeige für

die Schülerinnen und Schüler sowie für die Eltern. Wir fordern die BSS auf, Kooperationen mit Biel zu prüfen, mit kompetenten Fachstellen der PH Bern oder mit dem Forum für Zweisprachigkeit Bern bilingue. Da die BSS aber offenbar nicht in der Lage oder auch nicht willens ist, den Schulversuch weiter zu betreiben und den Regelbetrieb sicherzustellen, fordern wir eine interdisziplinäre Taskforce, die einerseits den Gründen für den Fehlentscheid auf den Grund geht und auch nach Lösungen sucht, damit die ClaBi weiterleben können. Zu guter Letzt scheint es notwendig zu sein, das Schulamt einmal einer externen Untersuchung oder Organisationsanalyse zu unterziehen, damit man die Strukturen und Abläufe genauer anschauen kann. Wir werden daher selbstverständlich als Fraktion allen unseren Forderungen zustimmen.

Die Motion der Mitte, die eine Anschlusslösung für Schülerinnen und Schüler mit der École Cantonale de Langue Française fordert, unterstützen wir im Grundsatz voll und ganz. Wir halten jedoch fest, dass die Stadt dem eigenständigen Weg, nämlich der Weiterführung der ClaBi, den Vorrang geben sollte, und dass ein Andocken an die ECLF nur ein Plan B sein kann. Bei der Interpellation der SVP stellen wir das gleiche Muster fest wie schon bei den Antworten unserer eigenen Interpellation. Es ist eher ein Verstecken von angeblich nicht beeinflussbaren externen Rahmenbedingungen. Das ist für uns, wie schon vorher ausgeführt, nicht nachvollziehbar. Ich schliesse hier mit einem Zitat von Goethe: "Der Worte höre ich, allein mir fehlt der Glaube." Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Nur kurz, um sicher zu sein: War das auch das Votum der Einreichenden zu 13? – Gut, dann hätten jetzt als nächstes das Wort die Einreichenden von Traktandum 14. Für die Einreichenden von Traktandum 14 hat das Wort Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Einreichenden: Vive la démocratie, es lebe die Demokratie. Demokratie heisst, offen sein für Lösungen, heisst Minderheiten respektieren. Demokratie heisst Kohäsion stärken. Die Mitte-Fraktion steht zur Demokratie und steht dazu, dass wir ein Angebot eines bilingualen Unterrichts haben in der Stadt Bern. Aus diesem Grund haben wir auch die Motion eingereicht, um eine Anschlusslösung oder eine Lösung zu finden in einer Zusammenarbeit mit der ECLF. Der Gemeinderat hat diese Motion als Richtlinie überwiesen und wir sind der Meinung, dass es sicher gut ist, dass mit diesem Richtungsweis der Gemeinderat auch angezeigt hat, dass eine Lösung in Sicht sein kann. Die Mitte-Fraktion unterstützt sämtliche Anstrengungen, um das bilinguale Angebot in der Schule in Bern zu retten und weiterzuführen. Wir unterstützen somit alle Motionen, um den Schulversuch weiterzuführen. Was wir angetroffen haben, war ein kurzfristiger Entscheid, ein Entscheid, der nicht in die Zukunft geschaut hat, ein Entscheid, der die Eltern, die Familien, die Lehrkräfte nicht miteinbezogen hat – oder nicht genügend. Der Entscheid ist somit nicht legitimiert, Note ungenügend. Die Kommunikation über die Nicht-Weiterführung dieses Versuchs war ebenfalls Note ungenügend. Die Prüfung nach möglichen Alternativen war Note ungenügend, denn es gibt Alternativen, es gibt Lösungen. Planungsunsicherheit, war eine Begründung, warum eine Weiterführung oder ein Auslaufen nicht geprüft wurde. Die Antworten auf die zwei Interpellationen haben uns gezeigt, dass tatsächlich hier nicht genügend und nicht umsichtig genug mit den Betroffenen – sowohl Lehrkräften wie auch Eltern – gesprochen wurde.

Aus diesem Grund unterstützen wir jetzt die Anstrengungen, auch mit der in der letzten Sitzung eingereichten dringlichen Motion Iseli, den Grundsatz des bilingualen Angebotes in der Stadt Bern zu verankern und somit sicherzustellen, dass unsere Stadt die Kultur der Zweisprachigkeit in ihrem Bildungsunterricht eben auch verankern kann. Wir

danken euch für die Unterstützung unserer Motion, ebenso für die Unterstützung der anderen Motionen und Vorstösse, welche das bilinguale Angebot stärken wollen. La diversité des langues est la richesse des nations et le pont qui relie les coeurs. Über die Sprachen hinweg schaffen wir eine Identität der Kohäsion für unsere Stadt. Es ist das Mindeste, was wir tun können, dass wir das im Unterricht auch so weiterführen können. Für die Mitte-Fraktion ist klar: Es gehört zum Angebot der Stadt Bern, es gehört zu unserer Kultur, es ist machbar, es ist wichtig und wir freuen uns über die Unterstützung dazu. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Kurz an das Ratsmitglied, das gerade frisch zu uns gekommen ist. Schön bist du auch da. Du müsstest einfach dein Stimmorgan noch ein wenig auf Ratssaallautstärke runterpegeln, Thomas Glauser. Merci. Für die Einreichenden zu Traktandum Nummer 15 hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich spreche nur zu unserer Interpellation. Das Fraktionsvotum hält Thomas Glauser. Vielleicht etwas als Vorbemerkung: Die SVP, die Mehrheit der SVP, die grosse Mehrheit der SVP, hat sich immer ganz klar eingesetzt für die Classes Bilingues. Wir haben diverse kleine Anfragen eingereicht, wie ihr seht. Eine ist heute auch beantwortet worden. Wir sind der Meinung, dass es eben wichtig ist. Es ist eine Schande für die Hauptstadt, wo man in den kantonalen Gymnasien zweisprachige Maturen machen kann, italienisch-deutsch, englisch-deutsch, französisch-deutsch. Aber bei den Classes Bilingues will man dann abklemmen. Einfach das als Vorbemerkung.

Die zweite Vorbemerkung ist: Es ist letzte Woche eine Motion eingereicht worden, die hätten wir unterschrieben. Es ist offenbar aus zeitlichen Gründen nicht gegangen. Die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich diese Motion unterstützen. Es ist offenbar zeitlich – es war eine dringliche Motion – nicht möglich gewesen. Von der FDP ging sie zur AL und ist bei uns nicht vorbeigekommen. Aber wir sind mit diesen Zielsetzungen einverstanden. Ich werde mich am Grossratsausflug auch dafür einsetzen, dass wir hier auch von der SVP die Unterstützung bekommen. Denn es ist wichtig im grossen Rat, dass wir diese Punkte haben.

Und jetzt komme ich zu diesen Fragen. Ich kann auch sagen, ich bin nicht zufrieden mit der Beantwortung dieser Fragen. Insbesondere habe ich nachher bei diesen Fragen nachjustiert wegen des Kantons. Und das ist jetzt für mich zu einfach. Man schiebt vor, wir hätten dann Probleme mit dem Lehrplan, mit dem Zeug, aber mit dem Kanton hat man eigentlich gar nie richtig verhandelt. Und auch, wie man so kutschiert, ist für mich unverständlich. Ich setze das Ganze unter den Titel: Will ich nicht, dann kann ich nicht. Und dann werdet ihr auch gleich die anderen Fragen sehen. Nachher mit der definitiven Entscheidungsfindung: Man hat immer gesagt, man habe die Eltern informiert. Aber es ist keine Vorinformation erfolgt. Was macht ein Betrieb, der zu wenige Fachkräfte hat? Er macht vielleicht einmal ein Zeitungsinserat und sagt: Wir finden keine Lehrlinge, wir haben keine Lehrkräfte. Aber nein, die Stadt Bern sagt nichts und lässt einfach diese Sache auffahren, bis es kracht. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass man Lehrkräfte gefunden hätte, beispielsweise Studenten, die ein Lehramt gemacht haben oder eben an der Pädagogischen Hochschule und jetzt vielleicht ein anderes Studium machen, Jus oder was auch immer, und die hätten dann in Bern einspringen können. Es hätte auch Pensionierte gegeben. Ich habe Kontakt mit einer Frau von der SP in Muri. Die wäre bereit, teilweise sogar unentgeltlich zu unterrichten. Aber das hätte man ausprobieren müssen. Aber wie ich gesagt habe: Will ich nicht, dann kann ich nicht. Dann passiert es nicht.

Nachher die fehlende Kompatibilität: Man hat eben nicht geredet. Ihr habt ja gesehen, die erste oder die zweite Kleine Anfrage hat der Gemeinderat nicht einmal richtig beantwortet, dazu, ob man geredet hat oder nicht. Es ist nachher herausgekommen, ihr seht es bei der Kleinen Antwort von heute. Ich will hier nicht gross ins Detail gehen. Aber es haben keine Gespräche gegeben. Man hätte für alles Lösungen gefunden, wenn man gewollt hätte. Will ich nicht, dann kann ich nicht.

Ich gehe zum nächsten Punkt mit dem Zyklus 3. Ich habe euch immer gesagt, ich finde den Standort im Matteschulhaus gut, aber ich habe immer gesagt, er habe keine Entwicklungsmöglichkeiten. Man hat Feuz ausgelacht. Ich weiss, ich werde manchmal als Cassandra bezeichnet. Ich betrachte das als Kompliment. Ich habe auf das hingewiesen. Jetzt ist gesagt worden, wir können es nicht weiterführen. Hier hätte man Lösungen finden müssen. Vielleicht im Westen oder wo auch immer hätte man Schulraum finden müssen. Ich habe damals immer gesagt, gerade für die Classes Bilingues müsst ihr einen Standort finden, der von allen Stadtteilen erreichbar ist, nicht einer, der eben öV-mässig schlecht erschlossen ist. Das hätte man alles gekonnt. Aber: Wenn ich nicht will, dann kann ich nicht.

Nachher wurden die Eltern und die Mitarbeiter zeitgleich am Abend des 5. Mai informiert. Wenn ihr Kinder habt, ist das nicht, wie wenn ihr jetzt Kalbskotelettes oder ein Poulet oder Scampi kauft. Das ist etwas, das ihr planen müsst. Und wenn ihr ein Kind habt, das ihr in die erste Klasse schickt und dann kann es nicht in die zweite gehen, weil der Versuch abgebrochen wird, dann habt ihr die Sache eben in den Sand gesetzt. Das sind eben all die Sachen, die schief laufen, die man korrigieren muss.

Es gibt für mich Optionen, dass man allenfalls mit privaten Anbietern oder was auch immer weiterfährt. Es ist für mich auch klar: Das muss nicht im Kirchenfeld sein. Man muss schauen, dass man in der gesamten Stadt Lösungen hat. Es ist für mich ein Armutszeugnis sondergleichen, wenn eine Bundeshauptstadt nicht in der Lage ist, Classes Bilingues auf der Unterstufe und im Zyklus 2 anzubieten. Der Kanton kann es, die Stadt kann es nicht. Die SVP wird also mithelfen. Ich setze mich hier auch dafür ein.

Und nächstes Mal, wenn ihr Vorstösse macht – wir sind offen, wir sind bereit. Ihr werdet auch lesen, in der Dampfzentrale gibt es durchaus auch kritische SVP-Stimmen, die mitmachen, und im Belpmoos haben wir teilweise divergierende Auffassungen. Aber hier geht es um Kinder. Es geht um Leute. Und für mich enttäuschend: Eine rot-grüne Stadt, die dermassen nonchalant mit der Bildung umgeht und die Zweisprachigkeit hier nicht will. On va lutter. Merci.

Präsident: Ihr könnt euch jetzt anmelden für Fraktionsvoten. Als Erstes für die Fraktion GLP-EVP, Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die Mehrsprachigkeit ist Teil der DNA unseres Landes. Sie ist kein Luxus, kein Nice-to-have, sondern eine Notwendigkeit, eines der Fundamente unseres Zusammenhalts und unserer Identität. Und gerade in Bern, der Bundesstadt im Herzen unseres zweisprachigen Kantons, ist sie Ausdruck dieser Brückenfunktion zwischen Romandie und Deutschschweiz. Umso unverständlicher ist es, dass die Bildungsdirektion beschlossen hat, die bilingualen Klassen in unserer Stadt zu schliessen; keine 3 Wochen, nachdem die Stadtpräsidentin die Classes Bilingues noch öffentlich in einem Interview in den höchsten Tönen gerühmt hat. Das Projekt Classes Bilingues wurde vor 6 Jahren mit dem klaren Ziel lanciert, die Zweisprachigkeit in Deutsch und Französisch zu fördern und die Verbindung zwischen Deutschschweiz und Romandie zu stärken. Ein solches Projekt aufzugeben, ist staatspolitisch unklug und ein falsches Signal gegenüber der frankofonen-Minderheit in Kanton und Stadt,

gegenüber der Westschweiz und gegenüber allen, die den Wert der Mehrsprachigkeit erkennen.

Aber das ist Vergangenheit, es ist geschehen, der Entscheid wurde gefällt und seither bis jetzt nicht wieder zurückgenommen worden. Mit den vorliegenden Motionen, die in einzelnen Punkten im Prinzip nichts anderes als eine Weiterführung einer zweisprachigen Schule in der Stadt Bern fordern, wenn auch in unterschiedlichen Varianten, richten wir den Blick nach vorne. Alle wissen, und Studien belegen dies zur Genüge, Sprache lernen ist nie einfacher und nachhaltiger als in jungen Jahren. Dafür muss die Stadt Bern auch nicht neue Gutachten in Auftrag geben. Wer Kindern heute diese Chance nimmt, schwächt die Mehrsprachigkeit von morgen. Damit schwächen wir nicht nur individuelle Bildungswege, sondern auch die Verständigung im Land. Einer der zentralen Gründe für die Schliessung der ClaBi sind gemäss Bildungsdirektion die Kosten. Doch die Behauptung, bilingualer Unterricht verursache zusätzliche Kosten, wirft bei genauer Betrachtung Fragen auf. Der Gemeinderat selber hat in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage von mir geschrieben, jede Klasse in der Stadt Bern koste pro Jahr rund 200'000 Franken, und zwar, ob es eine ClaBi-Klasse ist oder eine einsprachige Klasse. Und auch die Stadt Biel hat verlauten lassen, dass ihre Version der ClaBi, die Fibi (Filières bilingues), nicht wesentlich mehr koste als einsprachige Schulen. Es ist also nicht eine Frage der Kosten, es ist eine Frage der Organisation. Und da hat die Stadt Bern mit ihrer Art des zweisprachigen Unterrichts offenbar zu viel auf einmal gewollt. Es ginge aber auch einfacher. Es ginge weniger komplex, weniger umfassend, wenn man denn wollte. Den Bern-Finish braucht es nicht. Es geht darum, dass Kinder Französisch und Deutsch lernen und nicht, dass sie Reglemente und Normen erfüllen. Aber statt Alternativen zu prüfen, auch bezüglich der Finanzierung, hat man den einfachsten Weg gewählt und ziemlich nonchalant die Schliessung verkündet. Dieser Punkt der finanziellen Ressourcen ist für die GLP-EVP-Fraktion wichtig, denn wir wollen die absolut berechtigten Bemühungen des Gemeinderates, das Budget der Stadt Bern ins Lot zu bringen, nicht torpedieren. Nun ist es so, dass bereits Vorstösse und auch Budgetanträge wie auch Planungserklärungen für die Budgetdebatte im September vorliegen, bei denen gemäss Absender bereits jetzt klar ist, dass sie eine Mehrheit kriegen, die die Budgetkürzungen zulasten der ClaBi rückgängig machen werden. ClaBi-Kritikern muss bewusst sein, die Möglichkeit einer Budgetentlastung ist eigentlich bereits Stand heute gar nicht mehr realistisch. Für die GLP-EVP-Fraktion ist klar, wenn jetzt sogar die Finanzierung für die ClaBi stehen bleibt oder stehen bleiben wird, muss es auch weiterhin eine zweisprachige Schule geben. Absoluter Worst-Case wäre aus unserer Sicht, wenn die Classes Bilingues schliessen und auch jede Alternative dazu in den Wind geschossen würde, das Geld aber bei der Bildungsdirektion verbleibt für weiss nicht welchen anderen Zweck.

Den Auftrag für die Suche nach Alternativen kann der Stadtrat bereits heute mit den vorliegenden Motionen erteilen, noch bevor die von der SP eingereichte und mit Sicherheit mehrheitsfähige Motion irgendwann dann traktandiert und überwiesen wird. Mit der Annahme der Traktanden 13, Punkt 1 und 2 sowie der Motion 14, Punkte 1, 2 und 3 wollen wir das politische Signal senden, dass die Suche nach einem zweisprachigen Schulangebot in der Stadt Bern weitergehen muss bzw. dass sie dringend aufgenommen werden muss. Diese Motionen schlagen unterschiedliche Dinge vor, mit jeweils eigenen Vor- und Nachteilen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehe. Und es wären auch weitere Lösungen denkbar, wie beispielsweise eine Zusammenarbeit mit interessierten Privatschulen. Was auch immer genau geprüft wird – der Gemeinderat soll schon heute den Auftrag erhalten, sich ernsthaft um ein zweisprachiges Schulangebot in der Stadt

Bern zu bemühen. Die Stadt Bern muss eine Perspektive für den zweisprachigen Unterricht aufzeigen, bevor die Pilotschule schliesst. Es gibt Möglichkeiten. Das zeigen andere Beispiele. Es braucht, wie gesagt, keinen Bern-Finish. Hier besteht beim Gemeinderat dringender Handlungsbedarf. Deshalb stimmen wir den beiden Motionen in den relevanten Punkten zu. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Der zweisprachige Kanton Bern hat es nötig, dass man in der Stadt nicht diese Schulen schliesst. Es gibt hier Bedarf. Es gibt Leute, die französisch reden wollen, es gibt Leute, die weiterhin in eine bilingue Klasse gehen möchten. Wir in unserer reichen Schweiz – sonst haben wir für alles Geld – haben kein Geld für die bilinguen Klassen. Das Argument ist, dass man hier zu viel Geld verschleudern würde. Aber um was geht es eigentlich genau? Es geht eben um eine Landessprache, die die Leute – ich betone – lernen wollen. Die möchten dort in die Schule gehen und man verhindert das klar. Ich habe das Bauernlehrjahr in der Romandie auf Französisch gemacht. Ich habe die Möglichkeit gehabt, in der Armee eine Kompanie auf Französisch zu führen, und ich bin heute froh, dass ich diese Möglichkeit der Zweisprachigkeit wahrnehmen durfte. A cause de ça, je parle aujourd'hui un peu français. Ça, c'est ma langue, qui on a ici dans le canton de Berne. Et je suis franchement déçu, si le Gemeinderat das nicht weiterführen will. Der Gemeinderat will den Röstigraben öffnen, der Gemeinderat will den Röstigraben erweitern, anstatt alles daran zu setzen, dass man hier in der Hauptstadt eine bilingue Klasse oder vielleicht sogar mehrere bilingue Klassen erhalten kann und nicht über Finanzen diskutiert. Man hat sehr viel Geld für andere Sachen ausgegeben, von denen man sagen muss, dass die nichts mit Bildung zu tun haben. Und Bildung ist ein Kapital, das man den jungen Leuten mitgeben muss. Und man muss ganz klar dafür sein und darf keine Sparmassnahmen treffen. Wir von der SVP-Fraktion sind für eine bilingue Klasse in der Stadt Bern und dagegen, dass man die aus finanziellen Gründen schliesst. Besten Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Möglichkeit, einen zweisprachigen Unterricht zu besuchen, ist natürlich toll. Richtig eintauchen, das ist die beste Voraussetzung für einen erfolgreichen Spracherwerb. Deshalb ist es natürlich schade, wird der Schulversuch ClaBi nicht weitergeführt. Und es ist nachvollziehbar, dass viele hier mit dem Entscheid hadern. Dass jetzt teilweise aber so getan wird, als sei der Entscheid, den Schulversuch nicht weiterzuführen, völlig willkürlich erfolgt oder sogar nach einer politischen Geheimagenda, ist eine ziemlich grobe Verdrehung. Der Schulversuch wurde von einer Steuergruppe begleitet, in der unter anderem auch Exponent*innen der Schulleitung und der Schulkommission vertreten sind. Der Entscheid, den Schulversuch zu beenden, ist eine Folge der Schwierigkeiten, welche diese Steuergruppe erkannt und benannt hat. Wir kennen diese Schwierigkeiten – Schulraumknappheit, Lehrpersonenmangel, schlechte Kompatibilität zweier Lehrpläne sind nur einige davon. Aufgrund dieser Befunde wurde der Entscheid gefällt, den Schulversuch zu beenden. Klar können wir diese Befunde auch hinterfragen, aber so zu tun, als ob es diese Befunde gar nicht gäbe oder als seien sie total irrelevant oder einfach falsch, finde ich schon recht heikel. Irgendwie sollten unsere Haltungen ja doch schon einigermaßen faktenbasiert bleiben. Die Motion Weiterführung Schulversuch ClaBi und Überführung in den Regelbetrieb lehnen wir deshalb ab.

Die Probleme, die während des Schulversuchs offensichtlich geworden sind, sollen halt gelöst werden, so argumentiert die FDP. Das ist schon ziemlich abgehoben. Der Bildungsbereich steht im Kanton Bern unter grossem Spardruck. Schulleitungen sind unter Druck, Lehrpersonen sind unter Druck, Schulraum ist knapp, es gibt zu wenige Lehrpersonen. Und die FDP meint, die Probleme sollen halt gelöst werden. Etwas komisch finde ich diesen furiosen Einsatz der FDP für die ClaBi sowieso. Ihr noch-Präsident sagt seit Jahren in jedes Mikrofon landauf, landab, Fremdsprachenunterricht solle erst an der Oberstufe beginnen, Frühfranzösisch soll abgeschafft werden. Die Partei findet, es reiche, wenn die Schüler*innen in der Deutschschweiz ab der 7. Klasse noch ein bisschen Französisch lernen. Diese Partei findet, die Beendigung des Schulversuchs sei ein falsches Signal für die ganze Schweiz. Der Französischunterricht aller Kinder in Kantonen mit Frühfranzösisch soll, wenn es nach der FDP geht, von 7 auf 3 Jahre runtergekürzt werden. Wäre nicht das eher das falsche Signal für die Schweiz? Und wo ist das bildungspolitische Engagement der FDP, wenn es zum Beispiel um Themen geht wie die Unterbrechung der Lernbegleitung, die wir ja noch in der Budget-Debatte diskutieren werden? Jedenfalls lehnen wir die Motion ab.

Grosses Verständnis haben wir für die Sorgen der betroffenen Kinder, die im nächsten Sommer die Klasse wechseln müssen. Ein anstehender Klassenwechsel, sei es von der Basisstufe in den Zyklus 2 oder der Wechsel in die Oberstufe oder eben auch der Wechsel nach Beendigung des Schulversuchs ClaBi kann Kindern Angst machen und auch den Erziehungsberechtigten. Dass die betroffenen Kinder jetzt bedürfnisgerecht begleitet werden, ist wichtig. Die Motion Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF – ich weiss nicht, wie man es ausspricht, ich bin nämlich nicht so gut in Französisch – als Ausweg für die ClaBi Bern nehmen wir deshalb an. Das heisst, wir nehmen die ersten 3 Punkte an. Der 4. ist ja obsolet. Im besten Fall ergibt sich für einige der betroffenen Kinder eine Anschlusslösung mit der ECLF. Dass jetzt auf kantonalen Ebene Vorstösse eingereicht werden, die unabhängig vom Schulversuch die Zweisprachigkeit im Schulunterricht fördern wollen, ist sicher begrüssenswert.

Grundsätzlich sollten wir am Thema Mehrsprachigkeit in der Bildung sowieso dranbleiben. Es gibt nämlich im Bildungsbereich ein wissenschaftlich gut untersuchtes Phänomen. Es gibt Kinder, deren Mehrsprachigkeit als wertvolle Ressource anerkannt wird. Dann nämlich, wenn sie zum Beispiel Französisch, Italienisch oder Englisch sprechen. Bringen sie aber Sprachkompetenzen mit, sagen wir, in Albanisch, Türkisch oder Tamilisch, bringt ihnen das wenig Anerkennung auf dem Bildungsweg. Vielleicht müssten wir mal in diese Richtung weiterdenken. Wie gehen wir im Bereich der Schule mit der Mehrsprachigkeit, die in Bern auch ohne ClaBi schon existiert, um. Wie verhelfen wir mehrsprachigen Kindern zu mehr Raum und Anerkennung in der Schule, auch wenn ihre Sprache nicht Französisch ist?

Und ein ganz kleiner Nachtrag: Wenn euch als sprachliche Assoziation zum Thema Schule nur die Floskel "Note ungenügend" einfällt, dann ist es schon etwas traurig.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Stichwort Floskeln: Ich kann gerne auch noch andere bringen. Ein Schulversuch ist natürlich ein bisschen ein unglückliches Wort. Man sollte selbstverständlich keine Versuche machen, wenn es um Bildung geht. Für unsere Fraktion geht es hier tatsächlich noch einmal darum, wie dieser Entscheid zustande gekommen ist und welche Konsequenzen dieser Entscheid hat.

Erstens die Legitimation dieses Entscheides: In dieser Steuergruppe waren keine Eltern, es waren keine Lehrpersonen und die Vertreterin zumindest der Schulkommission

aus meinem Quartier hat gegenüber ihrer Schulkommission nie rapportiert, was in dieser Steuergruppe entschieden wurde, und hatte somit auch keine Legitimation, irgendeinen Entscheid zu treffen.

Zweitens die Kommunikation: Vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, ohne dass Alternativen zur Verfügung stehen, welche für die Familien valabel sind, sei es geografisch, sei es aber auch bildungspolitisch, ist schlicht und ergreifend ungeschickt und vor allem eben auch ungeplant oder ohne eine Planungssicherheit. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton ist auf jeden Fall eine wichtige und eine wichtige Piste. Gleichzeitig haben wir uns jetzt vom Parlament in der Kommission, in den Fraktionen, mit Lösungen, mit Alternativen und vor allem mit einer Sicherung des Angebotes auseinandergesetzt. Sowohl auf finanzieller Ebene mit einer Planungserklärung für das Budget, damit die Finanzierung für das bilinguale Angebot, die Classe Bilingue weiterhin stattfinden kann, mit der Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Ecole Cantonale de Langue Française, und weiteren Ideen. Ich habe wirklich versucht zu verstehen, warum es zu diesem Entscheid gekommen ist, welcher so viele Emotionen ausgelöst hat. Ich bin darum dankbar, haben wir ausgiebige Antworten auf die dringlichen Interpellationen erhalten. Doch diese Antworten haben mir gezeigt, dass es sich lohnt, dass wir dafür kämpfen, dass die Classe Bilingue in der Stadt Bern erhalten bleibt. Aus diesem Grund bittet euch die Mitte-Fraktion zur Annahme der Motion als Richtlinie, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, der Motion 14 und auch der Unterstützung der anderen Vorstösse. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO für den ersten Teil des Fraktionsvotums Monique Iseli. Sie teilt sich das Fraktionsvotum mit Emanuel Amrein.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die ClaBi war ein Schulversuch. Die Entscheidung, das Gesuch um Verlängerung des Schulversuchs nicht beim Kanton einzureichen, liegt bei der BSS. Franziska hat es vorhin dargelegt, involviert in den Entscheid war auch eine Steuergruppe. Wir anerkennen, dass es operative Schwierigkeiten gab, die zu diesem Entscheid geführt haben. So kann kein Schulstandort für die Weiterführung der ClaBi auf Zyklus 3 gefunden werden. Die Schul- und Tagesschulleitung sehen sich mit Herausforderungen in Sachen Schulraum, Kompatibilität des kantonalen deutsch-französischsprachigen Lehrplans und der Rekrutierung des zweisprachigen Lehrpersonals konfrontiert. Vorhin war von einem Zeitungsinserat die Rede, wo sich die potenziellen Lehrpersonen melden können. Oder man könnte ausprobieren, das war das Wort, mit Pensionierten oder Studierenden im laufenden Schulbetrieb am lebenden Kind. Es geht eben gerade nicht darum, dort etwas auszuprobieren. Zudem kann kein fachlicher und pädagogischer Austausch auf derselben Schulstufe stattfinden, da es in der ClaBi keine Parallelklassen gibt. Als Lehrerin weiss ich, wie wichtig ein solcher Austausch ist, um die Bildungsqualität hochzuhalten. Kurz: Der Schulversuch stellt die Volksschule vor operative Schwierigkeiten und bindet für rund 12 Kinder pro Jahrgang verhältnismässig viele Ressourcen. In der Stadt Bern gehen über 12'000 Kinder in die Volksschule. Der eingestellte Schulversuch betrifft weniger als 100 davon. Wir wollen nicht in Abrede stellen, dass es für die betroffenen Eltern eine sehr unschöne Situation ist und dennoch möchten wir die ganze Volksschule im Blick behalten. Natürlich soll jetzt die Französischförderung aber nicht einfach vom Tisch sein. Bilingualismus, spezifisch Deutsch-Französisch, ist hier wichtig. Bern ist die Hauptstadt eines zweisprachigen Kantons und Bundeshauptstadt. Wir sollten eine Verantwortung für die Französischförderung wahrnehmen, aber mit einem Angebot, das für die Volksschule tragbar ist. Wir lehnen die Motion zur Weiterführung der ClaBi ab.

Der Entscheid ist gefallen, richten wir den Blick also nach vorne. Welche Rolle soll deutsch-französisch bilingualer Unterricht in Zukunft spielen? Was sind diesbezüglich die Bedürfnisse der Communauté bilingue und wie können wir immersiven Unterricht so gestalten, dass möglichst viele Kinder davon profitieren und nicht nur eine kleine Gruppe? Die folgenden 3 Punkte sind für uns besonders wichtig. Erstens die Zusammenarbeit mit dem Kanton: Wenn die Stadt eine aktive Rolle in der Förderung des deutsch-französisch immersiven Unterrichts einnehmen soll, was wir grundsätzlich befürworten, müssen dafür mit dem Kanton zusammen Rahmenbedingungen gelegt und die Finanzierung gesichert werden. Nur so kann ein breit zugängliches Angebot aufgebaut werden. Wenn der Kanton auch der Meinung ist, dass die Stadt Bern bei der Bilingualismusförderung eine wichtige Rolle spielen soll, dann braucht es ein entsprechendes Zusammenspannen. Wir fordern gute Bildung für alle statt für wenige. Klar sind wir für die Förderung des Bilingualismus. Sprachkenntnisse ermöglichen den kulturellen Austausch, sie fördern den Innenzusammenhalt einer Gesellschaft. Gerade bei Bildung sollten wir eben nicht sparen. Es herrscht Spardruck in der Bildung. Und es freut mich persönlich sehr, dass gerade hier im Rat niemand bei der Bildung sparen will. Wir unterstützen dabei aber klar Modelle, die die Breite der Schüler*innenschaft erreichen, die Volksschule stärken und nicht für wenige Kinder viele Ressourcen binden. Und als letzter Punkt gilt es, den Wissenstransfer zu sichern und das im Schulversuch gewonnene Know-how in alternative Angebote zu übernehmen. Eine Möglichkeit, die es jetzt abzuklären gilt, wird in der Richtlinienmotion bezüglich Zusammenarbeit mit der ECLF thematisiert. Emanuel wird zu unserer Haltung sowie zum Vergleich mit dem Bieler-Modell Fibi jetzt noch etwas sagen.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums, Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP): In der Stadt Bern besteht die Nachfrage nach einem zweisprachigen Unterricht. Das zeigt der Schulversuch ClaBi. Deshalb sollen der Gemeinderat und die BSS mit dem Kanton alle Möglichkeiten abklären, um die Voraussetzung für einen zweisprachigen Unterricht oder ein zweisprachiges Bildungsangebot zu schaffen. Wir fordern dies in der Motion, die wir letzte Woche eingereicht haben. Und ein Wort an die SVP: Dass das Papier nicht zu euch gekommen ist, war ein technischer Fehler und nicht ein politisches Manöver. Und wir unterstützen in diesem Sinne das Anliegen der Mitte, die Motion 14, und werden die Punkte 1 bis 3 der Motion erheblich erklären. Ein paar Bemerkungen zu Biel: Es ist immer wieder die Rede davon, dass die Situation in Biel nicht mit der von Bern vergleichbar sei. Das stimmt. Ich kenne die Situation in Biel aus der Nähe. Ich arbeite in der Bieler Bildungsdirektion und begleite die Fibi seit Jahren und befasse mich auch mit Fragen der Zweisprachigkeit. Die Stadt Biel ist zweisprachig, die Stadtverwaltung ist zweisprachig, das Schulamt ist zweisprachig und es gibt eine deutsche und eine französischsprachige Schulkommission und in der Mitte dieser beiden Schulsysteme gibt es eine zweisprachige Schule auf allen 3 Zyklen, die Fibi. Und die Nachfrage nach dieser Fibi übersteigt bei weitem das Angebot. Es gibt zu wenige Plätze. Unter anderem deshalb prüft die Stadt eine Ausweitung der Fibi und eine Ausweitung auf zusätzliche Standorte. Das gibt es in Bern nicht. So ist die Situation in Bern nicht, aber es gibt dennoch Gemeinsamkeiten. Beide Städte, Biel und Bern, befinden sich im Kanton Bern. Beide arbeiten auf denselben Grundlagen, mit denselben Lehrplänen. Mit denselben Finanzierungsmechanismen, mit dem gleichen Lohnsystem oder ähnlichen Lohnsystemen und damit auch mit demselben Personal. Und zudem ist Bern die Hauptstadt des zweisprachigen Kantons Bern. Sie ist Bundesstadt und Sitz

von Bundesämtern und Bundesbetrieben. In der Stadt Bern wohnen und arbeiten Tausende Menschen französischer Muttersprache. Gemäss Statistik Stadt Bern reden über 8000 Menschen, die älter als 15 Jahre sind, zu Hause französisch in dieser Stadt. Das sind knapp 7,5%. Bern ist damit die zweitgrösste französischsprachige Stadt im Kanton und sie hat eine Verantwortung gegenüber dieser Minderheit. Französisch ist keine Fremdsprache, Französisch ist Amtssprache. Deshalb soll der Gemeinderat aktiv alle Möglichkeiten prüfen und das Thema angehen für einen Immersionssunterricht und die Förderung der Zweisprachigkeit an den Schulen.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Wir haben die erste Debatte, die hier zu ClaBi geführt wurde, noch alle lebhaft in Erinnerung mit den vielen starken Emotionen. Man kann, glaube ich, schon konstatieren, dass sich diese in der Zwischenzeit vielleicht etwas gelegt haben und man etwas Licht ins Dunkel bringen kann. Die GFL findet auch, etwas mehr Sensibilität bei der Kommunikation und bei der Entscheidvorbereitung hätte hier wahrscheinlich nicht geschadet, um die Wogen etwas niedriger zu halten. Wir finden aber auch, einen Schulversuch soll man auch beenden können. Zur Rolle und Bedeutung des Französischen und der francophonen Minderheit in Bern: Die Förderung von Französisch ist ganz offensichtlich in der Stadt ein delikates Thema, obwohl die Zahlen diese Sprache eigentlich nicht sprechen. Rund 8'000 Leute oder 4 bis 5% der Stadtbevölkerung geben Französisch als eine Hauptsprache an. Und doch, Bern ist die Hauptstadt – wir haben es gehört – eines zweisprachigen Kantons mit 11% Französisch. Sie ist die Bundesstadt des viersprachigen Landes mit 23% Französisch und sie trägt eben auch ein reiches französisches und französischsprachiges kulturelles Erbe mit sich aus dem Ancien-Regime und natürlich dann auch aus dem Einfall der Franzosen. Das hat aber wahrscheinlich nicht für so viele Sympathien gegenüber der französischen Sprache gesorgt.

Aber wie ist die Situation heute? Allgemein kann man konstatieren: Es gibt einen Schwund des Französischen in der Bundesstadt. Und das hat auch damit zu tun, dass der Bund seit ungefähr 15 Jahren seine Angestellten nicht länger verpflichtet, in Bern und Umgebung zu wohnen. Seither pendeln eben viele frankofone Bundesangestellte nach Bern, und damit sind es deutlich weniger geworden mit den Jahren. Die Herkunft und die soziale Lage der francophonen Minderheit in Bern hat sich gewandelt. Es sind weniger Bundesangestellte, sondern vielmehr Zuwanderer aus Frankreich, Belgien oder Afrika nach Bern gekommen. Ich möchte noch etwas anderes sagen, was mir sehr wichtig erscheint in diesem Zusammenhang. Als sozialverantwortliche Partei verstehen wir Zweisprachigkeit breit und nicht mit engem Fokus auf Französisch. Ich habe mir aufzeigen lassen, wie die Verteilung der Erstsprache der Schülerinnen und Schüler an den Volksschulen der Stadt Bern ist. Von den 12'137 Schülerinnen und Schülern sprechen 7'426 oder 61% als Erstsprache Deutsch. 2. Platz: Albanisch mit 745, das macht 6,1%, 3. Platz Französisch 369 oder 3,0%, 4. Platz: Arabisch mit 318 Personen oder 2,6% und so weiter und so fort. Was sich damit zeigt, ist, wir müssen, das haben wir vorhin auch schon im Votum von Monique Iseli oder auch von Franziska Geiser sehr gut gehört, in der Stadt auch Sorge tragen zu einer breiteren Zweisprachigkeit, auch wenn wir in der Budgetdebatte dann darüber debattieren, ob wir doch wieder mehr Geld reservieren sollen für diese Frage. Ich bin persönlich der Meinung, wenn Zweisprachigkeit, dann eben nach diesen Kriterien und nicht nur nach rein kulturellem Erbe oder

geschichtlichem Hintergrund. Wir müssen eben für die 12'000 Schülerinnen und Schüler an den 600 Berner Schulklassen schauen und nicht nur für 91 Kinder in 4 Klassen. So leid es mir tut.

Jetzt noch etwas zu den Einschätzungen der Massnahmen und der Motionen, die uns da vorliegen. Die Motion zum Erhalt der ClaBi lehnen wir ab, weil wir auch finden, das sei einfach vorbei. Und das Zweite, die Motion der Mitte, der können wir zustimmen. Dazu muss man einfach auch sehen: Man hat dieses Anliegen, die Integration von möglichen zweisprachigen Klassen in die Ecole Française auch schon vor 15 Jahren mal geprüft. Und die École Française findet halt: Es ist nicht unsere Aufgabe, zweisprachige Klassen zu führen. Wir sind da für die frankofone Minderheit, um diese zu unterstützen in Bern und zu stärken.

Und dann gibt es ja eben diese Frage, ob man jetzt dieses Fibi-Modell aus Biel nicht einfach kantonal ausrollen kann. Und da muss man einfach auch realistisch sein: Entweder kostet es wahnsinnig viel oder es ist in der Verantwortung der Schulleitungen und Schulkommissionen, solch ein Modell wirklich zu wollen. Und da sieht man halt, weil die Überlastung zum Teil sehr gross ist und die Ressourcen sehr schwach sind, dass es häufig für solche Extrawürste doch nicht reicht. Es gibt schon im Volksschulgesetz des Kantons Bern nach Artikel 9a die Möglichkeit von Immersionsunterricht. Und es ist nicht so, dass der wahnsinnig nachgefragt ist. Man kann schon heute in speziellen Fächern, musischen Fächern, solchen Unterricht anbieten. Und das ist halt eine Frage des Engagements einzelner Lehrpersonen, einzelner Schulleitungen, solche Angebote zu machen. Und hier komme ich noch zu meinem letzten Punkt.

Entscheidend ist eigentlich in der ganzen Frage vor allem, die Lehrpersonen zu stärken und fit zu machen, auch für zweisprachigen, französisch-deutschen Unterricht. Und daran mangelt es zurzeit. Und entsprechend ist es auch erfreulich zu sehen, dass die PH – ich habe mir sagen lassen, dass Gemeinderätin Anderegg noch mehr dazu sagt – so ein Projekt lanciert, in dessen Rahmen man mit den Schulen schaut, die interessiert sind, solche Angebote zu machen, um dann mit den Lehrpersonen herauszufinden, wie sie sich quasi rüsten können für diesen Unterricht. Denn es ist wirklich nicht ganz ohne; besonders nicht, weil wir eben nicht in Biel sind mit 45% Französisch, sondern in Bern mit 5% Französisch. Herzlichen Dank.

Präsident: Gibt es noch Fraktionsvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einen ersten Einzelsprecher. Ich bitte allfällige weitere Einzelvotanten, sich jetzt anzumelden. Als erster Einzelsprecher, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte hier kurz sagen, warum ich etwas sage zu den Classes Bilingues, nämlich, weil ich selber bilingue aufgewachsen bin. Mein Vater ist schon bilingue aufgewachsen, ist Elsässer, und auch eines meiner Kinder hatte die Chance, im französischen Siders, das ist auch eine Stadt im Wallis, wo es das auch gibt, diesen Unterricht zu besuchen. Französisch ist eine schwierige Angelegenheit. Wir sehen es in Zürich überall mit Frühfranzösisch. Und wir wissen alle, egal wie wir es machen, die meisten können es nachher nicht so gut. Das ist einfach ein Matter-of-Fact – das ist jetzt sogar auf Englisch. Daran können wir nichts ändern und wir brauchen den Austausch auf allen Stufen. Es gibt Aktionen im Militär, es gibt auf der Tertiärstufe Lehrlinge, die austauschen und so, aber Bilingualunterricht ist die Massnahme, die am besten bewirkt. Und jetzt etwas zur Romandie und zum Zusammenleben in der Schweiz, und das mache ich jetzt auf Französisch:

Übersetzung von Französisch auf Deutsch: Also, es ist keine Frage nur der Sprache, es ist eine Frage des nationalen Zusammenhalts. Es ist nicht nur die Sprache, die zählt.

Aber ihr solltet wissen – vorher wurde gesagt, dass es wenig Franzosen oder Romands gibt, die hier leben. Aber vielleicht kommen sie nicht hierher, weil es keine Schule gibt. Und vielleicht ist das deshalb so. Und zweitens sind wir die Hauptstadt. Gut, die Hauptstadt kann man nicht sagen, weil wir juristisch nicht die Hauptstadt sind. Aber wenn ihr Brüssel seht, wenn ihr Ottawa seht, sind die auch in bilingualen Ländern. In Brüssel gibt es bilinguale Schulen, in Kanada, in Ottawa, ist es die gleiche Situation. Ottawa ist nicht in Québec, sondern auf der englischen Seite. Sie haben bilingue Schulen. Also, wenn Bern das nicht macht – und ich kann das sagen, denn ich war in der Minorität im Valais, als Deutschsprachiger in einem französischen Kanton – muss man jetzt eine Lösung finden. Ich nehme den "Slogan" – das ist Franglais, Entschuldigung – vom Verein Olympique Marseille der sagt: "Droit au but".

und ich sage es jetzt auf Deutsch: Wir müssen jetzt vorwärts machen, denn ich habe Angst, dass wir jetzt sagen: Die ClaBi schaffen wir ab, wir machen 100 Arbeitsgruppen. Und dann geht es wieder Jahre, bis man eine Lösung findet. Und das sind wir dieser Minorität schuldig. Und es ist nicht das Gleiche wie Albanisch, denn es ist nun einmal eine Landessprache, wir sind eine Landeshauptstadt und haben den Auftrag, für diese Menschen eine Lösung zu finden.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Es scheint, wenn ich jetzt die Fraktionsvoten höre, dass die Motion zur Weiterführung der ClaBi viel Gegenwind hat.

Präsident: Sorry, Auch wenn 8 nach 10 ist, und auch wenn eure Meinung gemacht ist, und es euch nicht mehr interessiert, was andere denken, bitte fahrt euren Geräuschpegel runter. Merci.

Nik Eugster (FDP): Ich hoffe sehr, es interessiert euch, ich spreche euch an. Ich habe gehört, die Würfel seien schon gefallen, es gäbe nichts mehr, was sich ändern könnte. Aber wenn dem so ist, also wenn wir bei jeder Richtlinienmotion, welche der Gemeinderat abschlägig beantwortet und bei jedem Entscheid, den der Gemeinderat schon gefällt hat, einfach sagen, es mache ohnehin keinen Sinn mehr, die Würfel seien schon gefallen, dann entziehen wir uns einfach jegliche Legitimität. Wir können trotzdem Ja sagen zu einer solchen Motion, um auch ein Zeichen zu setzen, dass die Zweisprachigkeit wichtig ist. Vielleicht gibt es ja dann auch ein Umdenken im Gemeinderat. Die französisch-deutsche Zweisprachigkeit ist besonders wichtig hier im Kanton Bern. Ich kann nur von mir erzählen. Hier in Bern habe ich die Schulen gemacht, habe das Lehrseminar besucht, ich habe ein Lehrpatent gehabt auch für französischen Unterricht und ich hätte mich nicht vor eine Klasse stellen wollen. Also wirklich, das war ganz schlimm.

Aber es kam dann anders, als ich dachte, Biel ist näher, als wir denken. Die Gleise sind zwar ganz hinten im Bahnhof Bern. Aber trotzdem, ist man schneller in Biel, als man denkt. Das war auch bei mir so. Ich hatte einen Job in Biel und musste plötzlich Französisch reden. Und ich habe es dort auch noch gelernt und habe eben dort auch gemerkt, wie wichtig es ist, dass ich nicht in meiner Deutschschweizer Bubble bleibe, dass die Zweisprachigkeit, die in Biel gelebt wird, auch wirklich gelebt werden kann dadurch, dass man die andere Person auch versteht, dass man sich in die andere Person hineinversetzen kann. Also wir haben hier in Bern eine besondere Verantwortung, eine Brückenfunktion zwischen Welsch- und Deutschschweiz, die wir einnehmen wollen.

Franziska, das sollte auch dir klar sein. Was Politiker im Kanton Aargau – du hast das erwähnt – sagen, ist mir eigentlich egal. Wir sind hier das Stadtberner Parlament und

haben unsere eigene Meinung. Und Michael: Ja, das ist ein Versuch und der darf auch einmal zu Ende sein. Das weiss ich inzwischen. Aber man darf ja auch unterschiedlicher Meinung darüber sein, was er gebracht hat. Die Steuergruppe hat dort ziemlich klar gesagt: Wir wollen es nicht mehr. Aber es gibt halt auch ganz viele andere, die sagen: Doch, es ist wirklich etwas Gutes. Wir sehen nicht, auf welchen Grundlagen die Steuergruppe die Entscheidungen gefasst wurden. Und deshalb möchten wir das Ganze noch einmal erwägen und noch einmal anschauen. Wenn ihr Nein sagt zu dieser Motion, dann sagt ihr: Wir finden eine zweisprachige Schule in Bern, wie sie erfolgreich in den letzten Jahren bestanden hat, nicht gut. Dann sagt ihr: Wir finden es nicht wert, dass es die gibt. Und ja, es sind nur knapp 100 Kinder, aber die enttäuscht ihr damit. Also deshalb: Gebt euch einen Ruck, setzt ein Zeichen, sagt Ja. Ich weiss nicht, wie viel es wirklich bewirken wird, aber es ist ein wichtiges Zeichen. Ich möchte hier noch einmal ganz herzlich dazu auffordern, der Motion trotzdem zu folgen, dem Traktandum 12 und natürlich auch bei den anderen Traktanden entsprechend mitzustimmen. Dankeschön.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es wird immer gesagt, der Kanton mache das, der Kanton habe die Bildungsverantwortung. Aber Nik hat es vorhin gesagt, und ich bin gleicher Meinung, dass wir eben jetzt im Stadtparlament den ersten Schritt machen können, vorbildlich vorangehen und dafür sorgen, dass das noch einmal überprüft wird, damit wir in Zukunft weiter bilingue Klassen haben können. Der Bedarf ist gross, die Leute wollen das, die fordern das sogar, die verlangen das von uns. Und wie man auch gesagt hat: Es geht hier um eine Landessprache. Ich wäre nie Offizier der Schweizer Armee geworden, wenn ich nicht 2 Landessprachen sprechen könnte. Das war in der Offiziersschule Voraussetzung. Der Deutschschweizer hat entweder Französisch oder Italienisch gelernt. Und wenn man 2 Landessprachen kann, kann jeder Offizier mit jedem kommunizieren. Es ist einfach eine wichtige Grundlage. Und wenn der Bedarf doch da ist, müssen wir das diesen Leuten ermöglichen können. Deshalb stimmt dort positiv ab, sodass wir einen Schritt weiterkommen. Besten Dank.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Heute Abend haben wir 4 ClaBi-Vorstösse auf der Traktandenliste und können nochmals mit ein bisschen mehr Ruhe eine längere Debatte über die Zweisprachigkeit im Schulwesen führen. Es überkreuzen sich hier 2 Bereiche, die in sich komplex sind und beide immer auch eine emotionale Komponente mit sich bringen. Es geht um die sprachpolitische Dimension und die Frage, wer inwiefern die berühmte Brücke zwischen der Deutschschweizer- und Romandkultur fördern soll und kann. Und es geht um die bildungspolitische Dimension, indem wir mit einem Schulsystem konfrontiert sind, in dem grundsätzlich viel Druck drin ist. Die Stichworte sind heute auch gefallen: Der Fachpersonenmangel, das Schüler*innenwachstum, wachsende gesellschaftliche Erwartungen, die finanziellen und räumlichen Rahmenbedingungen wie auch die kulturellen und sprachlichen Integrationsfördermassnahmen. Das alles sind Themen, die die Schulen stark beschäftigen. Und obendrein geht es auch hier in diesen Bereichen immer um die Frage, wo der Kanton oder die Gemeinden zuständig sind, und wie sie diese Themen anpacken. Ich werde in meinem Votum gesammelt auf die Vorstösse eingehen und als erstes noch einmal erläutern, wie es zum

Entscheid gekommen ist, den Schulversuch nicht zu verlängern. Und zweitens werde ich darauf eingehen, wie weit wir seitens der Stadt auf dem Weg sind, alternative Ansätze zu suchen, um den Bilingualismus im Schulwesen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern.

Zu den Gründen für die Nichtverlängerung des Versuchs: Bei den Classes Bilingues handelt es sich um einen zeitlich bis Sommer 2026 begrenzten Schulversuch. Schulversuche liegen in der Kompetenz des Schulamtes, also auf operativer Ebene. Dort kann man eine Eingabe machen beim Kanton und der Kanton ist die Bewilligungsbehörde. Vielleicht noch die Rahmenbedingungen im kantonalen Volksschulgesetz: Es ist so, dass grundsätzlich in den deutschsprachigen Gemeinden gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die Unterrichtssprache Deutsch ist. Es können Ausnahmegewilligungen eingeholt werden. Das ist übrigens auch ein wesentlicher Unterschied zu Biel, denn dort ist die Unterrichtssprache im Gesetz auf Deutsch und Französisch festgelegt. Schulversuche sind für die Weiterentwicklung der Volksschulen wichtige formelle Instrumente und die Gemeinden können dieses Instrument nutzen und aber auch entsprechende Ressourcen in die Hand nehmen, womit diese Versuche ergebnisoffen umgesetzt werden. Und damit werden Konzepte getestet, immer mit dem Ziel, diese dann, wenn sie funktionieren, auch breit zugänglich zu machen. Der Kanton kann entscheiden, ob er diese Konzepte ins Gesetz einfließen lassen will.

Mit der Classe Bilingue haben wir einen Schulversuch gewagt, der von Anfang an sehr anspruchsvoll und herausfordernd war. Sie umfasst momentan 91 Schüler*innen in 4 Klassen. Bei diesem Versuch ging es darum herauszufinden, ob ein solches deutsch-französisches Bildungsangebot beziehungsweise diese Bildungsform nachher längerfristig in der Stadt Bern funktioniert. Und dieser Versuch war so angelegt, wie er angelegt ist: an diesem einen Standort in dieser doch eher kleinen Grösse. Das war das Versuchsfeld. Während der letzten 6 Jahre wurde der Versuch laufend evaluiert. Und es tauchten laufend Probleme auf, welche man zu lösen versuchte. Verantwortlich für diese Begleitung und diese Evaluation ist durch die operativen Schulstrukturen, wie wir sie in der Stadt Bern haben, diese zuständige Steuergruppe, welche aus betriebsnahen Akteur*innen unserer Schulstrukturen besteht. Sie ist zusammengesetzt aus Vertreter*innen aus dem Schulamt, der Schulleitung, der Schulkommission und auch seitens Kantons. Nach 6 Jahren Versuch mussten wir jetzt feststellen, dass eine Verlängerung des Versuches aus finanziellen, personellen und organisatorischen Gründen nicht mehr möglich ist. Die Herausforderungen, das konntet ihr schon oft lesen, sind sehr vielseitig. Es ist nicht einfach ein Argument, das zu diesem Entscheid geführt hat: Das Finden von Lehrpersonen ist trotz Unterstützungsmassnahmen auch von der PH schwierig. Dazu kommen Schulraumknappheit, die Vereinbarkeit der Lehrpläne im Rahmen des städtischen Bildungsverständnisses. Und zudem würde der erste Jahrgang im Sommer 2026 in den Zyklus 3 wechseln. Für diese Erweiterung haben wir keinen Schulstandort finden können. Dem Entscheid ging ein langer interner Prozess, eine fachkundige Beurteilung und ein sorgfältiges Abwägen voraus. Die Grundlage für den Entscheid, welche ich mit meiner Direktion gefällt habe, war die Einschätzung der Steuergruppe. Wir haben im Nachgang zu diesem Entscheid möglichst schnell kommunizieren wollen. Wir haben danach einen Elterninfoabend gemacht. Wir sind auch mit den Lehrpersonen zusammengesessen und den Sozialpartnern. Dazu haben wir einen gemeinsamen Infoabend gemacht, um auch noch die offenen personalrechtlichen Fragen klären zu können. Und wir konnten den Kanton anschliessend mit ins Boot holen, sodass die Lehrpersonen beim Stellenwechsel auch vom Kanton unterstützt werden. Und selbstverständlich sind wieder daran, die Kinder, Familien und Lehrpersonen seitens der Schulleitung wie auch des Schulamts in dieser Übergangsphase eng zu begleiten.

Ich kann bestens nachvollziehen, dass dieser Entscheid insbesondere für die betroffenen Kinder und Familien eine hohe Anpassung erfordert in ihrer Familienstruktur, in ihrem Umfeld und dass er sehr enttäuschend ist. Und insgesamt muss das auch zuerst einmal verdaut werden. Und ich kann auch nachvollziehen, dass die Kommunikation für die Betroffenen und auch für das Umfeld und Leute unter euch abrupt erfolgte. Deshalb ist auch der Bedarf noch mehr Transparenz über die Entscheidungsfindung für mich auch nachvollziehbar. Wir haben im Nachgang der Kommunikation verschiedene Anfragen erhalten, betreffend Einsicht in die ClaBi-Akten, insbesondere geht es hier um die Sitzungsprotokolle der Steuergruppe. Wir arbeiten diese im Moment auf. Die befinden sich in der juristischen Prüfung, auch mit externen Organen. Das ist ein juristisch etwas langwieriger Prozess. Man muss diese Dokumente auf mögliche Geheimnisvorbehalte hin untersuchen. Da geht es um die Abwägung zwischen privatem und öffentlichem Interesse. Sobald das alles wieder bei uns in der BSS auf dem Tisch ist, werden wir diese dann auch herausgeben und haben dann eine Grundlage, um in die Nachbearbeitung, in eine Nachlesung zu gehen, insbesondere mit den interessierten Eltern, damit wir das mit ihnen noch aufarbeiten können.

Ein Learning, das wir aus dieser Geschichte sicher mitnehmen werden, ist, dass wir bei Schulversuchen laufend die involvierten Akteur*innen kommunikativ intensiver über den Stand und die Entwicklungen informieren, also, wie sich die Versuche entwickeln, und auch die Probleme viel aktiver ansprechen. Offensichtlich war vielen nicht klar, dass der Versuch, auf Sommer 2026 befristet war, und dass es nicht zwingend klar ist, dass er einfach fortgeführt wird. Und das ist nicht gut und hierfür entschuldigen wir uns. Das haben wir schon in verschiedenen Kontexten gemacht und ich mache es auch heute Abend noch einmal. Ich versichere euch: Dieser Entscheid ist uns nicht leicht gefallen und uns war auch die sprachpolitische Brisanz durchaus sehr bewusst. Aber meine Direktion und ich haben auch die Verantwortung, einen Schulversuch nicht mehr zu verlängern, wenn dieser für die Organisationseinheit, die zuständig ist, nicht mehr tragbar ist.

Und nun der Blick nach vorne: ich bin sehr froh, sind auch heute nochmals zusätzliche Ideen gekommen, wie wir die Zweisprachigkeit in Bern fördern können. Darum kurz, was bisher geschah und woran wir dran sind. Ihr habt ja mitbekommen, dass jetzt vor allem auch auf kantonaler Ebene politische Diskussionen zum Thema im Gange sind. Das finde ich gut. Und ich bin gespannt und hoffe, ihr unterstützt eure Kolleginnen und Kollegen auf kantonaler Ebene, damit sich dort etwas bewegt. Wir sind parallel dazu, auch schon seit dem Frühling, seitens der Stadt daran, verschiedene Pisten zu prüfen, wie wir in diesem Thema weitergehen können.

Und nun komme ich zur Motion in Bezug auf die ECLF, das Traktandum 14, welcher den Gemeinderat auffordert, eine Anschlusslösung mit der École Cantonale de Langue Française à Berne zu etablieren. Wir sind hierzu seitens BSS bereits Anfang Juli mit dem Kanton in den Austausch getreten. Es hat sich leider gezeigt, dass die Voraussetzungen dafür nicht einfach so gegeben sind. Die ECLF wird vom Kanton Bern als monolinguale Schule geführt und bietet Unterricht ausschliesslich nach dem Westschweizer Lehrplan an. Sie nimmt Schüler*innen nach sehr klaren Kriterien nur auf und steht deshalb nicht allen Kindern offen. Eine Erweiterung auf Bilingue-Klassen ist an dieser Schule nicht vorgesehen. Hier bräuchte es eine Gesetzesänderung auf kantonaler Ebene. Wie ich gehört habe, ist dazu ein Vorstoss unterwegs. Wir wollen aber trotzdem Wege suchen, wie wir die Zweisprachigkeit auch im Schulbereich fördern können. Deshalb beantragt der Gemeinderat euch, bei dieser Motion die Punkte 1 bis 3 als Richtli-

nienmotion zu überweisen. Ich werde mich demnächst mit Expert*innen, Interessensvertreter*innen und einer Delegation der ClaBi-Eltern zu einem Fachaustausch treffen, um ihre Ideen und Inputs zu alternativen Modellen anzuhören und auch zu diskutieren. Auch werden wir die kürzlich lancierte Ausschreibung zum Pilotprojekt der PH "En route für den bilingualen Unterricht" eingehend prüfen. Das ist das, was du, Michael, vorher, glaube ich, erwähnt hast. Und wir werden natürlich mit dem Kanton im Dialog bleiben. Wir werden erneut auf ihn zugehen und die Möglichkeiten im Rahmen des Volksschulgesetzes ausloten. Und wir werden sicher auch Bestrebungen, die auf kantonaler Ebene politisch unterwegs sind, unterstützen.

Ich bedanke mich für die lebhafte Debatte und ich bin sehr gespannt, wohin die Reise gehen wird. Und ich bin sicher, dieses Thema wird uns nicht das letzte Mal beschäftigen haben.

Präsident: Merci. Wir halten für das Protokoll fest an, dass der Zufriedenheitsgrad der Einreichenden der Interpellation unter Traktandum Nummer 12 "nicht zufrieden" ist.

2025.SR.0136

13 Motion: Weiterführung Schulversuch ClaBi und Überführung in den Regelbetrieb; Ablehnung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 15: siehe Traktandum 12.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum Nummer 13, die Richtlinienmotion der FDP. Die Einreichenden haben punktweise Abstimmung beantragt. Wir stimmen ab über die Erheblicherklärung von Punkt 1 als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 032

2025.SR.0137: Punkt 1 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	24
Nein	40
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Punkt 1 abgelehnt. Wir stimmen ab über die Erheblicherklärung von Punkt 2 als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 033

2025.SR.0136: Punkt 2 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	24
Nein	39
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt Punkt 2 abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 3.

Abstimmung Nr. 034

2025.SR.0136: Punkt 3 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	15
Nein	49
Enthalten	3

Präsident: Auch Punkt 3 ist abgelehnt. Wir kommen noch zu Punkt 4.

Abstimmung Nr. 035

2025.SR.0136: Punkt 4 als Richtlinie

Ablehnung

Ja	14
Nein	50
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt Punkt 4 abgelehnt.

2025.SR.0146

**14 Motion: Zusammenarbeit mit dem Kanton und Nutzung der ECLF als
Ausweg für die ClaBi Bern**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 15: siehe Traktandum 12.

Präsident: Wir kommen somit zum Traktandum Nummer 14 und stimmen ab über die Erheblicherklärung als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 036

2025.SR.0146: als Richtlinie

Annahme

Ja	63
Nein	1
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Richtlinie angenommen.

2025.SR.0140

**15 Interpellation: Unverständlicher Entscheid kurzfristige Aufhebung
Classe bilingue: Wieso? Wieso zu kurzfristig? Wurden überhaupt Al-
ternativen geprüft? Wieso geht es in Biel und nicht in Bern?; Antwort**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 15: siehe Traktandum 12.

Präsident: Zu der Interpellation unter Traktandum 15 halten wir für das Protokoll fest: Der Zufriedenheitsgrad ist "nicht zufrieden".

Es ist 22.25 Uhr. Wir verzichten darauf, zu so später Stunde noch ein Traktandum anzufangen. Ich hoffe, es haben mittlerweile alle mitbekommen, dass wir an der nächsten Sitzung am 11. September das Budget beraten und mit der Finanzdebatte starten werden. Die Finanzdebatte wird eine Woche später, am 18. September, fortgeführt werden. Und alle heute nicht behandelten Vorstösse werden am 18. September im Anschluss an die Budgetdebatte wieder traktandiert werden. Ich wünsche euch schöne Wochen bis zur Finanzdebatte.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum 9: 2024.SR.0312 Motion Natalie Bertsch (GLP), Maurice Lindgren (GLP): Mehr Vielfalt im Monbijoupark

Traktandum 10: Motion: 2025.SR.0027 Motion: Für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder: Nach 3 vollen Legislaturen ist Schluss!

Traktandum 11: 2025.SR.0056 Postulat: Fraktion SVP (Glauser, Jaisli, Feuz): Prüfung der Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates und des Gemeinderates: Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern

Traktandum 16: 2024.SR.0308 Motion Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller, SP/Bettina Stüssi, SP): Ganztageesschule für alle Stufen in allen Schulkreisen

Traktandum 17: 2024.SR.0340 Motion Paula Zysset (JUSO), Sofia Fisch (JUSO), Anna Jegher (JA!), Muriel Graf (AL): Aufsuchende Jugendarbeit in allen Quartieren und in der Innenstadt

Traktandum 18: 2024.SR.0320 Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köçer, SP/Dominik Fitze, SP): Die Lücke der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Holligen muss geschlossen werden!

Traktandum 19: 2024.SR.0348 Postulat Yasmin Abdullahi (JGLP), Salome Mathys (GLP), Tom Berger (FDP), Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Öffnungszeiten in städtischen Schwimmbädern

Traktandum 20: 2024.SR.0319 Motion Sibyl Eigenmann (Mitte), Béatrice Wertli (Mitte): Schwimmbahnen-Sponsoring zur Sicherung unserer Sportinfrastruktur

Traktandum 21: 2025.SR.0040 Motion: Erhalt des Saunabetriebs im Hallenbad Weyermannshaus

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/2865836525.php>

2025.SR.0253 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Prüfung geeigneter Windenergie-Gebiete in der Stadt Bern unter ökologischen, energiewirtschaftlichen, sozialen und kreislaufwirtschaftlichen Kriterien

2025.SR.0256 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Kadenz der Entsorgung revidieren: Die Matte, das schwarze Quartier, muss die gleiche Entsorgung wie die oberen Gassen erhalten.

2025.SR.0248 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Zweimal pro Jahr verlassene Drahtesel einsammeln und ein neues Zuhausegeben?

2025.SR.0249 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Monbijoubrücke: Verwirrende Signalisation für Velos und schnelle E-Bikes

2025.SR.0251 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Schwimmverbot und Faunaschutz: Wo bleibt die Balance?

2025.SR.0254 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Führt die Umweltpolitik der Stadt Bern zu Missinterpretationen? Kritische Fragen zur Leitung Kultur Stadt Bern.

2025.SR.0255 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Nimmt der Gemeinderat Einfluss darauf, wie die gesammelten Papier-, Karton- und Kunststoffwaren weiterverarbeitet werden und wie viel davon mit Lastwagen ins Ausland exportiert wird?

2025.SR.0250 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Was unternimmt der Gemeinderat gegen die Angriffe der Autolobby auf Tempo 30?

2025.SR.0252 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Kann der Verein Dampfzentrale Bern den Leistungsvertrag 2024-2027 noch erfüllen?

Schluss der Sitzung: 22.26 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

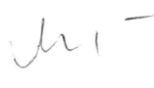
17.10.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

17.10.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER